

Beschluss (vorläufig) Für Frieden in Freiheit. Konsequenz europäisch Handeln.

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 29.11.2025
Tagesordnungspunkt: A Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten

Antragstext

- 1 Vor achtzig Jahren gab sich die Staatengemeinschaft ein Versprechen: gemeinsam
2 für eine Welt einzustehen, in der Kooperation stärker ist als Krieg und
3 Konkurrenz. In Europa sehen wir jeden Tag, dass sich dieser Einsatz lohnt. Einst
4 trennten uns Frontlinien, Stacheldraht und Mauern. Heute verbindet uns das
5 gemeinsame Ziel, für Frieden, Freiheit, die Achtung der Menschenwürde, die
6 Wahrung der Menschenrechte, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie
7 einzutreten. Die Europäische Union ist bis heute Hüterin für diese Werte und
8 Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Unsere Aufgabe bleibt es, sie nach
9 innen und außen zu verteidigen, zu stärken und universell durchzusetzen. Als
10 erfolgreichstes Friedensprojekt seit dem Zweiten Weltkrieg hat die EU eine
11 Strahlkraft weit über die Grenzen Europas hinaus. Sie zeigt, dass sich der
12 Einsatz für das Völkerrecht, für Frieden und Kooperation lohnt.
- 13 Diese Errungenschaften werden heute auf eine harte Probe gestellt. Wir erleben
14 eine massive Erschütterung des internationalen Systems. Russlands Angriff auf
15 die Ukraine und ein freies Europa ist die größte Bedrohung auf unserem Kontinent
16 seit 1945. Weltweit sind nationalistische Bewegungen und autoritäre Kräfte auf
17 dem Vormarsch. Diese autoritären Kräfte gewinnen nicht nur in ihren Ländern
18 immer stärker an Macht, sondern vernetzen sich auch international und üben über
19 gezielte Desinformation und Propaganda zunehmend Einfluss auf unsere Demokratien
20 aus. Sie eint ein gemeinsames Interesse: Die Grundpfeiler der liberalen
21 Weltordnung zu erschüttern und durch ein autoritäres Machtgefüge zu ersetzen.
22 Sie nutzen dabei Gewalt als in ihren Augen normales Mittel der internationalen
23 Politik und missachten Menschenrechte. Sie führen Kriege, destabilisieren
24 Demokratien und multilaterale Organisationen. Sie wollen eine auf Recht und
25 Kooperation beruhende Weltordnung überwinden, die sie in der Ausdehnung ihrer
26 Macht beschränkt. Stattdessen wollen sie, dass wieder das Recht des
27 Skrupelloseren, Nullsummen- und imperiale Logiken gelten, und Demokratie und
28 Freiheit der Vergangenheit angehören.
- 29 Diese Entwicklung verschont auch unsere engsten Verbündeten nicht. Wir sehen mit
30 Sorge in den USA, dass die Demokratie Schritt für Schritt nach dem Drehbuch der
31 autoritären Kräfte beschnitten wird. Präsident Donald Trump treibt im
32 Rekordtempo einen autoritären Staatsumbau voran: Oppositionelle,
33 Zivilgesellschaft, Medien und Universitäten werden massiv unter Druck gesetzt.
34 Die Rechte von Frauen sowie LSBTIQ-Personen, Migrant*innen und Minderheiten
35 werden eingeschränkt, der Rechtsstaat angegriffen und soziale Ungleichheiten
36 verschärft. Den Angriff auf den Rechtsstaat im eigenen Land setzt Trump auf
37 internationaler Ebene fort: Statt auf das Völkerrecht setzt er auf die
38 Erpressung, Deals mit Autokraten und das Recht des Stärkeren. Bündnisse und
39 Allianzen werden immer wieder in Frage gestellt. Dabei schreckt er nicht vor
40 politischen Umarmungen von Putin zurück oder vor unverhohlenen Drohgebärden

41 eines mutmaßlich völkerrechtswidrigen militärischen Einmarschs in Venezuela. Die
42 Zerschlagung der US-Entwicklungsbehörde USAID hat verheerende weltweite
43 Auswirkungen. Einige der reichsten Männer der Welt um Donald Trump ziehen ihre
44 größte Genugtuung daraus, den Ärmsten der Welt das Wenige zu nehmen, was sie
45 haben.

46 Während weltweit an humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gekürzt
47 wird, eskaliert in Sudan die größte humanitäre Krise der Welt. Das unermessliche
48 Leid der Menschen ist nur ein besonders gravierendes Beispiel der vielen in der
49 Öffentlichkeit wenig beachteten Krisen. Die UN-Untersuchungskommission des UN-
50 Menschenrechtsrats spricht von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die
51 Menschlichkeit. Die Berichte über Massaker, gezielte Angriffe auf Zivilist*innen
52 und sexualisierte Gewalt durch die RSF-Miliz in der Stadt Al-Fashir erschüttern
53 zutiefst. Es ist nicht nur Teil unseres Selbstverständnisses, sondern auch in
54 unserem ureigenen Interesse dort nicht wegzusehen, sondern Leid zu lindern,
55 Schutz zu gewähren und diplomatisch auf ein Ende des Kieges hinzuwirken. Dazu
56 gehört eine substantielle Aufstockung der humanitären Hilfe und deutlich mehr
57 Druck auf die Kriegsparteien und ihre externen Unterstützer.

58 Auch die Lage in Syrien bleibt weiterhin fragil. Es sollte jetzt alles daran
59 gesetzt werden, nach dem Jahrzehnten von Unterdrückung, Folter und Mord unter
60 dem Assad-Regime ein neues Kapitel für Syrien aufzuschlagen. Das enorme Ausmaß
61 an Zerstörung, die schlechte Versorgungslage im Land und die Gewaltausbrüche und
62 Massaker an Alawiten und Drusen in Syrien zeigen einmal mehr, dass dies noch ein
63 weiter Weg ist. Die Bundesregierung muss ihren Beitrag leisten, damit Syrien ein
64 stabiles, freies, friedliches Land für alle Syrer*innen wird. Wer wie die
65 Bundesregierung in dieser Lage Rückführungen nach Syrien zum ideologischen
66 Projekt erhebt, hat jeden politischen Kompass verloren.

67 Für uns als Menschenrechtspartei gilt: Die universellen Menschenrechte sind
68 unverhandelbar und unteilbar, und gelten für alle Menschen. Sie zu schützen und
69 wirksam durchzusetzen, ist Kern unserer grünen Überzeugung. Der Mensch in seiner
70 Würde und Freiheit steht im Mittelpunkt unserer Politik. Gerade in unfriedlichen
71 Zeiten, in denen Autokraten und Rechtspopulisten weltweit die Freiheit und Würde
72 des Einzelnen - insbesondere die Rechte von Frauen und benachteiligten Gruppen
73 angreifen - braucht es entschlossenen Einsatz dafür, dass Menschen unabhängig
74 von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion und Herkunft gleichberechtigt,
75 friedlich und in Freiheit leben können. Dafür braucht es eine Außen- und
76 Entwicklungspolitik, die auf die Einhaltung der Menschenrechte pocht, für ihre
77 Durchsetzung arbeitet, feministisch denkt und handelt. Dafür müssen Deutschland
78 und Europa selbst mit gutem Beispiel voran gehen und diese Prinzipien auch
79 innerhalb der eigenen Grenzen achten. Die Deklaration der universellen
80 Menschenrechte und ihre Umsetzung überall bleiben unser Handlungsziel.

81 Frieden und Menschenrechte gehören zusammen. Menschenrechte sind laut UN Charta
82 die Grundlage für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den
83 Nationen. Wenn ein Land innerhalb seiner Grenzen mit sich in Frieden ist, wenn
84 grundlegende Rechte respektiert werden und es keine gewaltvolle strukturelle
85 Unterdrückung seiner Bürger*innen gibt, ist die Chance höher, dass es auch nach
86 Außen nicht als Aggressor auftritt.

87 Für uns als Friedenspartei gilt: Frieden basiert auf der Einhaltung des
88 Völkerrechts. Das Völkerrecht schützt uns alle vor Gewalt und Willkür - und

89 bildet die Grundlage für Verständigung und Kooperation. Wenn nationale Grenzen
90 und das Selbstbestimmungsrecht der Völker missachtet und stattdessen imperiale
91 Logiken zum Leitprinzip werden, stellen wir Grüne uns an die Seite der
92 Angegriffenen und gegen die Aggressoren. Das Völkerrecht schützt die
93 Souveränität der Ukraine, das Existenzrecht Israels und das nationale
94 Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Wer diese Rechte
95 bestreitet, verletzt die Grundpfeiler des Völkerrechts und schwächt eine
96 gerechte, regelbasierte Weltordnung. Die Vereinten Nationen und die
97 internationale Strafgerichtsbarkeit sind tragende Säulen dieser Weltordnung. Wer
98 versucht, sie zu sabotieren oder zu delegitimieren, bedroht Sicherheit,
99 Frieden, Freiheit und Wohlstand weltweit. Das erschwert zugleich die Suche nach
100 Lösungen für globale Menschheitsfragen wie die Klimakrise.

101 Abhängigkeiten verringern, bestehende Partnerschaften stärken, neue aufbauen

102 Deutschlands Antwort auf diese massiven Verschiebungen muss konsequentes
103 europäisches Handeln sein. Als größter Mitgliedstaat muss die Bundesregierung
104 dabei eine Führungsrolle innerhalb der EU übernehmen - nicht mit leeren
105 Ankündigungen, sondern mit mutigem Handeln. Wenn wir in einer rauen Weltlage
106 nicht zum Spielball werden wollen, brauchen wir das Gewicht und die Fähigkeiten
107 der Europäischen Union.

108 Europa darf sich nicht länger erpressbar machen, sondern muss kritische
109 Abhängigkeiten überwinden und in die eigene strategische Unabhängigkeit
110 investieren. Die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen hat die
111 Zeichen der Zeit erkannt. Doch gute Ideen brauchen Unterstützung aus den
112 Mitgliedstaaten. Leider zögert und zaudert Deutschland auch unter Friedrich
113 Merz: Die Bundesregierung steckt der EU Stöcke zwischen die Speichen. Sie
114 schadet damit nicht nur der gemeinsamen europäischen Idee, sondern auch
115 Deutschland. Denn wer vermeintliche nationale Interessen über den europäischen
116 Zusammenhalt stellt, schadet damit auch sich selbst.

117 Dazu zählt: Deutschland und Europa müssen deutlich mehr Verantwortung für die
118 eigene Sicherheit übernehmen. Die NATO ist und bleibt in entscheidender Rolle
119 für den Schutz der Sicherheit auf unserem Kontinent; ihren europäischen Pfeiler
120 gilt es konsequent zu stärken, damit Europa seine Sicherheit wenn nötig auch
121 eigenständig verteidigen kann. Für Deutschland heißt das unter anderem, die
122 Bundeswehr personell und materiell gut auszustatten und ihren Kernauftrag der
123 Landes- und Bündnisverteidigung wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit zu
124 rücken. Sie muss in der Lage sein, gemeinsam mit den Bündnispartnern unseren
125 Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall auch militärisch zu
126 verteidigen sowie potentielle Aggressoren wirksam abzuschrecken.

127 Sicherheit ist aber mehr als nur militärische Verteidigung. Sicherheit bedeutet
128 auch Dialog und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.
129 Sicherheit bedeutet funktionierende multilaterale Institutionen, die
130 Konfliktparteien an einen gemeinsamen Verhandlungstisch bringen können. Nicht
131 zuletzt bedeutet Sicherheit auch die Freiheit von Not und Furcht jedes einzelnen
132 Menschen. Dabei erkennen wir die besondere Schutzbedürftigkeit von Menschen an,
133 die vor Krieg und Verfolgung fliehen.

134 Um europäische Souveränität zu stärken, muss Deutschland die neuen Pläne der EU
135 Kommission zur europäischen Verteidigungsfähigkeit unterstützen und effektiv
136 europäische Rüstungskoperationen, und gerade die deutsch-französischen,

137 vorantreiben. Für die europäische Sicherheit ist es dabei essentiell,
138 Abhängigkeiten von Dritten im Bereich der Rüstungs- und Verteidigungstechnologie
139 zu überwinden. Aber Souveränität ist mehr als nur militärische Stärke.
140 Deutschland muss seine wirtschaftliche und technologische Souveränität erhöhen,
141 indem strategische Industrien in Europa gesichert und ausgebaut sowie
142 Innovationen gefördert und erleichtert werden. Dazu gehören vor allem
143 Technologien wie KI, Cloudlösungen, Chip-Herstellung, Quantencomputer,
144 Satellitenbau und andere Weltrauminfrastruktur, Cyber- und IT-
145 Sicherheitsinfrastrukturen. Regierungen und Verwaltungen sollten in der Regel
146 nur europäische Technologien nutzen. Das Land Schleswig-Holstein geht hier
147 vorbildlich voran.

148 Auch Deutschlands und Europas Abhängigkeiten von China müssen verringert werden.
149 Insbesondere die europäische Abhängigkeit von China im Rohstoffbereich führt zu
150 einer Erpressbarkeit. Deutschland muss dem entgegenwirken. Der Rohstofffonds,
151 den wir in Regierungsverantwortung noch in der letzten Legislaturperiode
152 aufgesetzt haben, setzt genau dort an. Er trägt einen Teil dazu bei,
153 unabhängiger von chinesischen Rohstoffen zu werden und orientiert sich an
154 menschenrechtlichen und ökologischen Standards. Darüber hinaus kann Deutschland
155 durch stärkere Kreislaufwirtschaft und Recycling von Rohstoffen wirtschaftliche
156 und ökologische Chancen heben. Gleichzeitig müssen wir in Europa jene Hebel
157 nutzen, die wir gegenüber China haben. Das beinhaltet auch die Bereitschaft, wo
158 nötig Gegenmaßnahmen - wie Ausfuhrbeschränkungen, Investitionsbeschränkungen
159 oder Zollmaßnahmen - zu ergreifen, wie sie im EU-Instrument gegen
160 Zwangsmaßnahmen durch Drittländer vorgesehen sind. Zur Bewältigung globaler
161 Herausforderungen wie der Klima- und Biodiversitätskrise braucht es auch
162 Kooperationen mit China.

163 Auch Energieabhängigkeiten von einzelnen Ländern gilt es zu verringern, und
164 nicht zu vergrößern. Wir dürfen nicht Putins Gas mit Trumps Gas ersetzen. Sonst
165 verpassen wir die Chance, mit neuer, klimaneutraler Technik unabhängiger und
166 sicherer zu werden. Vor diesem Hintergrund stellen wir uns entschieden gegen die
167 Zusicherung der EU-Kommission, als Teil des Handelsdeals mit den USA 750
168 Milliarden Dollar in fossile Energieträger aus den USA zuzüglich Infrastruktur
169 zu investieren. Trump will Tanker statt Turbinen, Fracking statt Photovoltaik,
170 Brennstoffe statt Batterien. Das wäre eine gefährliche Rückentwicklung und eine
171 weitere Verstrickung in schmutzige Technologien von gestern statt Investitionen
172 in saubere Technologien von morgen. Statt uns in neue Abhängigkeiten zu begeben,
173 gilt es jetzt den Ausbau der erneuerbaren Energien entschieden fortzusetzen.

174 Die russischen Erdgas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 dürfen nie wieder ans Netz
175 gehen. Gleichzeitig könnten Nord Stream 1 und 2 durch einen neuen Anschluss an
176 die baltischen Staaten - anstatt nach Russland - eine klimafreundliche
177 Infrastruktur zur Lieferung von Grünem Wasserstoff nach Deutschland darstellen.
178 Eine Beteiligung für Polen muss genauso möglich sein. Außerdem muss die
179 Zustimmung auch anderer europäischer Partner, die stets gegen Nord Stream waren,
180 wie etwa Tschechien oder Italien, eingeholt werden. Um zu verhindern, dass die
181 Pipelines potentiell genutzt werden zur logistischen Unterstützung der
182 völkerrechtswidrigen russischen Schattenflotte und zur möglichen Installation
183 von Spionage- und Sabotagetechnik, braucht es entschiedene sicherheitspolitische
184 Antworten zur Sicherung unserer kritischen Infrastruktur. Wenn eine
185 entsprechende Umwidmung nicht im Einklang mit unseren EU-Partnern und ohne
186 technischen Zugriff Russlands gelingt, muss die Pipeline zurückgebaut werden.

187 Investitionen in unsere gemeinsame europäische Unabhängigkeit müssen auch im
188 nächsten EU-Haushalt (MFR) ab 2028 abgebildet werden. Deutschland muss sich in
189 den nun beginnenden Verhandlungen für eine Stärkung der finanziellen
190 Handlungsfähigkeit der EU durch neue EU-Eigenmittel und durch einen
191 modernisierten MFR einsetzen. Dabei liegen uns auch starke Regionen, Klima- und
192 Naturschutz und der soziale Zusammenhalt besonders am Herzen. Darüber hinaus
193 liegen mit den Berichten von Draghi, Letta und Niinistö wichtige Ansätze für die
194 Sicherung von Wohlstand und Resilienz in Europa längst auf dem Tisch - Friedrich
195 Merz muss endlich aktiv dazu beitragen, dass die EU entsprechende beherzte
196 Schritte in Richtung Zukunft geht.

197 Die Angriffe auf das multilaterale System stellen für viele Menschen weltweit
198 eine Bedrohung dar. Deutschland kann ihnen nur im Rahmen einer starken und
199 handlungsfähigen EU und gemeinsam mit anderen Partnern entgegentreten. Dafür
200 muss die Bundesregierung bereits bestehenden Partnerschaften wie die mit dem
201 Vereinigten Königreich, Kanada, Japan, Südkorea und Australien ausbauen.
202 Zugleich muss sie die Partnerschaften und Kooperationen mit Ländern im Globalen
203 Süden stärken. Neue und verstärkte Partnerschaften im Indopazifik, in Afrika und
204 Lateinamerika sind eine Möglichkeit, Allianzen zu bilden, einseitige
205 Abhängigkeiten zu reduzieren und technologische Entwicklungen zu beschleunigen.
206 Besondere Schwerpunkte müssen die Sicherung und der Ausbau fairer
207 Handelsbeziehungen, die Erschließung resilienter Lieferketten, der Einsatz für
208 nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung der Klima- und Biodiversitätskrise
209 sein. Es gilt, Mitstreiter*innen für die Maßnahmen zum weltweiten Ausstieg aus
210 fossilen Energien, entschiedenen Ausbau von erneuerbaren Energien und zur
211 Steigerung der Energieeffizienz zu gewinnen und Partnerschaften zu stärken.
212 Diese Partnerschaften müssen im engen Austausch mit der Zivilgesellschaft vor
213 Ort entstehen und ihre Rechte, Perspektiven und Bedürfnisse gleichermaßen zu
214 staatlichen Akteuren berücksichtigen. Dabei muss die Beteiligung von Frauen und
215 indigenen Gruppen gestärkt werden. Nur so kann gerechte, nachhaltige und
216 solidarische Zusammenarbeit gelingen.

217 Wir verlieren die unterschiedlichen Krisen und Konflikte in der Welt nicht aus
218 dem Blick. Wir sehen die Verknüpfungen zwischen diesen Krisen und erkennen, dass
219 bestehende Ungleichheiten historisch verwurzelt sind. Deshalb wollen wir
220 gemeinsam und gleichberechtigt mit den Ländern des Globalen Südens Antworten auf
221 die Herausforderungen finden und dabei strukturelle Ungleichheiten überwinden.
222 Auch bei Partnern dürfen wir nicht wegschauen und müssen Konsequenzen ziehen,
223 wenn Menschenrechte verletzt werden oder die eigene Bevölkerung unterdrückt
224 wird. Beispielsweise setzen wir uns dafür ein, dass die Unterstützung der
225 sogenannten libyschen Küstenwache weder Teil des deutschen IRINI-Mandats noch
226 der EU-Mission im Mittelmeer werden. Kriminelle Akteure, die auf Geflüchtete und
227 Seenotrettungsorganisationen schießen, dürfen nicht wieder aktiv unterstützt
228 werden. Und auch eine Bundesregierung, die die terroristischen Taliban
229 normalisiert und zugleich Partner*innen vor Ort im Stich lässt, verspielt
230 Deutschlands Glaubwürdigkeit in der Welt. Eine Anerkennung der Taliban als die
231 Regierung Afghanistans lehnen wir konsequent ab.

232 Der Rückzug der USA aus der Finanzierung für Entwicklungszusammenarbeit und
233 humanitäre Hilfe hat eine enorme Lücke gerissen. Bisher waren die USA der
234 weltweit größte Geldgeber in diesem Bereich. Die Auflösung der US-
235 Entwicklungsagentur USAID und die Kürzung von bis zu 80 Prozent der Programme
236 sind vielerorts bereits deutlich spürbar. Gerade jetzt muss Deutschland seiner

237 Verantwortung in der Welt gerecht werden und sein internationales Engagement
238 ausbauen – statt sich wie die Bundesregierung zurückzuziehen. Wer jetzt die
239 Entwicklungsfinanzierung und humanitäre Hilfe kürzt oder gar kriminalisiert,
240 setzt Menschenleben weltweit aufs Spiel. Das sehen wir tagtäglich insbesondere
241 in Konfliktgebieten und auf Fluchtrouten wie im Mittelmeer. Er verpasst auch die
242 Chance, weltweit Partnerschaften auf- und auszubauen, sich als geschätzter
243 Partner zu positionieren und Verbündete zu gewinnen. Autokratische Staaten wie
244 Russland und China gewinnen im globalen Süden und insbesondere in Afrika an
245 Einfluss und füllen gezielt die Lücke, die die USA und andere hinterlassen
246 haben. China finanziert vielerorts Infrastrukturprojekte und baut seine
247 kulturelle Diplomatie aus. Unsere internationale Zusammenarbeit muss auf diese
248 Entwicklung reagieren.

249 Auch im Bereich der internationalen Finanzpolitik hat Deutschland die Chance,
250 voranzugehen und Partnerschaften aus- und aufzubauen, indem es für eine
251 systemische Reform der internationalen Schuldenarchitektur mit einem
252 rechtsverbindlichen internationalen Staateninsolvenzverfahren und einer
253 kritischen Auseinandersetzung von Ratingagenturen sowie für ein gerechtes
254 internationales Finanzsystem eintritt.

255 Trotz alldem bleiben die transatlantischen Beziehungen für uns von größter
256 Bedeutung. Gerade in Zeiten von Trump und zunehmenden autoritären Tendenzen muss
257 Deutschland Gesprächskanäle und Kooperationen mit den demokratischen Kräften in
258 Politik, Zivilgesellschaft, Medien, Universitäten und Wirtschaft der USA
259 aufrechterhalten und weiter ausbauen, gerade auch auf der Ebene der
260 Bundesstaaten. Auch die Stärkung unserer Freundschaft zu Kanada hat für uns
261 Priorität. So lassen wir den transatlantischen Geist von unten neu wachsen und
262 erblühen.

263 Ukraine: Frieden und Sicherheit wiederherstellen und bewahren

264 Russland führt seinen Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine mit unfassbarer
265 Brutalität gegen die Zivilbevölkerung nunmehr im vierten Winter. Die
266 Ukrainer*innen verteidigen nicht nur ihr Territorium, sie verteidigen auch das
267 Recht in Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Würde leben zu können – für
268 sich und für uns – als Europäerinnen und Europäer. Putins Krieg richtet sich
269 nicht zuletzt gegen eine auf dem Völkerrecht und Kooperation basierende
270 multilaterale Ordnung. Er führt einen hybriden Krieg gegen die gesamte
271 Europäische Union samt ihrer Beitrittskandidaten und bereitet sich auf einen
272 konventionellen Krieg gegen Frieden und Freiheit in ganz Europa vor. Putin darf
273 diesen Krieg nicht gewinnen. Weltweit würden Autokraten lernen, dass sie mit
274 ihren imperialen Machtbestrebungen und Grenzverschiebung durch Waffengewalt
275 durchkommen - und somit die Welt in ein neues Ausmaß an Unsicherheit stürzen.

276 Putins Aggression wird zunehmend zu einem Schlachtfeld der neuen Technologien.
277 Das russische Drohnenprogramm prägt immer mehr die brutale Kriegsführung des
278 Kremls. Gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur wie Energie-, Wasser- und
279 Wärmeversorgung sowie auf Wohngebiete bestimmen den Alltag in der Ukraine. Der
280 konstante Beschuss mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern soll die
281 Bevölkerung mürbe machen. Die gezielte Zerstörung von Strom- und Wärmeversorgung
282 hat das Ziel, die Menschen im Winter frieren zu lassen. Die russische
283 Kriegsführung zeigt, wie der Terror gegen die Ukraine funktioniert - und sie
284 zeigt auch unsere eigenen Verwundbarkeiten.

285 Über den Sommer 2025 hat Putin diplomatische Initiativen bewusst ausgesessen. Er
286 braucht diesen Krieg zum Machterhalt und zur Unterdrückung der eigenen
287 Bevölkerung. Denn der Krieg ist nicht nur Putins, sondern der Krieg des
288 russischen Regimes – getragen von einem autoritären System und ideologisch
289 legitimiert. Die Kombination aus aggressivem Nationalismus bzw. Imperialismus,
290 staatlicher Unterdrückung und Gewalt sowie patriarchalen Strukturen in Politik
291 und Gesellschaft bilden die Grundlage für Russlands gefährlichen Chauvinismus.

292 Der sogenannte „28-Punkte-Plan“ ist ein offensichtlicher Versuch, die Ukraine zu
293 unterwerfen und einen gefährlichen Deal zum Nachteil Europas zu machen. Statt
294 sich glaubwürdig für einen tragfähigen Frieden einzusetzen, sucht US-Präsident
295 Donald Trump den Pakt mit Kriegsverbrecher Putin. Für die Menschen in den
296 abgetretenen Gebieten gäbe es keinen Frieden. Unterdrückung, Vergewaltigungen,
297 Folter, Raub von Kindern würden legalisiert. Ein brutales Besatzungsregime würde
298 geschaffen. Das Völkerrecht würde verhöhnt. Grundlegende Errungenschaften der
299 KSZE-Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und der NATO-Russland-
300 Grundakte – wie das Recht auf freie Bündniswahl – würden rückabgewickelt.

301 Es ist schockierend, dass die US-Regierung viele russische Forderungen eins zu
302 eins übernommen hat. Der dabei offenbar gewordene Einfluss der russischen
303 Regierung auf US-Positionen zur Ukraine verdeutlicht das Risiko, dass
304 Entscheidungen in Osteuropa bilateral zwischen Washington und Moskau getroffen
305 werden – ohne Beteiligung Kyjiws und ohne europäische Mitsprache. Dies ist ein
306 Angriff auf die lange transatlantische Kooperation im Rahmen der NATO.
307 Spätestens jetzt muss uns klar sein, dass die USA kein zuverlässiger Verbündeter
308 Europas mehr sind, dass europäische und US-Interessen nicht zwangsweise Hand in
309 Hand gehen und dass die US-Regierung bereit ist, entgegen europäischen
310 Sicherheitsinteressen zu handeln.

311 Der Trump-Putin-Pakt legt leider auch die Schwächen Europas offen. Wenn es um
312 den Frieden auf unserem Kontinent geht, sind wir in der Verantwortung, jetzt
313 alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Sicherheit und Freiheit
314 eigenständig schützen zu können. Unsere Sicherheit verlangt entschlossenes
315 Handeln, den schnellen Ausbau eigener Verteidigungsfähigkeit und eine
316 verlässliche Unterstützung der Ukraine.

317 Putins imperiales Machtstreben endet nicht an der Grenze der Ukraine – er führt
318 einen Krieg gegen das freie Europa. Immer wieder verletzen die russischen
319 Luftstreitkräfte den Luftraum europäischer Staaten, unter anderem auch
320 Deutschlands. Zunehmend dringen Drohnen in den europäischen Luftraum ein und
321 überfliegen Einrichtungen der kritischen Infrastruktur – auch bei uns in
322 Deutschland. Sabotageakte wie Cyberattacken auf IT-Infrastruktur, Brandsätze in
323 der Luftfracht oder Angriffe auf Datenkabel in der Ostsee gehören zur neuen
324 Realität. Es wird systematisch Einfluss auf Wahlen genommen und Desinformation
325 verbreitet. All das ist Teil der Angriffe Russlands auf unsere
326 gesellschaftlichen Lebensadern.

327 Wir stehen weiterhin in voller Solidarität an der Seite der Ukrainer*innen und
328 ihrem Kampf um Frieden, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung, den sie nun
329 seit Jahren mit beeindruckender Entschlossenheit führen. Der Krieg wird erst
330 enden, wenn Russland spürt, dass es scheitern wird. Die Ukraine muss sich weiter
331 verteidigen können und für den Fall von Friedensverhandlungen eine starke
332 Position sicherstellen können. Dabei muss immer gelten: „Nichts über die

333 Ukraine, ohne die Ukraine." Die Komplexität tragbarer Friedensprozesse ist
334 unvereinbar mit den naiven Vorstellungen einfacher Deals mit Putin. Echter
335 Frieden respektiert das Recht auf Selbstbestimmung, Souveränität und
336 territoriale Integrität.

337 Das Recht auf freie Bündniswahl gilt selbstverständlich auch für die Ukraine.
338 Wir setzen uns dafür ein, den EU-Beitrittsprozess so schnell wie möglich zu
339 beginnen und unterstützen die Reformagenda konsequent. Wir stehen zur NATO-
340 Beitrittsperspektive als robuste Absicherung eines Friedens und Stärkung der
341 kollektiven Verteidigungsfähigkeit. Außerdem unterstützen wir den EU-
342 Beitrittswunsch der Westbalkanstaaten, der Republik Moldau und langfristig
343 Armeniens, die tagtäglich den hybriden Angriffen Russlands ausgesetzt sind und
344 zugleich eine besondere Rolle für die Sicherheit Europas spielen. Wir stehen
345 weiterhin an der Seite der proeuropäischen, demokratischen Kräfte in Georgien,
346 die trotz weitreichender Repression gegen den Kurs ihrer Regierung auf die
347 Straße gehen.

348 Viele Ukrainer*innen haben in Deutschland Schutz gefunden. Ihre Integration
349 wurde durch den direkten Zugang zur Arbeitsvermittlung und
350 Qualifizierungsmaßnahmen erleichtert. Diese Möglichkeit muss ihnen weiterhin
351 offenstehen.

352 Die Durchhaltefähigkeit der Ukraine hängt nicht zuletzt von unserer
353 Unterstützung ab. Friedrich Merz forderte als Teil der Opposition noch lautstark
354 die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern, heute versteckt er sich hinter
355 Worthülsen, während die Zeit gegen die Ukraine arbeitet. Dabei sollten wir Kyjiw
356 alle nötigen Systeme liefern, die wir liefern können - auch Marschflugkörper.

357 Mit der Reform der Schuldenbremse haben wir der Bundesregierung neue finanzielle
358 Spielräume ermöglicht. Dennoch setzt die schwarz-rote Koalition ausgerechnet bei
359 der Ukraine-Unterstützung den Rotstift an. Deutschland muss die Militärhilfe für
360 die Ukraine aufstocken und sie auch diplomatisch, mit humanitärer Hilfe und
361 finanziell stärker unterstützen. Die deutsche Bundesregierung muss endlich dafür
362 sorgen, dass die eingefrorenen russischen Vermögen rechtssicher dafür eingesetzt
363 werden können. Vorschläge dafür liegen von der Europäischen Kommission auf dem
364 Tisch – es wird endlich Zeit, diese Gelder zu nutzen! Ja, dies birgt auch
365 Risiken. Aber die Ukrainer gehen nun seit Jahren täglich für uns ins Risiko.
366 Russland muss zur Verantwortung gezogen werden. Dazu gehört auch die
367 konsequente Dokumentation und Verfolgung russischer Kriegsverbrechen.

368 Auch der ständige Wiederaufbau der Ukraine ist eine Form des Widerstandes. Dabei
369 muss ein Fokus auf dem Wiederaufbau der Energieinfrastruktur mit dezentralen und
370 erneuerbaren Energiequellen liegen, um die Versorgungssicherheit angesichts der
371 russischen Angriffe zu stärken.

372 Um den Druck auf Russland zu erhöhen, braucht es eine massive Verschärfung der
373 Sanktionen. Es ist untragbar, dass einzelne EU-Mitgliedsstaaten noch immer mit
374 dem Kauf von russischem Uran, Öl und Gas täglich Millionen in Putins Kriegskasse
375 spülen. Auch andere Importe von Rohstoffen müssen beendet werden. Die geplante
376 Kooperation des staatlichen russischen Atomkonzerns Rosatom mit der von Advanced
377 Nuclear Fuels (ANF) betriebenen Atomfabrik Lingen birgt erhebliche Spionage- und
378 Sabotagegefahr - es darf hierfür kein grünes Licht der Bundesregierung geben.

379 Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten auch außereuropäische Staaten zur
380 Beendigung von kriegsfinanzierenden Importen aus Russland bewegen. Es braucht
381 endlich ein entschiedenes Handeln gegen die russische Schattenflotte. Wir
382 begrüßen das kürzlich beschlossene Einfuhrverbot auf russisches LNG sowie die
383 Ausweitung der Preisobergrenze auf Ölprodukte. Deutschland muss seine
384 Führungsrolle in Europa stärker wahrnehmen durch entschiedene
385 Sanktionsdurchsetzung und die Bekämpfung von Umgehungsstrategien, eine deutliche
386 Haltung gegenüber Blockierern sowie einen schnellen Abbau der verbleibenden
387 Energieabhängigkeiten. Im Kampf gegen Sanktionsumgehungen über Drittstaaten
388 braucht es außerdem enge internationale Koordination, insbesondere im Verbund
389 der G7 Staaten.

390 Gefangene in russischer Gefangenschaft - Zivilpersonen wie auch Angehörige der
391 ukrainischen Armee - sind systematischer Repression, Folter und Mord ausgesetzt.
392 Tausende ukrainische Kinder wurden verschleppt. Deutschland und Europa sollten
393 Menschenrechtsverletzungen an diesen Personen dokumentieren, sich in UN,
394 Europarat und OSZE für ihre Freilassung einsetzen und die juristische
395 Aufarbeitung unterstützen.

396 Wir reichen denjenigen Russ*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen
397 Zivilgesellschaft glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit
398 einsetzen und sich dabei oftmals der Gefahr von Repression und Inhaftierung
399 aussetzen. Auch Frauen und Kinder in russischer Gefangenschaft sind
400 systematischer Gewalt, Erniedrigung und Indoktrination ausgesetzt. Menschen, die
401 aus Russland fliehen, müssen Zugang zu einem fairen Asylverfahren und
402 verlässlichen Schutz vor Verfolgung erhalten. Gleichzeitig muss russischen
403 Staatsbürgern, die das Regime unterstützen und vom Krieg profitieren, der Zugang
404 zum Schengen-Raum verwehrt werden.

405 Deutschland muss eine echte Sicherheitsoffensive gegen hybride Bedrohungen
406 umsetzen, die bewusst die Urheberschaft von Angriffen verschleiern und die
407 Bevölkerung verunsichern sollen. Wir fordern, dass der Schutz unserer kritischen
408 Infrastrukturen - als zentraler Baustein für ein krisenfestes Land - stärker in
409 den Blick genommen wird. Dazu zählen zum Beispiel die Energieversorgung, die
410 Kommunikation, der Verkehrsbereich, das Gesundheitswesen oder der Luftraum. Dazu
411 gehört ein tagesaktuelles Gesamtlagebild zu Angriffen und Spionagetätigkeiten,
412 die zügige Umsetzung der EU-Richtlinien zum einheitlichen Schutz unserer
413 kritischen Infrastruktur, eine verbesserten Drohnenabwehr und Investitionen in
414 unsere Sicherheitsbehörden. Unsere Nachrichtendienste müssen so aufgestellt
415 sein, dass sie das Personal, die Technik und die Befugnisse haben, die sie für
416 eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen - auch im digitalen Raum. Mit einer
417 Europäischen Nachrichtendienstagentur wollen wir die Zusammenarbeit innerhalb
418 der Europäischen Union stärken. Auch eine eigenständige, resiliente
419 Weltrauminfrastruktur ist Teil unserer kritischen Infrastruktur und eine
420 zentrale Grundlage unserer Verteidigungsfähigkeit: Europa muss seine
421 industrielle Basis dafür durch gemeinsame Beschaffung, koordinierte Programme
422 und eine unabhängige Startinfrastruktur sichern. Im Kampf gegen Desinformation
423 müssen Plattformen im Rahmen der geltenden Regularien - etwa dem Digital
424 Services Act - stärker in die Pflicht genommen, Medienkompetenz flächendeckend
425 ausgebaut und Maßnahmen zur Früherkennung von Einflusskampagnen gestärkt werden.
426 Bei der Abwehr hybrider Bedrohungen müssen wir die Erfahrungen der
427 Ukrainer*innen nutzen. Als Bündnis 90/Die Grünen haben wir die Stärkung des
428 Zivil- und Bevölkerungsschutz, der Nachrichtendienste, den Schutz der

429 informationstechnischen Systeme und die Hilfe für völkerrechtswidrig
430 angegriffene Staaten im Rahmen der Verhandlungen über das Sondervermögen als
431 Teil der Verteidigungsausgaben verankert - jetzt muss die Bundesregierung
432 liefern.

433 Die Bundesregierung steht auch in der Verantwortung, die Bevölkerung vor einem
434 militärischen Angriff zu schützen und eine bestmögliche Vorbereitung auf einen
435 möglichen Angriff zu gewährleisten. Dabei geht es neben der personellen
436 Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch um den Zivilschutz. Wir begrüßen die
437 Bemühungen der Bundesregierung, die durch die Aussetzung der Wehrpflicht
438 entstandene Lücke bei der Erfassung von Wehrpflichtigen durch die Wiederaufnahme
439 verpflichtender Musterung junger Männer zu schließen. Darüber hinaus setzen wir
440 klar auf Freiwilligkeit.

441 Die eingeschränkten Kapazitäten für die Ausbildung sollten für geeignete
442 Freiwillige jeden Alters und Geschlechts optimal genutzt und ausgebaut werden.
443 Wir wollen den Wehrdienst und Zivilschutz für eine breite Zielgruppe attraktiver
444 machen und auch die Rahmenbedingungen von Freiwilligendiensten stärken - diese
445 Aufgabe muss jetzt ernsthaft und mit Nachdruck angegangen werden. Auch bei
446 Freiwilligendiensten muss sichergestellt werden, dass sie tatsächlich allen
447 Menschen zugänglich sind. So steigern wir die gesamtstaatliche Resilienz,
448 fördern den Zusammenhalt und können den benötigten personellen Aufwuchs
449 schaffen. Um Zivilschutz und militärische Reserve strukturiert aufzubauen
450 fordern wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für gesamtstaatliches
451 Krisenmanagement, die die zivil und militärisch nutzbaren Kompetenzen von
452 Freiwilligen abfragt und passende Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten vermittelt.
453 Wir sind überzeugt: Die Menschen in Deutschland wollen sich und unsere
454 Demokratie verteidigen. Der Staat ist nun in der Pflicht, ihnen die Gelegenheit
455 zu geben, sich darauf persönlich und gemeinsam bestmöglich vorzubereiten.

456 Wir brauchen eine vertiefte gesamtgesellschaftliche Debatte über die Frage, wie
457 wir angesichts der sich verändernden Bedrohungslage gesellschaftliche Resilienz
458 dauerhaft sicherstellen können. Wir als Partei wollen uns in diese Debatte
459 führend einbringen. Dabei ist für uns klar, dass die Perspektiven junger
460 Menschen im Vordergrund stehen und dass alle Generationen ihren Beitrag leisten
461 müssen. Mit diesem Ziel organisieren wir als Partei eine gemeinsame Debatte mit
462 unserer Bundestagsfraktion und der GRÜNEN JUGEND. Unser Ziel ist ein
463 ergebnisoffener Diskussionsprozess darüber, welche militärischen und zivilen
464 Dienstformen - freiwillig, hybride und verpflichtende -
465 sowie weitere Formen gesellschaftlicher Mitwirkung zur Gesamtverteidigung und
466 Resilienz beitragen können.

467 Schon jetzt besteht die rechtliche Möglichkeit zur Wiedereinsetzung der
468 Wehrpflicht und darüber hinaus zur Ausrufung des Spannungs- und
469 Verteidigungsfalles, genauso wie das im Grundgesetz verankerte Recht auf
470 Kriegsdienstverweigerung - niemand kann gegen sein Gewissen zum Dienst an der
471 Waffe gezwungen werden.

472 Russland testet die Entschlossenheit unseres Bündnisses und die
473 Reaktionsfähigkeit der europäischen Streitkräfte. Er verwischt Tag für Tag die
474 Grenzen von Krieg und Frieden. Nur wenn wir verteidigungsfähig sind, werden wir
475 uns nicht verteidigen müssen. Für den nötigen Ausbau der europäischen
476 Verteidigungsfähigkeit haben wir viel von der Ukraine zu lernen, gerade bei der

477 Abwehr und dem Einsatz von Drohnen. Wir müssen jetzt in der EU dafür Sorge
478 tragen, gemeinsame Projekte und Strukturen innerhalb der europäischen
479 Verteidigungsindustrie zu etablieren.

480 Für den Schutz von Frieden in Freiheit in Europa müssen die NATO und die EU
481 handlungsfähig bleiben. Dafür wollen wir innerhalb der EU das Veto-Recht
482 reformieren - und Einstimmigkeitsprinzip abschaffen. Da dies aktuell in weiter
483 Ferne liegt, geht es darum, die Handlungsfähigkeit durch Koalitionen der
484 Freiheitsverteidiger zu erhöhen. Das bedeutet eine enge Kooperation von
485 entschlossenen EU-Staaten mit Ländern wie Norwegen und dem Vereinigten
486 Königreich. Dabei muss Deutschland auch stärker mit den nordischen und
487 baltischen Staaten kooperieren und von ihnen lernen. Wir brauchen neue Formate
488 der politischen Zusammenarbeit, die alle relevanten Länder einbeziehen und es
489 ermöglichen, europäische Sicherheitsinteressen zu diskutieren und gemeinsame
490 Entscheidungen voranzutreiben. Ein Format wäre ein Europäischer Sicherheitsrat,
491 der zunächst beratend für die EU und NATO agieren und langfristig auch zur
492 Umsetzung von gemeinsamen Entscheidungen genutzt werden kann.

493 Angesichts der Bedrohungslage ist es leider notwendig, dass wir und viele
494 unserer Verbündeten weltweit noch mehr in Sicherheit investieren, um uns vor
495 Aggression und Krieg zu schützen. Dennoch bleibt es gerade in diesen Zeiten
496 entscheidend, Abrüstungsinitiativen und Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit
497 gemeinsamen Abrüstungsschritten schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle
498 und wahren Frieden und Stabilität.

499 Frieden in Nahost

500 Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die
501 Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und der
502 Shoah auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels als sichere Heimstätte für
503 Jüdinnen und Juden ist für uns unverhandelbar. Ebenso unverhandelbar ist das
504 Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen sowie unser klares Bekenntnis zum
505 Völkerrecht, der Würde jedes Menschen und den universellen Menschenrechten. Wir
506 sind geleitet von dem Grundsatz der menschlichen Sicherheit, der die Sicherheit
507 des Individuums in den Mittelpunkt stellt und anerkennt, dass die Sicherheit von
508 Israelis und Palästinenser*innen untrennbar miteinander verbunden ist. Unser
509 Einsatz für diese Prinzipien muss auch im Nahen Osten erkennbar und wirksam sein
510 – nur dann wird unser Eintreten für eine regelbasierte Weltordnung glaubwürdig.
511 Ob Europa künftig eine konstruktive und wirksame Rolle in einem Friedensprozess
512 einnehmen kann, wird maßgeblich davon abhängen, ob wir diesem Anspruch gerecht
513 werden.

514 Unsere Verantwortung für die Sicherheit und das Existenzrecht Israels als Teil
515 deutscher Staatsräson heißt, Bedrohungen zu erkennen und die Sicherheit
516 israelischer Bürgerinnen und Bürger zu einer Grundlage unseres Handelns zu
517 machen. Israel hat das völkerrechtlich verbiefte Recht sich gegen Angriffe zu
518 verteidigen und auch die anerkannte Pflicht, seine Bürger*innen im Rahmen des
519 Völkerrechts zu schützen. Die anhaltende Bedrohung des Staates Israels durch
520 staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie die Angriffe und den Terror gegen
521 seine Bevölkerung verurteilen wir.

522 Der Einsatz für die Sicherheit Israels als Teil deutscher Staatsräson bedeutet
523 nicht, dass Unterstützung für die israelische Regierung über Verpflichtungen
524 gegenüber dem Völkerrecht und dem Schutz der Menschenrechte gestellt werden

525 dürfen. Wir müssen Verletzungen dieser Grundsätze klar benennen und kritisieren
526 sowie für entsprechende Konsequenzen eintreten. Die Sicherheit Israels, der
527 Wunsch nach Frieden sowie das Einfordern von Völkerrecht, Menschenrechten und
528 Selbstbestimmung für alle Menschen in der Region gehen Hand in Hand.

529 Auch die Sicherheit der Palästinenser*innen sowie der Schutz ihrer Rechte, ihres
530 Lebens und ihrer Freiheit sind zentrale Aufgaben unserer Politik und
531 Verpflichtungen aus dem Völkerrecht. Dazu gehört es, ihr Selbstbestimmungsrechts
532 zu verwirklichen und ihren Schutz vor massiven Völkerrechtsverbrechen und
533 willkürlicher Gewalt zu gewährleisten, sei es durch israelische Siedler*innen
534 und Sicherheitskräfte, sei es durch Hamas oder anderen islamistischen Terror.
535 Die anhaltende Missachtung ihrer grundlegenden Rechte verurteilen wir. Als
536 Besatzungsmacht trägt die israelische Regierung dabei die völkerrechtliche
537 Hauptverantwortung für den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung in den
538 besetzten Gebieten.

539 Am 7. Oktober 2023 hat die Hamas mit unfassbarer Gewalt und Brutalität einen
540 Terroranschlag auf Israel verübt. Mehr als 1.200 Menschen wurden von der Hamas
541 ermordet, begleitet von unsäglichem sexualisierter Gewalt, 251 Menschen wurden
542 verschleppt. Familien und Kinder wurden in ihrem Zuhause ebenso auf grausame
543 Weise umgebracht wie Jugendliche, die auf einem Festival tanzten. Tausende
544 wurden verletzt. Es war der schlimmste antisemitische Angriff auf
jüdisches
545 Leben seit der Shoah, ein Angriff auf das Existenzrecht Israels und auf die
546 gesamte israelische Gesellschaft. Er hat die Menschen in Israel und weit darüber
547 hinaus, insbesondere Jüdinnen und Juden weltweit, zutiefst traumatisiert. Der
548 Angriff der Hamas hat das Versprechen erschüttert, dass Jüdinnen und Juden nach
549 Jahrhunderten der wiederkehrenden Ausgrenzung und Verfolgung endlich im Staat
550 Israel eine sichere Heimat finden. Unsere tiefe Solidarität gilt den Opfern und
551 ihren Familien. Wir blicken mit tiefer Anteilnahme auf diesen Tag und auf das
552 Leid, dass der Terroranschlag der Hamas bis heute verursacht.

553 Als Reaktion auf den 7. Oktober hat die israelische Regierung einen Krieg in
554 Gaza geführt, dessen humanitäre Folgen und militärische Mittel unverhältnismäßig
555 bzw. völkerrechtswidrig sind. Das Vorgehen ist durch nichts zu rechtfertigen –
556 auch nicht durch den brutalen Terrorangriff der Hamas – und hat unermessliches
557 Leid und Traumatisierung über die Menschen in Gaza gebracht: Die Schätzungen
558 über die Anzahl der Todesopfer, unter anderem des Max-Planck-Instituts für
559 demografische Forschung, reichen von mehreren Zehntausenden bis zu über
560 Hunderttausend. Darüber hinaus hunderttausende Verletzte, zerstörte Städte – 80
561 Prozent der Bausubstanz in Trümmern –, zerstörte Infrastruktur von Wohnhäusern,
562 Krankenhäusern und Schulen bis hin zu Wasser- und Stromversorgung, massenhafte
563 Vertreibung, Angriffe auf humanitäre Helfer*innen und Journalist*innen, eine
564 Generation, der ihre Zukunft genommen wurde. Das Leid der Zivilbevölkerung in
565 Gaza erfüllt uns mit tiefem Schmerz. Viele Menschen in Deutschland haben
566 Angehörige in Gaza; auch ihre Trauer, Sorge und Verzweiflung gehören zu unserem
567 Land und verdienen Gehör und Mitgefühl.

568 Auch die skrupellose Kriegsführung und Terrorherrschaft der Hamas hat zu diesem
569 Leid beigetragen. Dazu gehört der Missbrauch von ziviler Infrastruktur,
570 fortwährender Raketenterror sowie Hinrichtungen von Palästinenser*innen, denen
571 Zusammenarbeit mit Israel vorgeworfen wird. Die Misshandlung der verschleppten

572 Geiseln – einschließlich Folter und sexualisierter Gewalt – ist Ausdruck einer
573 tiefgreifenden Missachtung der Menschenwürde.

574 All diese Verbrechen verurteilen wir auf das Schärfste.

575 Menschenrechtsverletzungen dürfen niemals relativiert oder gerechtfertigt
576 werden.

577 Seit dem 7. Oktober tritt der Antisemitismus weltweit immer offener und
578 gewaltsamer auf. Antisemitische Straftaten haben deutlich zugenommen. Der Schutz
579 jüdischen Lebens in Deutschland und weltweit ist für uns eine Verpflichtung. Wir
580 gehen entschlossen gegen jeglichen Antisemitismus in unserer Gesellschaft vor-
581 sei es Antisemitismus von Rechten, von Linken, von Islamisten oder aus der Mitte
582 der Gesellschaft. Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können.

583 Auch verstärkt sich in Deutschland die pauschale Ablehnung von Menschen mit
584 arabischem oder muslimischem Hintergrund, begleitet von antimuslimischem
585 Rassismus. Der Europarat hat Deutschland für Eingriffe der Meinungs- und
586 Versammlungsfreiheit und exzessiver Polizeigewalt im Rahmen pro-
587 palästinensischer Demonstrationen gerügt. Diese Kritik muss ernst genommen
588 werden.

589 Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können genauso Muslime oder
590 Menschen mit arabischer Herkunft. Der Kampf gegen jegliche Form von
591 Diskriminierung, gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus ist eine
592 gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss dringend auf allen Ebenen verstärkt werden.
593 Wir stellen uns gegen jede Form der Instrumentalisierung des Kriegs in Nahost
594 für antisemitische oder anti-muslimische Hetze sowie für Einschränkungen von
595 Grundrechten und setzen uns für sichere Diskursräume und Meinungsfreiheit ein.

596 Die gezielten Angriffe durch die jemenitischen Houthis, die Hisbollah und den
597 Iran nach dem 7. Oktober haben zu weiteren Todesopfern geführt, haben Menschen
598 aus ihrer Heimat vertrieben. Wir verurteilen die fortgesetzte Gewalt und
599 Anschläge dieser Akteure. Die Hamas, das iranische Regime, die Hisbollah und
600 andere militante Gruppierungen machen keinen Hehl daraus, dass sie Israel
601 vernichten wollen. Sie negieren das Existenzrecht Israels. Das werden wir nie
602 akzeptieren. Gleichzeitig gilt: Militäroperationen wie der israelische Angriff
603 auf Hamas-Vertreter in Katar verletzen die territoriale Souveränität von
604 Drittstaaten, verstoßen gegen das völkerrechtlich verbiefte Gewaltverbot und
605 gefährden die Vermittlerrolle dieser Staaten in einem Friedensprozess.

606 Die Blockade humanitärer Hilfe durch die israelische Regierung und das
607 Aushungern der Zivilbevölkerung ist ein schwerer Bruch des humanitären
608 Völkerrechts und hat zu einer von den Vereinten Nationen bestätigten Hungersnot
609 geführt. Kriegsverbrechen wie Angriffe auf Zivilist*innen und zivile
610 Infrastruktur, humanitäre Helfer und Journalist*innen sind durch die Vereinten
611 Nationen und NGOs in Gaza dokumentiert. Noch immer ist der humanitäre Zugang
612 eingeschränkt und wird als politisches Druckmittel missbraucht. Unabhängige
613 Presseberichterstattung wurde durch die Einschränkungen für Journalist*innen
614 erheblich erschwert.

615 Deutschland trägt Verantwortung, seiner humanitären Pflicht in der Region
616 gerecht zu werden. Vorrang hat der schnelle, sichere und ungehinderte Zugang zu
617 Hilfsgütern. Unmittelbar dafür notwendig ist der Wiederaufbau funktionierender
618 UN-Verteilstrukturen in Gaza. Humanitäre Akteure leisten unter schwersten

619 Bedingungen dringend benötigte Hilfe - sie müssen endlich sicher und ungehindert
620 ihre Arbeit machen können. Wir verurteilen das Verbot von UNRWA durch die
621 israelische Regierung und fordern ein sofortiges Ende der Einschränkungen sowie
622 vollen Zugang und ausreichende Finanzierung für ihre lebenswichtige Arbeit. Es
623 ist ein Skandal, dass die Bundesregierung in der UN-Generalversammlung erstmals
624 die Verlängerung des UNRWA-Mandats nicht unterstützt hat – umso mehr inmitten
625 der anhaltenden humanitären Katastrophe in Gaza. Für uns ist klar: Solange es
626 keine dauerhafte Lösung des Konflikts gibt, ist das Mandat von UNRWA
627 unverzichtbar.

628 Humanitäre Hilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit und den Prinzipien der
629 Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit verpflichtet. Wir fordern die
630 Auflösung der sogenannten Gaza Humanitarian Foundation, die entgegen diesen
631 Prinzipien handelt. Im Rahmen ihrer Verteilungen kam es zu mehr als 1.000
632 Todesopfern. Eine Politisierung humanitärer Hilfe oder eine Einflussnahme der
633 Hamas und anderer terroristischer Gruppierungen auf humanitäre Hilfe darf es
634 nicht geben.

635 Die jeweils spezifische Gewalt und Bedrohung in Gaza, der Westbank und Israel
636 haben besonders für Kinder weitreichende Folgen. Die Kinder in Gaza gehören zu
637 den besonders schwer Leidtragenden. Ihre tief sitzenden Wunden zu sehen und zu
638 heilen, gehört jetzt zu den besonders dringlichen Aufgaben für all diejenigen,
639 denen an Menschlichkeit, Aussöhnung und Frieden gelegen ist. Gefährdete Personen
640 müssen durch in Deutschland lebende Angehörige aufgenommen werden können. Zudem
641 begrüßen wir das Angebot deutscher Städte, Kommunen und Bundesländer, verletzte
642 Kinder aus Gaza aufzunehmen und zu behandeln. Es ist ein Skandal, dass die
643 Bundesregierung diese Initiative blockiert. Wir fordern an dieser Stelle gerade
644 von der SPD in der Bundesregierung einen geraden Rücken und Empathie.

645 Ein Waffenstillstand in Gaza darf nicht dazu führen, dass wir die Augen vor der
646 eskalierenden Gewalt in der Westbank und Ostjerusalem verschließen. Die oft von
647 der israelischen Regierung und Armee unterstützte Siedlergewalt, der illegale
648 Siedlungsbau und die damit einhergehenden Vertreibungen und Annexionspläne im
649 Westjordanland haben massiv zugenommen. Bewohner berichten von täglichen
650 Angriffswellen, Gewalt und Hassbotschaften.

651 Die palästinensische Autonomiebehörde (PA) wurde durch das Vorenthalten von
652 Steuer- und Zolleinnahmen an den Rand des Bankrotts gebracht. Die zunehmende
653 Zerstückelung des besetzten palästinensischen Gebietes zerstört die
654 geographische Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung und verletzt geltendes
655 Völkerrecht. Wir verurteilen dieses Vorgehen der in Teilen rechtsextremen
656 Regierung Netanjahu und halten es für falsch, dass Premierminister Netanyahu
657 seit Jahren mit seiner Politik maßgeblich dazu beiträgt, einen palästinensischen
658 Staat unmöglich zu machen und eine Zwei-Staaten Lösung zu unterminieren.

659 Wir halten fest an der Herrschaft des Rechts. Deutschland muss konsequenter als
660 bisher zwischen dem Hoheitsgebiet des Staates Israel und den seit 1967 besetzten
661 palästinensischen Gebieten unterscheiden und die klare Botschaft senden, dass
662 einseitige Grenzverschiebungen nicht anerkannt werden. Von der Bundesregierung
663 erwarten wir, sich klar einzusetzen für die Umsetzung der Resolution 2334 des
664 UN-Sicherheitsrats von 2016, die einen unverzüglichen und vollständigen Stopp
665 der illegalen Siedlungsaktivitäten fordert, sowie des IGH-Gutachtens vom 19.

666 Juli 2024, welches die israelische Besatzungspolitik in Gaza und der Westbank
667 als völkerrechtswidrig einschätzt.

668 Immer mehr UN-Stellen, Menschenrechtsorganisationen und unabhängige Medien
669 berichten über schwere Misshandlungen palästinensischer Gefangener in
670 israelischer Haft seit Beginn des Gaza-Krieges – darunter Folter, sexualisierte
671 Gewalt, Isolationshaft und den stark ausgeweiteten Einsatz von Administrativhaft
672 ohne Anklage oder rechtsstaatliches Verfahren. Diese Praktiken widersprechen
673 fundamentalen Menschenrechts- und Rechtsstaatsprinzipien. Wir verurteilen diese
674 Verstöße entschieden und fordern unabhängige Untersuchungen, Zugang für
675 internationale Beobachter*innen sowie ein sofortiges Ende willkürlicher und
676 menschenrechtswidriger Inhaftierungen.

677 Heute, fast zwei Jahre nach Beginn der Eskalation, gibt es Hoffnung auf ein Ende
678 des Krieges und Frieden. Die Friedensgespräche in Ägypten haben zur Freilassung
679 der Geiseln und einem Waffenstillstand in Gaza geführt. Nach zwei Jahren in den
680 Händen der Hamas konnten die noch lebenden Geiseln endlich zurück zu ihren
681 Familien. Hunderttausende Menschen in Gaza können endlich auf ein Ende der
682 Angriffe und der humanitären Notlage hoffen. Diese Freude und Erleichterung
683 teilen wir. Und es war ein Tag der Trauer über die verstorbenen Geiseln, von
684 denen bis heute nicht alle an ihre Angehörigen überführt wurden - wir teilen
685 ihren Schmerz genauso wie den Schmerz der Menschen in Gaza, deren Angehörigen
686 ihr Leben unter den Trümmern Gazas oder unter ungeklärten Umständen in
687 israelischer Haft ließen. Im Rahmen des Friedensprozesses muss jetzt alles getan
688 werden, damit das Schweigen der Waffen Bestand hat.

689 Der Friedensplan muss jetzt umgesetzt werden. Als nächstes braucht es die
690 Entwaffnung der Hamas, die Absicherung Gazas durch internationale Unterstützung,
691 den Rückzug der israelischen Armee aus Gaza, sowie die Übergabe der
692 Verantwortung an die Palästinenser*innen. Dabei bleiben folgende Grundsätze für
693 uns leitend: Von Gaza darf künftig keine Gefahr mehr für Israels Sicherheit
694 ausgehen. Die Palästinenser*innen dürfen nicht aus Gaza vertrieben werden, und
695 es darf keine Wiederbesetzung oder territoriale Reduzierung von Gaza durch
696 Israel geben. Es braucht eine gemeinsame Perspektive für Gaza und
697 Westjordanland, anders ist eine Staatlichkeit nicht denkbar. Die
698 völkerrechtswidrige Besatzung der Westbank und die Annexionen müssen beendet
699 werden. Es darf keine Lösung über die Köpfe der Palästinenser hinweg geben. Sie
700 müssen den politischen Prozess nicht nur mitgestalten, sondern maßgeblich in
701 ihrem Sinne prägen. Es ist wichtig, dass sich dabei auch die arabischen
702 Nachbarstaaten gemeinsam für eine politische Perspektive engagieren.

703 Dieser Prozess braucht aber auch das Ziel von dauerhaftem Frieden und Sicherheit
704 für alle Menschen in der Region. Unser Ziel bleibt eine verhandelte
705 Zweistaatenlösung, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer
706 und lebensfähiger Staat Palästina Seite an Seite in Frieden und Sicherheit
707 leben. Sie auf diesem Weg zu begleiten und zu unterstützen, ist zentrale Aufgabe
708 und Verantwortung deutscher Außenpolitik. Nur eine Zweistaatenlösung wird einen
709 gerechten und dauerhaften Frieden bringen und das Recht auf Selbstbestimmung
710 beider Völker erfüllen: den Fortbestand Israels als sichere Heimstätte für
711 Jüdinnen*Juden garantieren sowie die Schaffung eines souveränen Staates
712 Palästina. Zentrales Element für gleichberechtigte Verhandlungen über eine
713 Zweistaatenlösung ist die Anerkennung des Staates Palästina, auch durch
714 Deutschland. Im aktuellen Friedensprozess ist die Anerkennung auch durch

715 Deutschland ein prioritärer Schritt. Die Regierungsverantwortung im gesamten
716 palästinensischen Gebiet muss bei der Palästinensischen Autonomiebehörde liegen,
717 mit angemessener internationaler Unterstützung. Die Hamas und andere
718 Terrorgruppen dürfen darin keine Rolle spielen. Wir fordern die Bundesregierung
719 auf, sich in diesem Sinne dem von Frankreich und Saudi-Arabien initiierten
720 Prozess für die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Regelung anzuschließen. Deutschland
721 darf sich nicht international isolieren.

722 Israel und die Palästinenser brauchen die Hilfe der internationalen
723 Gemeinschaft, um die Voraussetzungen für einen Frieden zu schaffen, denn der Weg
724 dahin ist weit. Die EU muss im anstehenden Friedensprozess eine aktive Rolle
725 spielen und dabei alle Hebel nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Auch im Nahen
726 Osten gilt: Nur eine starke und geeinte EU kann das nötige diplomatische Gewicht
727 entwickeln, um wirkungsvoll zu handeln und zum Frieden in Nahost beizutragen.
728 Wir halten dies für notwendig und sehen dies auch im deutschen Interesse an
729 einer friedlichen Region und einer völkerrechtsbasierten internationalen
730 Ordnung. Die Bundesregierung darf hierbei nicht bremsend am Rande stehen,
731 sondern muss sich konstruktiv für eine gemeinsame europäische Nahostpolitik
732 einbringen. In diesem Rahmen können Mitgliedstaaten auch individuelle
733 Beziehungen in die Region wirksamer nutzen.

734 Israelische und palästinensische Friedenskräfte sowie
735 Menschenrechtsverteidiger*innen warnen seit Langem, dass Versuche, den Konflikt
736 zu managen ohne die grundlegenden Rechte der Palästinenser*innen zu sichern, zum
737 Scheitern verurteilt sind. Ebenso wenig kann eine Normalisierung der Beziehungen
738 zwischen arabischen Staaten und Israel einen nachhaltigen Beitrag zu Stabilität
739 in der Region leisten, wenn diese Fragen ausgeblendet werden. Internationale
740 Vermittlung muss deshalb auf einen gerechten, selbstbestimmten Friedensprozess
741 hinwirken, der den Weg für das Ende der Besatzung und die gegenseitige
742 Anerkennung zweier souveräner Staaten auf der Grundlage von 1967 ebnet sowie die
743 Zivilgesellschaft einbezieht. Gleichzeitig unterstützen wir Schritte zu einer
744 umfassenderen Friedensordnung im Nahen Osten unter anderem durch regionale
745 Dialogformate.

746 Es ist geltendes Recht, dass grundsätzlich keine Lieferungen von Waffen und
747 Rüstungsgütern erfolgen dürfen, wenn das eindeutige Risiko völkerrechtswidriger
748 Verwendung besteht. Bündnis 90/Die Grünen fordern seit Jahren verlässliche
749 Mechanismen der Endverbleibskontrolle gelieferter Waffen an alle Länder zwecks
750 einer effizienten Umsetzung des Rechts. Das gilt auch für Israel. Gleichzeitig
751 gehört zu unserer Verantwortung gegebenenfalls auch militärische Unterstützung
752 für die Verteidigung Israels und seiner Bürger*innen vor Angriffen und Bedrohung
753 durch Akteure wie das iranische Regime, die Hisbollah, die Huthi-Milizen, die
754 Hamas und den Islamischen Dschihad zu gewähren. Ob deutsche Waffen zur
755 Selbstverteidigung oder etwa zur Vertreibung der palästinensischen
756 Zivilbevölkerung eingesetzt werden können, ist nicht immer leicht zu überprüfen.
757 Doch wenn wir unserer Verantwortung für die Sicherheit Israels und dem
758 Völkerrecht gleichermaßen gerecht werden wollen, müssen wir diese
759 Differenzierung leisten. Vor diesem Hintergrund hat Deutschland sich zurecht
760 entschieden, keine neuen Ausfuhrgenehmigungen für den Export von Waffen und
761 Rüstungsgütern nach Israel zu erteilen, die im völkerrechtswidrigen Vorgehen in
762 Gaza eingesetzt werden können. Zusicherungen zum völkerrechtskonformen Einsatz
763 gelieferter Rüstungsgüter können das Verbot, tatsächlich völkerrechtswidrige
764 Einsätze mit zu ermöglichen, niemals übertreffen. Die Entscheidung der

765 Bundesregierung, die Exportbeschränkungen wieder aufzuheben ist angesichts der
766 äußerst fragilen Waffenruhe und den Entwicklungen in der Westbank unangemessen.
767 Angesichts der dokumentierten Verstöße gegen das Völkerrecht der israelischen
768 Armee fordern wir, dass die Beschränkungen wieder eingesetzt werden und richten
769 unser Augenmerk dabei neben Gaza auch auf Westbank und Golan. Die rechtlichen
770 Verpflichtungen, die sich für Deutschland als Vertragsstaat des
771 Waffenhandelsvertrages (ATT) und seinen nationalen Umsetzungsgesetzen ergeben,
772 müssen eingehalten werden. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden
773 parlamentarischen Mitteln sicherstellen, dass die Bundesregierung diese
774 Verpflichtungen strikt einhält und deren Umsetzung sowie die Einhaltung durch
775 die israelische Regierung wirksam überprüft.

776 Deutschland sollte zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der
777 Palästinenser*innen weiterhin palästinensische Staatlichkeitsbestrebungen
778 praktisch fördern – durch Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher
779 Institutionen, Ausbildung von Verwaltung und Justiz, Förderung demokratischer
780 Prozesse und wirtschaftlicher Perspektiven. Die PA hat die politische
781 Entwicklung in der Westbank lange Zeit blockiert, korrupte Strukturen entstehen
782 lassen, die Demokratie unterminiert. Die PA muss daher jetzt konkrete
783 Fortschritte in dem versprochenen Reformprozess machen. Wir begrüßen
784 entsprechende Signale wie die Entscheidung, den sogenannten Märtyrerfonds
785 abzuschaffen und mit einem bedarfsbasierten sozialen Sicherungssystem zu
786 ersetzen. Die israelische Regierung muss die vorenthaltenen Zoll- und
787 Steuereinnahmen der PA freigeben. Wir begrüßen, dass sich Deutschland den zwölf
788 Staaten angeschlossen hat, die im September 2025 der PA Finanzhilfen zugesagt
789 haben, und fordern die Bundesregierung auf, diese Unterstützung konsequent
790 fortzusetzen sowie den Reformprozess konstruktiv zu begleiten. Eine
791 Wiederaufbaukonferenz für den Gazastreifen sollte maßgeblich von Deutschland
792 vorangetrieben werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Bedürfnisse der
793 Bürger*innen Gazas im Mittelpunkt stehen - und die Sicherheit Israels gewahrt
794 wird. Hunderttausende Palästinenser*innen, die im Krieg ihr Zuhause verloren
795 haben, brauchen dringend Unterkunft und Hoffnung. Dabei muss insbesondere der
796 Schutz von Frauen und queeren Menschen berücksichtigt werden.

797 Zu einem glaubwürdigen Einsatz für eine Zweistaatenlösung zählen auch Schritte
798 gegen diejenigen, die ihn gezielt unterlaufen. Die Bundesregierung muss den
799 Kampf gegen die Terrorgruppen Hamas, Hisbollah und andere islamistische Gruppen
800 unterstützen. Dabei gilt es auch, Unterstützerstrukturen in Deutschland noch
801 stärker in den Blick zu nehmen und die Terrorismusfinanzierung aus Deutschland
802 zu unterbinden. Der Druck auf das iranische Regime als eine der brutalsten
803 Machtapparate gegen Menschen- und Frauenrechte und zugleich Treiber der
804 Bedrohung Israel und Destabilisierung der gesamten Region muss massiv verstärkt
805 werden. Wir setzen uns weiter für die rechtssichere Terrorlistung der iranischen
806 Revolutionsgarden auf EU-Ebene und klare Sanktionen gegen das Regime ein.
807 Deutschland muss jetzt vor allem auf die Regierung Netanjahu Druck ausüben, um
808 den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau und die Annexionspläne zu stoppen. Es
809 braucht jetzt eine Ausweitung der Sanktionen gegen gewalttätige Siedler sowie
810 eine konsequente Umsetzung des Prinzips, dass Vorteile, die Israel gegenüber
811 anderen Drittstaaten genießt, nicht den Siedlungen, Siedler*innen und dort
812 tätigen Unternehmen zugute kommen. Auch für Unternehmen, die am Siedlungsbau
813 verdienen, muss das Konsequenzen haben. Finanzielle und wirtschaftliche
814 Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel darf in keiner Weise den Siedlungen

815 zugutekommen. Darüber hinaus setzen wir uns für Sanktionen gegen den
816 israelischen Finanzminister Bezalel Smotrich und den Minister für Nationale
817 Sicherheit Itamar Ben-Gvir ein. Hier muss Deutschland seine Blockade im
818 Europäischen Rat endlich aufgeben.

819 Das EU-Assoziierungsabkommen enthält starke positive Anreize zur Einhaltung des
820 Völkerrechts. Der beiderseitige Respekt für Menschenrechte und demokratische
821 Prinzipien ist nach Artikel 2 des Abkommens ein essenzieller Bestandteil der
822 engen Kooperation zwischen Israel und den Ländern der Europäischen Union. Wir
823 halten die Anwendung der Menschenrechtsklausel für notwendig. Die
824 Bundesregierung sollte gemeinsames europäisches Vorgehen nicht länger blockieren
825 und den Weg frei machen für eine Teilaussetzung des Abkommens, falls Israel
826 seine völkerrechtlichen Verpflichtungen weiterhin nicht erfüllt. Davon unberührt
827 bleiben muss die Zusammenarbeit mit der israelischen Zivilgesellschaft und
828 Forschung als wichtige Brücken zwischen unseren eng verbundenen Gesellschaften.

829 Zu einem Friedensprozess gehört auch die rechtliche und politische Aufarbeitung
830 von Kriegsverbrechen. Deutsche und europäische Nahostpolitik soll aktiv dafür
831 werben, dass Verstöße transparent aufgeklärt und geahndet werden. Wir stehen an
832 der Seite der rechtsstaatlichen Kräfte in Israel, die zu Hunderttausenden für
833 den Erhalt der unabhängigen Justiz auf die Straße gehen. Darüber hinaus spielt
834 die internationale Gerichtsbarkeit - insbesondere der Internationale
835 Strafgerichtshof (IStGH) - eine zentrale Rolle, wenn ein Staat nicht willens
836 oder nicht in der Lage ist, die Ermittlungen oder die Strafverfolgung selbst
837 ernsthaft durchzuführen. Von der Bundesregierung fordern wir eine verstärkte
838 Unterstützung des IStGH, um ihn wirksam vor Sanktionen und
839 Delegitimierungskampagnen zu schützen und die Einhaltung des Römischen Statuts
840 zu stärken, auch im Hinblick auf die Haftbefehle gegen den israelischen
841 Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und den ehemaligen israelischen
842 Verteidigungsminister Yoav Gallant. Für diese Aufarbeitung ist auch die
843 Medienberichterstattung sowie der freie Zugang der Presse und VN-mandatierte
844 Untersuchungskommissionen entscheidend. Wir fordern unverzüglich den
845 uneingeschränkten Zugang für unabhängige internationale Journalist*innen in den
846 Gazastreifen.

847 Doch nicht allein die Politik zählt jetzt. Der Weg zum Frieden braucht den
848 Rückhalt einer starken Zivilgesellschaft. Wir stehen solidarisch an der Seite
849 der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft, die sich für
850 Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Dialog, ein Ende der Besatzung,
851 Gleichberechtigung und gegenseitige Anerkennung einsetzen. Sie spielen eine
852 Schlüsselrolle für einen nachhaltigen Frieden sowie die Verteidigung
853 demokratischer Institutionen. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese
854 Zivilgesellschaft zu stärken, in Israel wie in Palästina. Wir lehnen die
855 Beschränkung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und die
856 Diffamierung sowie Kriminalisierung ihres Engagements ab. Dazu gehört etwa die
857 von der israelischen Regierung geplante Besteuerung auf ausländische öffentliche
858 Mittel für NGOs.

859 Wir stellen uns außerdem entschieden gegen Boykottaufrufe, die israelische oder
860 palästinensische Wissenschaftler*innen, Kulturschaffende, Sportler*innen oder
861 Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft ausgrenzen. Diese
862 Bestrebungen ziehen die ganze Gesellschaft in Mitleidenschaft – nicht zuletzt
863 diejenigen, die für Demokratie und Frieden kämpfen - und erschweren

864 Verständigung. Auch Palästinenser*innen, die ihr Recht auf friedlichen Protest
865 ausüben und von der Hamas und internationale Terrornetzwerke bedroht werden,
866 brauchen unseren Schutz. Mit Israel teilen wir zentrale Werte, auch wenn der
867 demokratische Rechtsstaat unter Druck steht. Wir stehen an der Seite derjenigen,
868 die sich für die demokratische Verfasstheit Israels und den Schutz seiner
869 Bevölkerung vor dem Abbau von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und
870 demokratischen Strukturen einsetzen, genauso wie wir alle unterstützen, die
871 genau diese Werte für einen palästinensischen Staat wollen.

872 Die Diskussionen um Israel und Palästina werden in Deutschland in den
873 vergangenen zwei Jahren zunehmend polarisiert geführt. Es ist unsere Aufgabe als
874 Partei, auf allen Ebenen inklusive Räume für differenzierte und respektvolle
875 Debatten zu schaffen und jüdische wie palästinensische Communities einzubinden.
876 Wir müssen als Partei zeigen, dass es kein Widerspruch ist, sich Antisemitismus
877 klar entgegenzustellen und für das Selbstbestimmungsrecht von
878 Palästinenser*innen und die Einhaltung des Völkerrechts einzustehen.

Beschluss (vorläufig) Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 29.11.2025
Tagesordnungspunkt: E Klima & Energie

Antragstext

- 1 Klimaschutz ist nicht weniger als ein Versprechen an unsere Kinder und Enkel, in
2 einer Welt aufzuwachsen, in der man saubere Luft atmen und intakte Natur erleben
3 kann – saubere und klare Bäche, gesunde Wälder und humusreiche Böden. In der die
4 Versorgung mit Energie, Trinkwasser und Lebensmitteln sicher und das Leben
5 bezahlbar ist. In der fossile Konzerne ihre Profite nicht auf Kosten der
6 nachfolgenden Generationen generieren. In der alle gut leben und arbeiten
7 können. In der Landwirtschaft im Einklang mit Natur und Tieren betrieben wird
8 und uns auch in Zukunft mit guten Ernten ernähren kann. Klimaschutz ist die
9 direkte Konsequenz aus dem Wissen, dass wir nur eine Erde haben – und diese von
10 unseren Kindern nur geborgt ist.
- 11 Er ist gleichzeitig die Antwort auf die Sorgen, die viele Menschen in diesem
12 Land umtreiben: Kann ich meine Heizrechnung auch kommendes Jahr noch bezahlen?
13 Kann ich darauf bauen, meinen Industriebetrieb auch in fünf Jahren noch zu haben?
14 Ist mein Haus sicher vor Überschwemmungen?
- 15 Konsequenter Klimaschutz ist damit die zentrale Aufgabe unserer Zeit.
16 Klimaschutz entscheidet über wirtschaftliche Stärke, soziale Sicherheit,
17 körperliche wie seelische Gesundheit, internationale Sicherheit und Stabilität
18 sowie über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Klimaschutz ist Menschenrecht
19 und muss zugleich zentraler Bestandteil einer umfassenden Sicherheitspolitik
20 werden. Wer meint, Klimaschutz sei Nischenthema und Schönwetterpolitik, wer
21 Klimaschutz jetzt ausbremst, verspielt nicht nur ökologische Ziele, sondern
22 gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Zukunftsfähigkeit unseres
23 Landes und nicht zuletzt unsere Sicherheit und unseren Frieden. Klimapolitik,
24 die sich sozial gerecht gezielt zu Gunsten von einkommensschwachen Haushalten,
25 vulnerablen Gruppen oder besonders betroffenen Regionen einsetzt, hilft zudem
26 Ungleichheit zu verringern.
- 27 Die ökologischen Krisen verschärfen sich dramatisch – von der Erderhitzung bis
28 zum Artensterben, verursacht durch Raubbau an Böden, Wäldern und Meeren.
29 Zugleich wird in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen einmal mehr
30 deutlich, wie abhängig wir von Gas und Öl aus autokratischen Staaten sind – eine
31 Abhängigkeit, die wir nur durch konsequente Klimapolitik beenden können.
32 Gleichzeitig verschärfen unsere Wirtschaftsweise und fortgeführte koloniale
33 Kontinuitäten die Ausbeutung des globalen Südens, sodass wir hier eine besondere
34 Verantwortung haben. In dieser Lage entscheidet konsequentes Handeln darüber, ob
35 Deutschland und Europa gestärkt aus den Krisen hervorgehen – oder an ihnen
36 scheitern.
- 37 In den vergangenen mehr als 45 Jahren haben wir gezeigt, dass entschlossene
38 Politik wirkt – aus der Opposition heraus genauso wie in
39 Regierungsverantwortung. Als wir vor 25 Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz
40 auf den Weg gebracht haben, war damit die Hoffnung verbunden, eine weltweite

41 Energie-Revolution zu starten. Und was ist passiert? Unsere optimistischsten
42 Annahmen wurden übererfüllt. Wir generieren nicht nur in Deutschland schon heute
43 mehr als die Hälfte des Stroms aus Erneuerbaren – 2025 war auch das erste Jahr,
44 in dem global mehr Strom aus Wind und Sonne als aus Kohle gewonnen wurde. Das
45 ist ein riesiger Erfolg, auf den wir stolz sind. Der von uns begonnene Weg der
46 Förderung der Erneuerbaren war und ist Exportschlager. Zugleich müssen wir den
47 Weg des Einsparens und der effizienteren Verwendung von Energie und Ressourcen,
48 den wir mit dem Energieeffizienzgesetz und den Energieeinsparverordnungen von
49 2022 begonnen haben, entschlossen weitergehen. Denn um das Klima zu schützen und
50 die planetaren Grenzen einzuhalten, muss der Verbrauch an Ressourcen und Energie
51 insgesamt sinken.

52 Gerade in der letzten Bundesregierung haben wir zentrale Weichen gestellt, damit
53 Deutschland seine Klimaziele erreicht: Wir haben den Ausbau der Erneuerbaren und
54 der Netzinfrastruktur massiv beschleunigt, das Miet- und Wohneigentumsrecht ins
55 solare Zeitalter gebracht, den Kohleausstieg konkretisiert, den Europäischen
56 Green Deal mit auf den Weg gebracht, neue Instrumente wie Klimaschutzverträge
57 zum Umbau der Industrie etabliert und mit dem Aktionsprogramm Natürlicher
58 Klimaschutz das bislang größte Programm für die Renaturierung von Mooren und
59 Gewässern, die Wiederherstellung von Grünzügen und den Umbau von Wäldern
60 geschaffen. Wir haben eine historisch einmalige Energiekrise nach Putins
61 Angriffskrieg in der Ukraine bewältigt und zugleich gezeigt, wie der Weg hin zu
62 mehr Klimaschutz konkret umsetzbar ist – auch gegen erhebliche Widerstände. Das
63 war nicht immer einfach – und sicherlich wurden dabei auch Fehler gemacht. Das
64 Gute: Deutschland war auf Kurs, das 2030-Klimaziel zu erreichen. Diese Bilanz
65 zeigt: Politik macht einen Unterschied – und wir sind der Erderhitzung nicht
66 ohnmächtig ausgeliefert.

67 Die schwarz-rote Bundesregierung droht all diese Erfolge zu verspielen. Sie
68 erkennt ökologische Transformation nicht als strategische Aufgabe, sondern
69 behandelt sie wie eine Störung des Status quo. Während andere Staaten vorangehen
70 und die klimafreundliche Modernisierung ihres Wirtschaftssystems konsequent
71 voranbringen, riskiert die Bundesregierung, den Wirtschaftsstandort Deutschland
72 vom wesentlichen Innovationstreiber der nächsten Jahrzehnte abzukoppeln.
73 Klimaziele werden europäisch wie national infrage gestellt, soziale Spaltungen
74 vertieft, europäische Einigung geschwächt. Statt in eine klimafreundliche
75 Wirtschaft zu investieren, will diese Bundesregierung fragwürdige internationale
76 CO₂-Zertifikate zukaufen und damit unnötig Steuergeld verschwenden. Und die
77 Bundesregierung macht einen weiteren schweren Fehler: Den steigenden Strombedarf
78 durch Digitalisierung, künstlicher Intelligenz, Wärmepumpen oder Elektroautos
79 rechnet sie aus ideologischen Gründen herunter, um nicht stärker auf den
80 verstärkten Ausbau von Solar- und Windenergie setzen zu müssen. Blockade und
81 Verantwortungslosigkeit prägen diese Politik im Rückwärtsgang.

82 Zehn Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen braucht es ein starkes politisches und
83 wirtschaftliches Signal für internationale Zusammenarbeit. Trotzdem hat die
84 Regierung Merz dafür gesorgt, dass Europa mit einem völlig unzureichenden
85 Klimaziel zur diesjährigen Weltklimakonferenz fährt. Sie gefährdet den
86 Grundkonsens des internationalen Klimaprozesses, dass Industrieländer vorangehen
87 müssen. Im Verbund mit Rechtspopulisten und der fossilen Lobby schickt sie sich
88 an, die gesamte europäische Klimaarchitektur zu Fall zu bringen, den Green Deal.
89 Dieser enthält die wichtigsten Instrumente, um die soziale und wirtschaftliche
90 Zukunft unseres Kontinents zu gestalten und damit die europäischen Klimaziele zu

91 erreichen. Dazu zählt auch das System der CO₂-Flottengrenzwerte mit dem
92 sogenannten Verbrenner-Aus für Autos ab 2035 und das europäische
93 Emissionshandelssystem ETS 1 und ETS 2, das die Emissionen in Europa effektiv
94 begrenzt. Die Bundesregierung – insbesondere die Union – führt die letzten von
95 ihr noch propagierten Klimaschutzinstrumente ad absurdum, indem sie die
96 Verschiebung des ETS 2 in der EU um ein Jahr mitbeschlossen haben. Dabei war es
97 Friedrich Merz, der den marktbasierten Emissionshandel als sein Leitinstrument
98 für Klimaschutz bezeichnet hat; nun wird dieser als allererstes von seiner
99 Bundesregierung geschliffen.

100 Hinter dieser Politik stehen nicht nur Ignoranz oder das „Prinzip Hoffnung“,
101 sondern auch organisierte Interessen. Die, deren Macht auf der Ausbeutung
102 fossiler Energien beruht, rückwärtsgewandte Teile der Industrie, fossile
103 Energiekonzerne, reaktionäre Thinktanks und rechtspopulistische Kräfte verfolgen
104 ein gemeinsames Ziel: Sie wollen die ökologische Modernisierung unseres Landes
105 aufhalten, um ihre fossilen Geschäftsmodelle und ihren Einfluss zu schützen.
106 Anti-Klima-Mobilisierung ist kein deutsches Einzelphänomen. Sie ist Teil des
107 politischen Werkzeugkastens autoritärer und rechtspopulistischer Bewegungen –
108 von Donald Trump bis Viktor Orbán. Ökologische Politik ist immer auch eine Frage
109 politischer Auseinandersetzung darum, wer wir als Gesellschaft sein, was wir
110 unseren Kindern und Enkeln hinterlassen wollen: eine intakte Umwelt, die ihnen
111 die Chance gibt, sich zu verwirklichen und in Wohlstand zu leben, oder eine
112 Welt, in der einige wenige sich auf Kosten der Lebenschancen der Menschen und
113 des Planeten bereichern haben.

114 Diese Auseinandersetzung ist nicht entschieden, und es lohnt sich, zu kämpfen –
115 gegen eine fossile Lobbymacht, die eine teure Politik des Nichtstuns oder gar
116 des Rückschritts als zukunftsweisend verkauft.

117 Der ökologische Rollback der Regierung Merz bleibt nicht unbeantwortet. Überall
118 im Land formieren sich neue Allianzen: bei neuen Gasbohrprojekten bei Borkum, in
119 Oberbayern oder vor den Stränden Mecklenburg-Vorpommerns; bei den Menschen, die
120 sich vor den Kosten der unkalkulierbaren fossilen Abhängigkeit schützen wollen;
121 bei Städten und Gemeinden, die auf Windenergie und Solarprojekte setzen und
122 damit an vielen Stellen zur Sanierung ihrer Haushalte beitragen. Die eine
123 moderne kommunale Wärmeplanung vorantreiben und dafür klare Rahmenbedingungen
124 und weiterhin die finanzielle Unterstützung des Bundes brauchen. Und nicht
125 zuletzt in den vielen Unternehmen, die mit Wissen und Know-how nachhaltige
126 Geschäftsmodelle vorantreiben.

127 Denn es gibt eine andere Wirklichkeit – insbesondere in der Wirtschaft. Überall
128 in Deutschland investieren und entwickeln Marktführer, mittelständische
129 Unternehmen, Hidden Champions und Start-ups in klimaneutrale und
130 ressourcenschonende Technologien, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige
131 Geschäftsmodelle. Sie schaffen Jobs und eröffnen Chancen. Sie zeigen, dass
132 wirtschaftlicher Erfolg und ökologische Verantwortung zusammengehören – und dass
133 aus Klimaschutz wirtschaftliche Stärke werden kann. An ihrer Seite stehen wir:
134 für eine Politik, die ökologische Innovation fördert, statt fossile
135 Geschäftsmodelle zu verlängern. Wir wollen, dass Deutschland diese starke
136 Position ausbaut und zum weltweiten Leitmarkt für Green Tech wird. Unser Ziel
137 ist eine Wirtschaft, die unabhängig von fossilen Energien, ressourcenschonend
138 und international wettbewerbsfähig ist – als Teil einer ökologischen Moderne.

139 Es lohnt sich, gerade jetzt für ambitionierte ökologische Politik einzustehen.
140 Die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist kein Selbstläufer, der
141 Kampf um unsere Zukunft aber auch noch nicht verloren. Jedes Zehntel Grad, das
142 wir an Erderhitzung verhindern können, rettet Lebenschancen. Jedes Zehntel Grad
143 entscheidet über die Freiheitsrechte unserer Kinder. Jedes Zehntel Grad ist ein
144 Antrieb für uns, uns zu engagieren. Und wir haben beim Zukunftsentscheid in
145 Hamburg gesehen, dass ambitionierte Klimapolitik weiter Mehrheiten mobilisiert –
146 und Menschen bereit und motiviert sind, für eine gute Zukunft auf die Straße und
147 ins Wahllokal zu gehen. Dieser Erfolg bestärkt und motiviert uns. Wir sehen es
148 als unsere Aufgabe, diesen Aufbruch in die ländlichen Räume zu tragen – auch als
149 politisches Gegengewicht zu klimaleugnenden rechten oder konservativen Kräften.
150 Klimaschutz geht alle an – überall.

151 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Teil eines breiten Bündnisses für Fortschritt und
152 Klimaschutz. Gemeinsam stellen wir uns der Rückschrittpolitik der
153 Bundesregierung entgegen. Wenn Klimaschutz sabotiert wird, findet das unseren
154 Widerspruch und unseren Widerstand – im Parlament und auf der Straße, im
155 Schulterschluss mit Verbündeten in Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wir stellen
156 einer solchen Politik einen klaren Plan entgegen: soziale, gerechte ökologische
157 Politik, öffentliche und private Investitionen in Zukunftsbranchen,
158 Unterstützung und Befreiung von bürokratischen Fesseln für die Modernisierung
159 der Wirtschaft.

160 Unsere Leitidee: Klimaschutz, wirtschaftliche Modernisierung, sozialer
161 Zusammenhalt, Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Wer Klimaziele erreichen
162 will, muss sie gerecht gestalten. Wer Wohlstand sichern will, muss in
163 Zukunftsbranchen investieren, Innovation erleichtern und soziale Ungleichheit
164 verringern. Wer in Europa bestehen will, darf nicht spalten, sondern muss aktiv
165 mitgestalten. Unser erweiterter, integrierter Sicherheitsbegriff umfasst äußere,
166 innere und klimabedingte Sicherheitsrisiken und stellt das menschliche Wohl in
167 den Mittelpunkt.

168 Die Bundesregierung muss den Europäischen Green Deal mit seinen Gesetzen sowie
169 die europäischen Klimaziele aktiv verteidigen und nachhaltig voranbringen, dabei
170 ihr Gewicht nutzen, um Europa zusammenzuhalten. Sie muss sich jedem Versuch
171 entgegenstellen, Emissionsreduktionen oder sektorale Ziele – etwa in der
172 Automobilindustrie – zurückzudrehen. Klare, verlässliche Rahmenbedingungen sind
173 gerade jetzt entscheidend, um Investitionen auszulösen und die Modernisierung
174 der europäischen Wirtschaft voranzubringen. Der Staat kann als Ankerkunde für
175 grüne Produkte Leitmärkte schaffen und gleichzeitig durch Forschungsförderung
176 und regulatorische Erleichterung private Investitionen anreizen und Hürden für
177 Innovation abbauen.

178 Als zentraler Hebel für die effektive Reduktion klimaschädlicher Emissionen hat
179 sich der Europäische Emissionszertifikatehandel ETS bewiesen. Denn die Ausgabe
180 von Emissionszertifikaten begrenzt die CO₂-Emissionen zielsicher und verbindlich
181 in ganz Europa. Das ist besonders im deutschen Interesse, da wir ohnehin
182 verfassungsrechtlich zu strengem Klimaschutz verpflichtet sind. Der ETS 1 für
183 Industrie und Kraftwerke muss auf seinem Pfad bleiben, um seine volle
184 Steuerungswirkung auch weiter zu entfalten. Damit der Grenzausgleichsmechanismus
185 CBAM wirksam eine Produktionsverlagerung in Drittstaaten außerhalb der EU
186 vermeidet, muss der CBAM nachjustiert werden und Regelungslücken, etwa bei
187 importierten Brennstoffen oder nicht erfassten Produkten, geschlossen werden. In

188 den Sektoren, die im Zertifikatehandel erfasst sind, sind die Erfolge sichtbar:
189 Hier sind die Emissionen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen.

190 In der Energiewirtschaft hat der Emissionshandel den Umstieg von der Kohle hin
191 zu Erneuerbaren bewirkt, in der Industrie Modernisierung und Forschung an
192 emissionsarmen Produktionsprozessen beschleunigt. Es ist richtig und notwendig,
193 dass die Sektoren Verkehr und Gebäude mit dem ETS 2 ebenfalls Teil dieser
194 verbindlichen Klimaschutzarchitektur werden – sie sind bislang nicht auf dem
195 richtigen Pfad.

196 Allerdings darf hier der CO₂-Preis nicht zum einzigen Instrument der
197 Treibhausgasminderung werden. Denn die CO₂-Vermeidungskosten liegen bei Gebäuden
198 und Verkehr viel höher als etwa im Bereich der Kraftwerke. Vielmehr ist
199 entscheidend, dass die Transformation im Bereich Gebäude und Verkehr auch ohne
200 hohe CO₂-Preise erfolgreich wird. Wir wollen daher die Verbindlichkeit des ETS
201 auch durch ordnungsrechtliche Maßnahmen begleitet wird, welche die Nachfrage
202 nach CO₂-Emissionszertifikaten in diesen Sektoren in Deutschland senken. Als
203 größter Emittent in der EU trägt Deutschland eine besondere Verantwortung, weil
204 das Ausbleiben der flankierenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen zur Reduktion der
205 Emissionen den CO₂-Preis auch für andere EU-Länder steigen lässt. Bezahlbares
206 Wohnen und günstige Mobilität sind zugleich eine Frage der sozialen
207 Gerechtigkeit und entscheidend für die Akzeptanz von Klimaschutz. Darum müssen
208 alle Möglichkeiten durch Mehreinnahmen aus dem ETS, aus dem Sondervermögen oder
209 KTF genutzt werden, um preissenkende Investitionen zu beschleunigen und ein
210 sozial gerechtes Klimageld umzusetzen.

211 Daher setzen wir uns ein für einen intelligenten Instrumentenmix aus
212 Preisanreizen, gezielter Förderung von Umbau und Modernisierung und klaren
213 ordnungsrechtlichen Vorgaben. An diesem Instrumentenmix halten wir fest und
214 sorgen dadurch für bezahlbare Energie und verlässliche Förderung klimaneutraler
215 Wirtschaftssektoren. Friedrich Merz hingegen ist unehrlich: Zum einen will er
216 Klimaschutz allein über den Preis regeln – das ist sozial ungerecht und wird
217 dazu führen, dass die Akzeptanz für ausreichend ambitionierte Politik verloren
218 geht. Zum anderen greift er dann die Preise an, sodass am Ende nur die Option
219 bleibt, den Emissionshandel zu schwächen. Wer Emissionshandel als alleiniges
220 Steuerungsinstrument will, will nicht, dass er bleibt.

221 Klimaschutz sozial gerecht gestalten

222 Eine um mehrere Grad Celsius erhitzte Welt bedeutet: weniger Gerechtigkeit,
223 weniger Freiheit, weniger Chancen für uns und unsere Kinder – und mehr und
224 brutalere Konflikte. Klimaschutz ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer
225 Zeit.

226

227 Klimaschutz ist Generationengerechtigkeit, globale Gerechtigkeit, soziale
228 Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit zugleich. Wer wenig hat, hat auch
229 weniger Chancen, sich an die Erderhitzung anzupassen – während Reiche
230 Hauptverursacher der Klimakrise sind und sich oft von den Folgen freikaufen
231 können. Nichtstun verschärft Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Konflikte.
232 Das reichste Prozent global, wie in Deutschland verursacht die größten Schäden.

233 Superyachten, private Golfplätze oder Privatjets sind Gift fürs Klima und bieten
234 keinen gesellschaftlichen Mehrwert. Alleine die Superreichen, das reichste eine
235 Prozent der Weltbevölkerung, verursachen so viele Treibhausgasemissionen wie die
236 unteren 65 Prozent. Wer das Klima schützen will, muss sich deshalb auch für eine
237 gerechte Vermögensverteilung einsetzen.

238 Klimagerechtigkeit hört nicht bei uns in Deutschland auf, sondern sie fängt hier
239 an: Durch unsere Abhängigkeit von fossilen Energien leiden die Menschen in den
240 Lieferketten unter schweren gesundheitlichen Problemen und
241 Menschenrechtsverletzungen. Um das zu beenden, müssen hohe Standards entlang der
242 Lieferketten verbindlich werden.

243 Klimaschutz kann gelingen, wenn die infrastrukturellen Rahmenbedingungen
244 individuelle Entscheidungen für eine klimafreundliche Lebensweise ermöglichen.
245 Er wird aber nur dann breite gesellschaftliche Akzeptanz erfahren, wenn er
246 gerecht gestaltet wird, wenn es sich alle leisten können und etwas davon haben.
247 Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn viele Technologien, die mittel- und
248 langfristig deutliche Einsparungen und ein Mehr an Lebensqualität bringen, sind
249 bei der Anschaffung teuer – nicht jede*r kann sie sich leisten und ist in der
250 Zwischenzeit mit steigenden Energiepreisen konfrontiert.

251 Das verlangt entschiedenes Handeln jetzt. Doch die Bundesregierung tut nichts
252 dafür – im Gegenteil: Sie schiebt den Klimaschutz auf die lange Bank, und das
253 Klimageld gleich mit. So lässt sie die Menschen mit den Folgen der Klimakrise,
254 aber auch mit ihrer Bewältigung allein. Sie gefährdet mit diesem Kurs nicht nur
255 den Erfolg des ETS 2, sie untergräbt auch das Vertrauen in die ökologische
256 Transformation insgesamt. Anstatt soziale Sicherheit zum Rückgrat ambitionierter
257 Klimapolitik zu machen, lässt sie Haushalte mit niedrigen und mittleren
258 Einkommen allein und spielt so den Gegner*innen konsequenten Klimaschutzes in
259 die Hände. Dabei ist eine sozialverträgliche Gestaltung von Wirtschaft,
260 Verwaltung und Infrastrukturen jetzt das dringende Gebot der Stunde.

261 Auch beim Klimaschutz im Verkehr organisiert die Bundesregierung eine Politik
262 der Rückschritte, indem sie wieder mehr Mittel für den Straßenneubau
263 bereitstellt, das Deutschlandticket verteuert, den Flugverkehr künstlich
264 subventioniert und die Pendlerpauschale erhöht. Die Verkehrswende gelingt nur
265 mit klaren Prioritäten. Wir GRÜNE wollen Mobilität gerechter, klimafreundlicher
266 und effizienter organisieren. Dazu gilt es, ÖPNV-Angebote in Stadt und Land
267 auszubauen und dauerhaft finanziell abzusichern, Takte zu verdichten und mehr
268 On-Demand-Verkehre einzurichten, stillgelegte Bahnstrecken zu reaktivieren und
269 Neubaugebiete an der ÖPNV-Erreichbarkeit zu orientieren. Zudem wollen wir neue
270 Finanzierungsquellen für den öffentlichen Nahverkehr wie eine
271 Beitragsfinanzierung erschließen. Statt die Pendlerpauschale weiter anzuheben,
272 was vor allem hohen Einkommen zugutekommen würde und lange Arbeitswege anreizt,
273 wollen wir ein Konzept entwickeln, das sozialen und ökologischen Kriterien
274 gerecht wird, damit alle profitieren.

275 Klimageld einführen - Haushalte entlasten

276 Der Emissionshandel und die damit verbundene Bepreisung von CO₂-Emissionen sorgt
277 für ehrliche Preise und belohnt die, die in Klimaschutz investieren oder aus
278 anderen Gründen nichts oder nur wenig zur weiteren Erderhitzung beitragen. Da
279 noch nicht alle zum Start des europäischen Emissionshandels ETS 2 mit

280 Wärmepumpen, E-Autos und Niedrigenergiehäusern ausgestattet sein werden,
281 brauchen wir zum Ausgleich endlich ein sozial gestaffeltes Klimageld. Als
282 Sofortentlastungsmaßnahme setzen wir auf die Senkung der Stromsteuer auf das
283 europäische Minimum.

284 Die schwarz-rote Koalition hat das Klimageld faktisch beerdigt – obwohl es in
285 den Wahlprogrammen angekündigt wurde. Damit verspielt sie Glaubwürdigkeit und
286 gefährdet die politische Akzeptanz des CO₂-Preises. Der für ein Klimageld
287 notwendige Auszahlungsmechanismus ist inzwischen technisch bereit. Jetzt muss
288 die Bundesregierung den politischen Willen aufbringen, das Klimageld umzusetzen
289 – als direkten, jährlichen, barrierefrei ausgestalteten Rückfluss von einem
290 Großteil der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung von Gebäudewärme und Verkehr. Es
291 schafft einen Ausgleich für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Sie
292 werden entlastet, während Vielverbraucher*innen einen größeren Teil der
293 Transformationskosten tragen. Sollten aus dem regulären Haushalt und dem Klima-
294 und Transformationsfonds nicht genügend Mittel für eine sozial gerechte
295 Förderung zur Verfügung stehen, werden wir andere Finanzierungsmöglichkeiten
296 prüfen, die unseren Ansprüchen an eine sozial gerechte Transformation folgen.
297 Wir fordern die Bundesregierung auf, das Klimageld sofort startklar zu machen
298 und 2027 erstmals auszuzahlen.

299 Förderprogramme sozial und regional gerecht gestalten

300 Moderne klimafreundliche Technologien wie Wärmepumpen, Geothermie oder
301 energetische Gebäudesanierungen entlasten nach einigen Jahren durch geringere
302 Verbrauchskosten, sind aber in der Anschaffung teuer. Damit auch Menschen mit
303 geringem Einkommen und Vermögen den Umstieg starten können, müssen
304 Förderprogramme konsequent auf Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen
305 ausgerichtet werden. Wer wenig hat, erhält die höchste Förderung,
306 einkommensstarke Haushalte entsprechend weniger. Dieses Prinzip findet bisher
307 ausschließlich bei der Förderung für Heizungen aus erneuerbaren Energiequellen –
308 also etwa Wärmepumpen – Anwendung. Es ist aber auch für andere
309 Modernisierungsmaßnahmen richtig.

310
311 Damit die Wärmewende in der gesamten Gesellschaft zum Erfolg wird, braucht es
312 zudem weitere Schritte. Deshalb nehmen wir die Menschen mit kleinsten Einkommen
313 bei der Wärmewende besonders in den Blick. Wer weder einen Eigenanteil noch die
314 Vorfinanzierung der KfW leisten kann, darf nicht in der fossilen Kostenfalle
315 hängen bleiben. Wir bauen die Förderung daher aus, dass sie z.B. auch für ein
316 bezuschusstes Heizungs-Leasing-Programm oder für Wärme-Contracting-Modelle
317 genutzt werden kann. So können alle bei der energetischen Sanierung und beim
318 Heizungstausch mitmachen, die lieber überschaubare monatliche Raten zahlen
319 anstatt eine größere Investition vorzufinanzieren. Indem wir die Stromsteuer für
320 alle abschaffen und flexible Tarife unterstützen, wird Wärmepumpenstrom
321 günstiger und dadurch noch attraktiver als das Heizen mit fossilen Brennstoffen.
322 Im Osten Deutschlands sind rund ein Drittel aller Haushalte an Fernwärme
323 angeschlossen, ein enormes Potenzial. Es gilt weiterhin in effiziente Wärmenetze
324 zu investieren und etwa Stadtwerke beim Umstieg auf nachhaltige Wärmequellen zu
325 unterstützen.

326 Für den Erfolg der ökologischen Modernisierung unseres Landes sind unsere Städte
327 und Gemeinden unerlässlich: Wir kämpfen im Bund und in den Ländern weiter dafür,

328 dass die Kommunen aus den Einnahmen aus erneuerbaren Energien einen gerechten
329 Anteil erhalten und sie mit gezielten Förderprogrammen dabei unterstützt werden,
330 ihre kommunale Wärmeplanung Wirklichkeit werden zu lassen: Mit
331 Investitionszuschüssen sowie gezielter Unterstützung auch für Genossenschaften
332 und Kommunen wollen wir mehr bezahlbare Fernwärme aus erneuerbaren
333 Energiequellen wie Großwärmepumpen nach dänischem Vorbild, lokale und
334 nachhaltige Nahwärmenetze und dezentrale Lösungen ermöglichen, die kommunal gut
335 begleitet werden. Durch massive Investitionen wird Deutschland zum Wärme-
336 Innovationsland. So schaffen wir für Städte und ländliche Regionen örtlich
337 angepasste Lösungen.

338 Für Vermieter*innen müssen attraktive Anreize geschaffen werden, verbunden mit
339 einer klaren Begrenzung der Modernisierungumlage, damit Warmmieten nicht
340 steigen. Insbesondere private Vermieter*innen werden wir bei der energetischen
341 Sanierung weiter verlässlich mit Förderzuschüssen unterstützen und
342 kostengünstige serielle Sanierungsverfahren voranbringen. Mit dem CO₂-Kosten-
343 Aufteilungsgesetz haben wir in der Ampel dafür gesorgt, dass Vermieter*innen
344 einen eigenen Anreiz haben, die Kosten für die Gebäudewärme für ihre
345 Mieter*innen gering zu halten. Je energieeffizienter ein Haus ist, desto
346 geringer ist der Vermieteranteil am CO₂-Preis. Dieses Stufenmodell wollen wir
347 weiterentwickeln und den Mieteranteil an den CO₂-Kosten verringern. Erst wenn
348 die Vermieter*innen ambitioniert saniert haben, darf der CO₂-Preis auf die
349 Mieter*innen umgelegt werden. Wer nicht saniert, zahlt mehr als bisher – wer
350 seine Mieter*innen vor Energiekostensteigerungen schützt, wird belohnt. So lohnt
351 sich kluges, nachhaltiges Handeln für Mieter*innen und Vermieter*innen
352 gleichermaßen. Zusätzlich soll der Milieuschutz so reformiert werden, dass er
353 zugleich sinnvolle Maßnahmen für die energetische Sanierung und Wärmewende
354 ermöglicht und die Mieter*innen vor Mietsteigerungen schützt.

355 Trotz der Fehlentscheidung zur Verschiebung des ETS 2 darf die Bundesregierung
356 nicht länger warten, einen Plan vorzulegen, wie die mehr als fünf Milliarden
357 Euro aus dem europäischen Klima-Sozialfonds gezielt für Haushalte mit wenig
358 Einkommen eingesetzt werden. Mit den Mitteln aus dem Klima-Sozialplan wollen wir
359 auch Anreize für elektrische Kleinwagen setzen. Damit kehren wir auch den
360 derzeitigen Trend zu immer größeren Autos um, dies schon zudem das Klima,
361 Flächen und Ressourcen.

362 Bahn stärken – saubere Mobilität für alle ermöglichen

363 Eine moderne Wirtschaft braucht einen bezahlbaren öffentlichen Fern- und
364 Nahverkehr mit einer modernen und zuverlässigen Bahn als Rückgrat. Die
365 Investitionen in Sanierung, Digitalisierung und Elektrifizierung der
366 Bahninfrastruktur, den Aus- und Neubau von Bahnstrecken, die Modernisierung von
367 Bahnhöfen sowie den Personennahverkehr müssen mindestens verdoppelt und für zehn
368 Jahre gesichert werden. In der Ampel-Regierung haben wir es geschafft, dass
369 erstmals mehr Geld in die Schiene als in die Straße geflossen ist. Und wir haben
370 den Finanzierungskreislauf Straße durchbrochen – Einnahmen aus der Lkw-Maut sind
371 endlich auch in die Bahninfrastruktur geflossen. Beide Erfolge werden unter
372 Schwarz-Rot zurückgedreht. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Bahn-
373 feindliche Politik zu beenden.

374 Auch beim Deutschlandticket braucht es eine stärkere Beteiligung des Bundes,
375 damit der Preis mit steigendem Ausbau des ÖPNV wieder auf 9 Euro sinken kann –
376 denn das ist unser Ziel. Neben bezahlbaren Tickets ist ein gutes Angebot
377 entscheidend, doch während Deutschland die teuersten Autobahnkilometer der Welt
378 baut, fehlt es an einer funktionierenden Bahn sowohl im Fernverkehr wie auch
379 regional – eine enorme Belastung für Pendler*innen und Unternehmen. Wir kämpfen
380 dafür, dass mittelgroße Städte wie Heidelberg und Jena, Lübeck und Schwerin
381 regelmäßig im Fernverkehrsnetz der Schiene eingebunden sind, der Fernverkehr auf
382 der Schiene ausgebaut wird und mehr Nachtzugverbindungen geschaffen werden.
383 Ebenso braucht es eine Offensive für den Ausbau des öffentlichen
384 Personennahverkehrs und eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel. Die
385 neue Bahnstrategie muss endlich mit einem Maßnahmenpaket zur Fachkräfteanwerbung
386 und Baubeschleunigung hinterlegt werden. Ebenso sollen Güterverkehr und
387 Schifffahrt ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, etwa durch besseren
388 kombinierten Güterverkehr, durch klimafreundliche Antriebe, Nutzung von
389 Landstrom und Schiffsrecycling.

390
391 Klimaschutz ist wichtiger als immer neue Autobahnprojekte. Mittel für Aus- und
392 Neubau sollen statt in neue Straßen in den Ausbau der klimafreundlichen Schiene
393 fließen. Denn während unser Schienennetz einen leistungsfähigen Ausbau braucht,
394 ist das Straßennetz gut ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt Neubau.
395 Dazu wollen wir einen integrierten Bundesmobilitätsplan für eine klimaneutrale,
396 flächenschonende und sozial gerechte Mobilität erarbeiten und alle Projekte
397 unter Berücksichtigung der Klimaziele kritisch überprüfen. Für die
398 Straßeninfrastruktur ist unsere Priorität klar: Sanierung und Erhalt vor Neubau.
399 Das wissen alle, die unter maroden Brücken und gesperrten Straßen leiden. Um den
400 berechtigten Interessen im Rad- und Fußverkehr und der Verantwortung des
401 Verkehrssektors für den Klimaschutz gerecht zu werden, wollen wir die
402 Straßenverkehrsordnung im Sinne besserer Flächengerechtigkeit weiter anpassen.
403 Der Bund soll endlich auch gezielt Radschnellverbindungen in und zwischen
404 Kommunen fördern und den Fußverkehr mit Leuchtturmprojekten unterstützen.

405 Gute Arbeit sichern – Sicherheit im Wandel schaffen

406 Gute und verlässliche Arbeit ist essenziell für sozialen Zusammenhalt. Wir
407 setzen uns gemeinsam mit Gewerkschaften und vielen Unternehmen für eine
408 gestärkte Tarifbindung, einen wirklich armutsfesten Mindestlohn und gute
409 Arbeitsbedingungen in allen Branchen ein. Arbeit darf nicht krank machen – sie
410 muss Sicherheit, Perspektiven und Würde bieten. Gute Arbeit ist die soziale
411 Basis jeder erfolgreichen Transformation. Beschäftigte müssen in
412 Veränderungsprozesse einbezogen sein. Wir wollen die Mitbestimmung stärken, denn
413 wo Menschen mitreden, mitentscheiden und gestalten können, entstehen Akzeptanz
414 für den Wandel und auch zukunftsfähige Innovationen. Denn nachhaltige
415 Entscheidungen entstehen dort, wo Verantwortung geteilt wird – für gute Arbeit,
416 für das Klima und für die Zukunft unseres Landes.

417 Viele Unternehmen engagieren sich bereits, ihre Beschäftigten durch
418 Qualifizierung und Weiterbildung auf den Wandel vorzubereiten. Um diesen Einsatz
419 zu stärken und Sicherheit zu schaffen, braucht es einen Transformationsfonds,
420 eine umfassende Qualifizierungsinitiative sowie gezielte Förderung für von
421 Strukturwandel betroffene Regionen. Mit verlässlichen und zukunftsorientierten

422 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen wir dafür, dass Arbeitgeber*innen auch
423 in Zukunft gute Arbeitsplätze anbieten können.

424 Der Wandel gelingt nur, wenn er Sicherheit bietet. Ein verlässliches soziales
425 Netz muss Menschen in allen Lebenslagen schützen – bei Arbeitslosigkeit,
426 Krankheit und Pflege. So entsteht Vertrauen in Veränderung und der Glaube:
427 Niemand bleibt zurück.

428 Gesundheitsschutz stärken – Kommunen bei der Klimaanpassung
429 unterstützen

430 Für uns ist das Recht aller Menschen auf eine gesunde und lebenswerte Zukunft
431 das Leitprinzip aller Klimafolgenanpassungsstrategien. Sozial gerechter
432 Klimaschutz bedeutet auch, Schutzmaßnahmen gegen Extremwetterereignisse wie
433 Hitze, Stürme und Überschwemmungen konsequent auszubauen. Für uns ist das Recht
434 aller Menschen auf eine gesunde und lebenswerte Zukunft das Leitprinzip aller
435 Klimafolgenanpassungsstrategien. Daten bestätigen, dass Hilfesysteme,
436 medizinische Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Sportvereine und viele andere
437 die zunehmende Wärmebelastung und die damit verbundenen gesundheitlichen
438 Konsequenzen zunehmend zu spüren bekommen.

439
440 Wir wollen den Gesundheitsschutz insbesondere von vulnerablen Gruppen wie
441 Kleinkindern, älteren und gesundheitlich vorbelasteten Menschen, Menschen mit
442 Behinderungen, Obdach- und Wohnungslosen sowie von Schwangeren sukzessive
443 stärken. Durch moderne Gestaltung wie baulichen Hitzeschutz, klimaangepasste
444 öffentliche Räume, die Entsiegelung von Flächen, Planung grüner Oasen in stark
445 versiegelten Räumen, aber auch die Verbesserung eines barrierefreien und
446 inklusiven Katastrophenschutzes, des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der
447 psychiatrischen Versorgung ebenso wie die Modernisierung von Fahrzeugen im ÖPNV,
448 Notfallpläne und Hitzeberatung wirken wir den Risiken von Hitzschlag,
449 Dehydration und hitzebedingten Gesundheitsschäden entgegen. Zudem wollen wir die
450 Präventions- und Versorgungsstrukturen, etwa im psychiatrischen Bereich, mit
451 Blick auf diese besonders vulnerablen Gruppen ausbauen. Ebenso gilt es, auf die
452 Bedrohung durch Überschwemmungen mit Maßnahmen wie naturnahen Flussläufen,
453 Schwammstadtkonzepten und naturgerechter Gewässerpflege gemeinsam mit den
454 Kommunen sowie mehr Entsiegelung zu reagieren.

455 Verantwortung einfordern – fossile Subventionen abbauen,
456 Verursacher beteiligen

457 Wer Klimagerechtigkeit ernst meint, darf fossile Fehlanreize nicht länger
458 hinnehmen. Noch immer fließen Milliarden in klimaschädliche Subventionen für
459 Diesel, Dienstwagen, Kerosin oder unwirtschaftliche Regionalflughäfen. Das muss
460 aufhören. Diese Mittel fehlen bei der Finanzierung des Klimageldes, beim
461 sozialen Ausgleich und bei Zukunftsinvestitionen. Wir fordern die
462 Bundesregierung auf, beim sozialverträglichen Abbau klimaschädlicher
463 Subventionen substanziell voranzukommen und die freiwerdenden Mittel konsequent
464 in Klimageld, Wärmewende und öffentliche Mobilität umzuleiten.

465 Wir stehen für das Verursacherprinzip und seine konsequente Anwendung. Wer
466 massive ökologische wie ökonomische Schäden verursacht, darf mit diesem

467 Geschäftsmodell keine unverhältnismäßigen Gewinne machen. Wir erwarten, dass
468 fossile Unternehmen stärker an den Kosten der Klimaschäden und der
469 Klimaanpassung in den Kommunen beteiligt werden. Dazu gehört auch eine
470 Fortführung der ökologischen Finanzreform, damit die Kosten von
471 Ressourcenverbrauch und Klimabelastung stärker internalisiert und Anreize für
472 zukunftsfähiges und klimaneutrales Wirtschaften gesetzt werden. Unternehmen, die
473 Gewinne aus Ausbeutung und Verkauf von Öl, Kohle und Gas erzielen, werden wir
474 verpflichten, entsprechende Beträge aus Übergewinnen aus diesem Bereich in einen
475 Fonds einzuzahlen, mit dem Kommunen bei der Bewältigung von Klimaschäden und bei
476 Investitionen in die Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt werden. Zugleich
477 müssen die Konzerne, die fossile Energieträger abgebaut haben, wie bei Atomkraft
478 und Steinkohle verbindlich für die Kosten der Ewigkeitsschäden in einem
479 Rückstellungsfonds aufkommen. Dafür werden wir die entsprechenden Möglichkeiten
480 schaffen. Nur ein starkes Lieferkettengesetz sichert, dass große Unternehmen
481 dieser Verantwortung auch im Ausland nachkommen. Eine weitere Abschwächung der
482 EU-Lieferkettenrichtlinie und des deutschen Lieferkettengesetzes lehnen wir ab.
483 So entsteht eine Klimapolitik, die gerecht, wirksam und mehrheitsfähig ist –
484 eine Politik, die niemanden überfordert, sondern alle einlädt, Teil der Lösung
485 zu sein.

486 Mit Privatjets schädigen Superreiche das Klima und verantworten mit ihrem Luxus
487 in besonderem Maße die Zerstörung unserer Erde. Die 50 reichsten Milliardäre
488 emittieren im Schnitt in nur 90 Minuten – über Privatjets und Yachten – mehr CO₂
489 als ein durchschnittlicher Mensch im ganzen Leben. Wir fordern daher den
490 Beitritt zur Premium Flyers Solidarity Coalition, unter anderem mit Frankreich,
491 Spanien und Kenia, für eine gerechte Luftverkehrssteuer auf Privatjets sowie
492 First- und Business-Class-Tickets. Konkret bedeutet das für jeden Passagier nach
493 dem Vorbild Frankreichs im Privatjet eine Abgabe von 420 Euro innereuropäisch
494 und bis zu 2.100 Euro bei internationalen Flügen. Zudem wollen wir
495 Steuerschlupflöcher bei der Kerosinsteuer schließen und Privatjets zu einer
496 besonders hohen Quote von klimafreundlichen Power-to-Liquid-Kraftstoffen
497 verpflichten.

498 **Wirtschaft modernisieren – Klimaziele als** 499 **Standortstrategie**

500 Das deutsche Wirtschaftsmodell – der Dreiklang aus vermeintlich billigen
501 Gasimporten, schier unendlich wirkenden Absatzmärkten in China und der
502 Auslagerung der Verantwortung für unsere Sicherheit an die USA – steckt in einer
503 tiefen strukturellen Krise und hat sich spätestens mit Beginn der Zeitenwende
504 überholt. Das auf Ressourcenausbeutung und Klimazerstörung aufgebaute
505 Wirtschaftswachstum ist am Ende. Die Exportabhängigkeit, die lange ein
506 Erfolgsmodell war, wird zur Schwachstelle. Die Absatzmärkte in China und den USA
507 verändern sich rapide. Die Abhängigkeit von billigem Gas ist nicht überwunden.
508 Und viele Branchen, aber auch die Politik haben zu lange auf alte Technologien
509 gesetzt, statt rechtzeitig auf Zukunftsmärkte zu reagieren. In der aktuellen
510 Lage herrscht nicht zuletzt wegen der anhaltend schlechten Standortbedingungen
511 große Investitionszurückhaltung. Wer nicht weiß, wie sein Unternehmen die
512 nächsten Jahre überleben soll, investiert nicht in die darauffolgenden
513 Jahrzehnte.

514 Für die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen des
515 energieintensiven Mittelstandes sowie der Industrie braucht es daher einen
516 Brückenstrompreis von 5 Cent pro kWh. So schaffen wir für unsere Unternehmen
517 gute Wettbewerbsbedingungen und ein gutes Investitionsklima, allem voran
518 Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen. Damit sorgen wir so für
519 günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie für unsere Wirtschaft.

520 Überall in Deutschland haben sich Unternehmen aufgemacht, ihre Geschäftsmodelle
521 und Produktionsprozesse weiterzuentwickeln und auf Nachhaltigkeit und
522 Klimaschutz auszurichten. Sie sind unsere Partner und Verbündeten im Kampf gegen
523 die Erderhitzung und verdienen unsere Unterstützung auf diesem Weg. Doch genau
524 diese Unternehmen schauen unter Schwarz-Rot in die Röhre, weil ihnen die
525 Planungs- und Investitionssicherheit entzogen wird. Von dieser Entwicklung
526 profitieren diejenigen, die in der Phase des klimapolitischen Aufbruchs
527 abgewartet, verzögert oder sogar aktiv bekämpft haben.

528 Ehrlichkeit heißt auch, klar zu benennen: Geschäftsmodelle, die auf der
529 Bereitstellung, dem Transport oder der Verbrennung fossiler Energien beruhen,
530 werden enden, wenn wir unsere Lebensgrundlagen erhalten wollen. Die Bewältigung
531 dieser Menschheitsaufgabe ist nicht allein ein technologischer, sondern auch ein
532 gesellschaftlicher Prozess. Wie groß die Schäden durch die Klimakrise sind,
533 hängt auch davon ab, wie gut wir uns darauf vorbereitet haben. Die Anpassung an
534 die Klimakrise ist deshalb eine gesellschaftliche, ökonomische und soziale
535 Kernaufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte.

536 Während andere Länder industriepolitisch klare Modernisierungsziele formuliert
537 und ihre Rahmenbedingungen an den Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet
538 haben, haben deutsche Bundesregierungen es sich zusammen mit einigen
539 Großunternehmen oft bequem gemacht. Junge Unternehmen und Zukunftsbranchen –
540 etwa die Solar- oder Chipindustrie – wurden zu lange übergangen. Heute ist
541 Deutschland in Teilen stark in den Technologien von gestern, während die USA und
542 China bei den Technologien von morgen – von E-Mobilität über Batterien bis zur
543 KI – vorn liegen.

544 Deutschland kann diesen Rückstand aufholen, wenn es jetzt entschlossen handelt.
545 Wir haben exzellente Forschung, Erfahrung in der Entwicklung von Technologien
546 und industrielle Kompetenz – und mit dem europäischen Binnenmarkt einen
547 gewaltigen Hebel. Mit dem Sondervermögen für Klima und Infrastruktur bestehen
548 historische Investitionsmöglichkeiten, um einen echten Modernisierungsschub
549 einzuleiten.

550 Wir wollen die Finanzmärkte als Motor der Modernisierung nutzen. Kapitalströme
551 dürfen nicht länger so stark von fossilen Geschäftsmodellen profitieren und sie
552 zugleich absichern, vielmehr brauchen Investitionen in klimafreundliche und
553 faire Wirtschaftsaktivitäten deutlich bessere Rahmenbedingungen, die ihnen
554 Vorfahrt und ein Wachsen in Europa ermöglichen. Dafür wollen wir die
555 Nachhaltigkeitsgesetzgebungen in Europa kohärenter, einfacher und damit
556 effektiver und attraktiver machen, Greenwashing konsequent unterbinden,
557 Nachhaltigkeitskriterien für Finanzprodukte verbindlich und verständlicher
558 machen sowie Klima- und Biodiversitätsrisiken stärker in die Finanzaufsicht
559 integrieren. Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind essenziell für die
560 Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft.

561 Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der EU-Taxonomie ein, die fossile
562 Energien klar ausschließt und glaubwürdige Standards für nachhaltige
563 Finanzprodukte schafft. Denn Erdgas und Atomkraft sind nicht grün. Nur wenn das
564 Finanzsystem klima- und sozialgerecht aufgestellt ist, gelingt die
565 Transformation unserer Wirtschaft. Diese Transformation bringt für die
566 Unternehmen große Herausforderungen mit sich. Viele tätigen mutige und mitunter
567 riskante Investitionen, aus Verantwortung und unternehmerischer Weitsicht. Wir
568 wollen sie auf diesem Weg unterstützen und nicht mit zusätzlicher Bürokratie
569 belasten. Die Taxonomie wollen wir deshalb so gestalten, dass sie
570 nachvollziehbar die relevanten Sektoren erfasst. Außerdem wollen wir die bisher
571 komplett dysfunktionale Kennzahl des „Green Asset Ratio“ (GAR) reformieren,
572 damit der GAR auch eine managementrelevante Steuerungsrelevanz haben kann, und
573 die Taxonomie-Berichtspflichten deutlich reduzieren, vereinfachen und
574 vereinheitlichen.

575
576 Häufig entstehen soziale Innovationen, regionale Wertschöpfung und Resilienz
577 durch gesellschaftliches Engagement. Bürgerenergiegenossenschaften, solidarische
578 Landwirtschaft, genossenschaftliche Unverpacktläden oder das kirchliche
579 Inklusionscafé sind als Unternehmen organisiert, verfolgen aber keine
580 wirtschaftlichen Wachstumsziele. Diese Initiativen unterstützen wir mit
581 Aufmerksamkeit, Förderung und Bürokratieabbau.

582 Forschung, Entwicklung und Skalierung in der Clean-Tech-Branche treiben wir
583 voran. Wir stärken Anreize für privates Kapital, für Startups, Scaleups und den
584 Mittelstand. Wir verbessern die Finanzierungsbedingungen in Deutschland und
585 Europa umfassend. Vorrangig umsetzen wollen wir dabei Innovationen und die
586 Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und Europa, das erfordert schon
587 die aktuelle geopolitische Lage. Aufgrund der großen Notwendigkeit, Innovation
588 und Scaleups in Deutschland und Europa groß werden zu lassen, stehen wir den
589 Bemühungen rund um ein 28. Regime der Kapitalmarktunion offen gegenüber. Wo
590 regulatorische Hürden und fehlende oder unzureichende Finanzierungsmechanismen
591 klima- und umweltfreundliche Innovation und zukunftsfähige Geschäftsmodelle
592 verhindern, wie bei der Kreislaufwirtschaft oder der Umstellung auf
593 klimafreundliche Industrieproduktion, schaffen wir diese Hürden ab. Während
594 Schwarz-Rot Symbolpolitik betreibt, sind wir hier ganz klar: Wir werden unnötige
595 Bürokratie abschaffen, gleichzeitig erhalten wir ökologische, soziale und
596 gesundheitliche Standards, die Mensch und Umwelt schützen. Während Schwarz-Rot
597 Symbolpolitik betreibt, sind wir hier ganz klar: Wir werden Bürokratie
598 abschaffen, gleichzeitig halten wir ökologische, soziale und gesundheitliche
599 Standards, die Mensch und Umwelt schützen.

600 Durch Digitalisierung können nachhaltige Geschäftsmodelle entstehen, ob das der
601 digitale Zwilling in der Produktion ist, der autonom fahrende Kleinbus in
602 ländlichen Regionen, oder das digitale Stromnetz. Daher wollen wir gerade an
603 dieser Schnittstelle Innovationen erleichtern und gleichzeitig für nachhaltige
604 Rechenzentren sorgen.

605 Welche neue Technologie wie eingesetzt wird, ist auch eine politische Frage. Wir
606 stehen für offene, faktenbasierte Debatten und demokratische Entscheidungen über
607 neue Technologien – diese Entscheidungen dürfen nicht alleine wenige mächtige
608 Männer aus dem Silicon Valley oder der chinesischen Führung treffen.

609 Klima schützt Natur schützt Klima

610 Wir wollen mit der Natur wirtschaften, nicht gegen sie. Nur mit einer intakten
611 Natur, die in großen Mengen Treibhausgase speichert, kann die Klimakrise
612 eingehegt werden. Der natürliche Klimaschutz hat eine zentrale Rolle bei der
613 Bewältigung der Klimakrise. Gesunde Wälder und Auen, Böden und Moore, Meere und
614 Gewässer, Grünflächen in der Stadt speichern zugleich Kohlenstoff, bieten
615 Lebensraum für bedrohte Arten und dienen als Wasserspeicher und
616 Ökosystemstabilisatoren der Klimavorsorge. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass
617 die Milliardeninvestitionen in das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, das
618 wir in der letzten Bundesregierung aufgelegt haben, kontinuierlich fortgeführt
619 werden. Wir werden großflächig die Natur wiederherstellen, Wasser in der
620 Landschaft halten und natürliche Treibhausgassenken wie Moorböden, Humus und
621 naturnahe Wälder wieder aufbauen. Unsere Landbewirtschaft soll zukunftsfähig
622 werden, indem sie sich gleichzeitig an die sich ändernden Klimabedingungen
623 anpasst und klimafreundlicher produziert. Eine ökologische Steuerreform auch für
624 Lebensmittel kann dazu beitragen, dass Produktion und Konsum von pflanzlichen
625 Lebensmitteln ausgebaut werden und die klimaschädliche Massentierhaltung endet.

626 Sondervermögen und Klima- und Transformationsfonds gezielt 627 nutzen

628 Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) ist das finanzielle Rückgrat der
629 ökologischen Modernisierung. Er kann – genauso wie das neu geschaffene
630 Sondervermögen – seine volle Modernisierungswirkung aber nur entfalten, wenn
631 seine Einnahmen konsequent für den wirtschaftlichen Umbau oder Förderungen
632 ausgegeben werden, die direkt im Alltag der Bürger*innen wirken – wie die
633 Heizungsförderung, die energetische Stadtsanierung oder Energiesparchecks. Die
634 Umwidmung des KTF etwa zur Ansiedelung einzelner Unternehmen steht diesem Ziel
635 entgegen.

636 Schwarz-Rot setzt diese Schieflage fort, anstatt sie zu korrigieren – und öffnet
637 zugleich neue Schlupflöcher, die Klimaschutz offen konterkarieren. Zwar konnten
638 wir verhindern, dass, wie ursprünglich von Lars Klingbeil geplant,
639 Strafzahlungen für verfehlte Emissionsziele aus dem Fonds bestritten werden. Die
640 jüngste Gesetzesänderung erlaubt es aber, über den KTF künftig auch
641 Gaspreissenkungen zu finanzieren. Bereits 2025 werden über die Gasspeicherumlage
642 Mittel des Fonds dafür genutzt. Auch Posten wie die Finanzierung von
643 Kernfusionsforschung haben in einem Klimafonds nichts verloren.

644 Mit den aus dem KTF finanzierten Klimaschutzverträgen haben wir die
645 Investitionsrisiken der Unternehmen reduziert, die sich für den
646 klimafreundlichen Umbau ihrer Produktionsprozesse entscheiden. Die Absicherung
647 der Differenzkosten zwischen konventioneller und emissionsarmer Produktion trägt
648 dazu bei, dass ein Business Case für grüne Produktion entsteht. Durch grünen
649 Druck ist es gelungen, die Klimaschutzverträge weiterzuführen - und das, obwohl
650 Katherina Reiche sie lieber hätte auslaufen lassen. Wir wollen die
651 Klimaschutzverträge pragmatisch, mittelstandsfreundlich und bürokratiearm
652 weiterentwickeln.

653 Mit dem Sondervermögen für Klimaschutz und Infrastruktur haben wir die
654 Möglichkeit geschaffen, dass zentrale Modernisierungsprojekte gezielt

655 angeschoben werden können. Teile der Wirtschaft investieren schon jetzt in eine
656 klimaneutrale Produktion – genau zur richtigen Zeit: China beginnt, CO₂-
657 reduzierten Stahl nach Europa zu exportieren und erhöht so den Druck auf
658 heimische Produzenten. Anstatt diese Umstellung hin zu klimafreundlichen
659 Produktionsprozessen der Zukunft zielgerichtet mit den neuen Milliarden aus dem
660 Sondervermögen zu unterstützen, organisiert Schwarz-Rot die Rückkehr zu fossilen
661 Energieträgern.

662 Wir wollen das Sondervermögen stattdessen strategisch für die sozial-ökologische
663 Transformation und als Hebel zur Schaffung klimafreundlicher Geschäftsmodelle
664 und grüner Leitmärkte in den europäischen Schlüsselbranchen einsetzen. Damit
665 strategisch wichtige Industriebranchen in Europa bleiben und klimafreundliche
666 Geschäftsmodelle durchstarten können, braucht es eine gesicherte Nachfrage durch
667 die Schaffung grüner Leitmärkte, die Investitionen anreizen und industrielle
668 Wertschöpfung auch in den kommenden Jahrzehnten in Europa halten.

669 Deshalb sollte zusammen mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz
670 die Vergabe von öffentlichen Investitionen an Herkunftsnachweise und
671 Mindestanteile europäischer Wertschöpfung gebunden sein. So sollte etwa
672 festgelegt sein, dass mindestens zehn Prozent des verbauten Stahls
673 klimaneutraler Stahl aus Deutschland oder der EU sein müssen. Allein die
674 Deutsche Bahn als hundertprozentig bundeseigenes Unternehmen kann bei ihren
675 Investitionen aus dem Sondervermögen Vorreiterin darin sein, klimafreundlich
676 produzierte Güter made in Europe einzusetzen. So entstehen europäische
677 Leitmärkte, die Investitionen anreizen und europäische Wertschöpfung sichern.
678 Dieses Prinzip sollte auch in anderen strategisch wichtigen Branchen – etwa
679 Batterien, Wasserstoff oder klimaneutrale Grundstoffe – Anwendung finden.

680 Automobilindustrie zukunftsfähig machen

681 Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik
682 großer Koalitionen zu lange auf alte Technologien gesetzt und so die
683 Transformation verschlafen. Die deutschen Hersteller drohen im globalen
684 Wettbewerb zunehmend Marktanteile zu verlieren, insbesondere an neue
685 Wettbewerber aus dem asiatischen Raum. Während in weiten Teilen der Welt die
686 Elektromobilität auf dem Vormarsch ist, diskutiert die Bundesregierung über eine
687 Renaissance des Verbrennungsmotors. Es ist gleichermaßen gefährlich für den
688 Klimaschutz und die Zukunft unseres Industriestandorts, dass rückwärtsgewandte
689 Politiker*innen, insbesondere von Union und SPD, die europäische Einigung zum
690 Verbrenner-Aus in Frage stellen und somit Unsicherheit schüren. In der aktuellen
691 Strukturkrise braucht die Branche Planungssicherheit und gezielte Impulse für
692 klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab dem 1. Januar 2035
693 in Europa kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch Anreize,
694 die Attraktivität elektrischer Mobilität zu steigern, Förderung von Innovationen
695 sowie durch strukturpolitische Maßnahmen in den vom Wandel der
696 Automobilindustrie besonders betroffenen Regionen ergänzt werden. Dafür muss die
697 Bundesregierung sorgen. So stärken wir die Position unserer Unternehmen auf den
698 internationalen Märkten.

699 Wir fordern einen Ausbau der und Zugang zur deutschen und europäischen
700 Ladeinfrastruktur für verlässliches und bezahlbares Laden und die Senkung der
701 Stromsteuer für alle, ein Sonderbeschaffungsprogramm für E-Mobilität in Behörden

702 und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Fördermodelle für Haushalte mit
703 geringem Einkommen (z.B. „Social Leasing“), die an europäische
704 Wertschöpfungsketten gebunden sind, sowie eine auf emissionsfreie,
705 batterieelektrische Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Förderung muss da
706 ankommen, wo sie gebraucht wird. Wir wollen insbesondere Menschen mit geringem
707 Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer,
708 insbesondere auf dem Land, oder zum Pendeln auf das Auto angewiesen ist und
709 weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, zahlt für das
710 Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro Monat.

711 Die Elektrifizierung der Dienstwagenflotten ist einer der größten kurzfristig
712 realisierbaren CO₂-Hebel im Verkehrssektor und zugleich sozialpolitisch
713 sinnvoll. Ein aufkommensneutrales Bonus-Malus-System aus steuerlichen Maßnahmen
714 kann dabei sicherstellen, dass Fahrzeuge mit hohem CO₂-Ausstoß stärker belastet
715 und vollelektrische Fahrzeuge steuerlich entlastet werden. Diese Maßnahme trägt
716 zur Erreichung der nationalen Minderungsziele im Verkehrssektor bei und kann
717 zugleich Preissteigerungen durch den ETS 2 abmildern.

718
719 Wer industrielle Wertschöpfung und strategisch wichtige Hersteller wie
720 Zulieferer in Deutschland und Europa halten will, muss staatliche Förderung an
721 Elektromobilität aus europäischer Wertschöpfung binden. Wir setzen daher auf
722 eine E-Auto-Kaufprämie und steuerliche Förderung emissionsarmer Fahrzeuge, die
723 besondere Anreize für Automodelle made in Europe setzt. Zudem setzen wir uns für
724 attraktive Kooperationen zwischen Autoherstellern und Netzbetreibern ein, bei
725 denen Privathaushalte mittels bidirektionalem Laden bei ihrer Stromrechnung um
726 mehrere Hundert Euro entlastet und E-Autos so zu flexiblen Batteriespeichern
727 einer dezentralen Energiewende werden.

728 Kohleausstieg vollenden – Gasunabhängigkeit strategisch
729 angehen

730 Deutschland hat mit dem Kohlekompromiss einen ersten Rahmen für einen geordneten
731 Ausstieg aus dem Abbau und der Verstromung von Kohle gesetzt. Auf grüne
732 Initiative ist es gelungen, den Kohleausstieg im Rheinischen Revier gesetzlich
733 und im Konsens mit den Betreibern auf 2030 vorzuziehen. Nun geht es darum,
734 diesen Ausstiegsplan konsequent umzusetzen. Auch in den mittel- und ostdeutschen
735 Kohlerevieren ist der Kohleausstieg deutlich vor 2038 möglich. Das Geschäft
736 rentiert sich immer weniger, die Blöcke sind im modernen Stromsystem zu
737 unflexibel, die Kohleverstromung sinkt unwiderruflich. Wir halten es weiter für
738 sinnvoll und notwendig, den Unternehmen, den Beschäftigten und den Regionen
739 durch eine gesetzliche Regelung Planungssicherheit zu geben, damit etwa die
740 Auszahlung der Strukturmittel an einen neuen Zeitplan angepasst werden kann.
741 Jegliche Tagebauerweiterung wie in Nochten steht im krassen Widerspruch zu allen
742 Klimazielen und ist energiewirtschaftlich nicht notwendig, weshalb wir sie
743 ablehnen. Wir lassen die Regionen und Beschäftigten nicht allein und haben die
744 Strukturmittel für den Kohleausstieg flexibilisiert, damit der Strukturwandel im
745 Lausitzer und Mitteldeutschen Revier nicht lahmte.

746 Um die Energieversorgung langfristig zu sichern und Preisschwankungen sowie
747 Abhängigkeiten zu vermeiden, braucht Deutschland aber auch eine klare
748 Gasunabhängigkeitsstrategie. Durch konsequenten Ausbau von Wind- und
749 Solarenergie, Elektrifizierung von Industrieprozessen und Wärmeinfrastruktur,

750 den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und Investitionen in Speichertechnologien
751 kann der Gasverbrauch in den kommenden Jahren halbiert werden. Das ist nötig,
752 denn nur so lässt sich die energiepolitische Abhängigkeit von teuren LNG-
753 Importen aus den USA und autokratisch regierten Staaten beenden. Die im Rahmen
754 des Zoll-Deals geplanten Ausgaben von bis zu 750 Milliarden Euro für Trumps LNG-
755 Gas lehnen wir entschieden ab.

756
757 Zu einer Gasunabhängigkeitsstrategie gehört, die Bewilligung zur Förderung von
758 Gas (und Öl) zu begrenzen und keine neuen Gasfördergenehmigungen zu erteilen.
759 Das Vertragsgesetz für ein Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden
760 konterkariert die internationalen Klima- und Biodiversitätsziele, widerspricht
761 der Zielsetzung der Energiewende und gefährdet das hochsensible Ökosystem der
762 Nordsee. Deswegen wollen wir dafür sorgen, dass es nicht zustandekommt. Wir
763 begrüßen ausdrücklich, dass die sieben grün-mitregierten Länder im Bundesrat
764 bereits ihre Ablehnung angekündigt haben und fordern die anderen
765 Landesregierungen auf, diesem Abkommen ebenfalls die Zustimmung zu verweigern.
766 Die geplante Gas-Förderung vor Borkum lehnen wir wie andere Gas- und
767 Ölförderprojekte, z.B. in Bayern und in der Ostsee ab.

768 Es war richtig, nach der Vollinvasion Russlands in der Ukraine eine LNG-
769 Infrastruktur zu schaffen, um schnell die wegfallenden Lieferungen russischen
770 Erdgases zu ersetzen. Zugleich ist für uns klar: Neue Langfristverträge für den
771 Import fossilen Gases oder neue LNG-Terminals sind nicht mit den Klimazielen und
772 auch nicht mit einer Gasunabhängigkeitsstrategie vereinbar. Der Gasrausch der
773 schwarz-roten Bundesregierung gefährdet die Klimaziele und unsere Sicherheit.
774 Anstatt uns mit teurem, umwelt- und klimaschädlichem Fracking-Gas erpressen zu
775 lassen, bringen wir die begonnene Reduktion des europäischen Gasverbrauchs als
776 auch den Umstieg auf Sonne und Wind, grünen Wasserstoff und andere erneuerbare
777 Quellen weiter voran. Die Nutzung von fossilem Gas werden wir schrittweise
778 reduzieren und so schnell wie möglich, spätestens bis 2045, beenden, um die
779 Klimaziele sicher einzuhalten. Gas- und Erdölförderung richten weltweit
780 gravierende, oft nicht hinreichend bilanzierte Gesundheits- und Umweltschäden an
781 – gerade auch durch Fracking – und vertreiben Menschen aus ihrer Heimat.
782 Methanleckagen können dazu führen, dass Erdgas bilanziell für ähnlich hohe
783 Treibhausgasemissionen verantwortlich ist wie Kohle.

784 In Deutschland wird Fracking zurecht nicht genutzt, nun müssen auch die Importe
785 schrittweise zurückgefahren werden. Außerdem fordern wir einen Importstopp für
786 russische Stickstoffdünger, mit denen Putin überschüssiges Gas in Wert setzt,
787 und eine Agrarpolitik, die unsere Landwirtschaft unabhängig von Kunstdünger
788 macht.

789 In Abstimmungen mit unseren europäischen Partnern werden wir die LNG-
790 Infrastruktur in Deutschland regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüfen, Lock-
791 in-Effekte von Gasinfrastruktur vermeiden, überflüssige Terminals schließen und
792 alle neue Energieinfrastruktur mit dem verbindlichen Kriterium versehen, dass
793 sie den Wechsel hin in ein Energiesystem auf der Basis von erneuerbaren Energien
794 vollziehen kann. Nun muss es darum gehen, die gesamte fossile Infrastruktur und
795 ihre Auslastung auf ein für die Versorgungssicherheit notwendiges Maß zu
796 begrenzen. Bei den vorhandenen Terminals setzen wir uns dafür ein, dass
797 Emissions- und Abwassergrenzwerte und weitere Regelungen zum Schutz von Umwelt,
798 Natur und Bevölkerung voll eingehalten werden.

799 Klimaschutz global entschlossen und gerecht angehen

800 Klimaschutz endet nicht an nationalen Grenzen, im Gegenteil: Die weltweite
 801 Klimakrise bedarf multilateraler Antworten, denn sie ist eine existenzielle
 802 Herausforderung für die ganze Menschheit. Die Weltklimakonferenz COP30 war ein
 803 Prüfstein dafür, wie ernsthaft und glaubwürdig Regierungen an der Umsetzung der
 804 Pariser Klimaziele arbeiten. Die Bundesregierung hat diesen Test nicht bestanden
 805 und ist mit dafür verantwortlich, dass die Ergebnisse dieser Weltklimakonferenz
 806 den Erwartungen nicht gerecht geworden sind – obwohl die brasilianische
 807 Regierung mit vollem Einsatz für einen Erfolg gearbeitet hat. Dafür hat sie von
 808 Bundeskanzler Merz statt Engagement nur Spott geerntet.

809
 810 Gerade nach dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen muss Europa sich
 811 an die Spitze der Willigen stellen und alle zusammenbringen, die die Chancen der
 812 Erneuerbaren erkannt haben und zugleich in internationale Klimafinanzierung
 813 investieren wollen. Auch China als größter CO₂-Emittent der Erde wird weiter
 814 eine zentrale Rolle in der Klimapolitik spielen und sollte mit Europa das
 815 Interesse teilen, Milliarden an fossilen Energieimporten einzusparen.

816
 817 Eine Regierung, die zu Hause weiterhin auf fossile Gaskessel setzt und den
 818 Umstieg auf E-Autos auf die lange Bank schiebt, kann auf der Weltbühne nicht
 819 glaubwürdig um mehr Klimaschutz verhandeln. Die Klimapolitik dieser
 820 Bundesregierung ist scheinheilig: Sie bietet zwar Geld für den Regenwaldfonds
 821 an, kürzt aber gleichzeitig drastisch die Entwicklungszusammenarbeit im
 822 Bundeshaushalt. Damit verpasst sie auch die Chance, die geostrategische Lücke zu
 823 nutzen, die der Rückzug der Trump-Regierung gerissen hat. Wir fordern die
 824 Regierung Merz auf, jetzt mindestens ihre zugesagten 6 Milliarden Euro für die
 825 internationale Klimafinanzierung einzuhalten und einen Fahrplan zur
 826 Verdreifachung der deutschen Beiträge bis 2035 vorzulegen, wie im COP29-
 827 Beschluss vereinbart. Sie muss dafür Klimapartnerschaften auf Augenhöhe
 828 schließen und dabei jeweils die Stimmen der Zivilgesellschaft vor Ort –
 829 insbesondere Indigene und vulnerable Gruppen – berücksichtigen.

830
 831 Längst ist der Klimaschutz auch Teil des internationalen Rechts. Zahlreiche
 832 Gerichtsentscheidungen, so bspw. des Europäischen Gerichtshofs für
 833 Menschenrechte von 2024 und das Rechtsgutachten des internationalen Gerichtshofs
 834 vom Juli 2025 haben unmissverständlich festgestellt: Staaten können für
 835 unzureichende Klimaschutzmaßnahmen völkerrechtlich haftbar gemacht werden. Die
 836 Kürzungen der Regierung Merz setzen Deutschland also auch handfesten
 837 Haftungsrisiken aus. Diese Gerichtsurteile sind Spiegel einer sich veränderten
 838 Rechtsprechung: Klimaschutz bedeutet auch der Schutz der Menschenwürde für alle,
 839 für unsere Generation und die unserer Kinder.

840
 841 Nur auf der Grundlage wissenschaftlicher Fakten kann die Klimakrise eingedämmt
 842 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang aller Menschen zu
 843 wissenschaftsbasierten Informationen dauerhaft sichergestellt ist und für mehr
 844 Ressourcen im Kampf gegen Desinformation und Wissenschaftsfeindlichkeit. Deshalb
 845 wollen wir auch darauf hinwirken, dass laufende Ergebnisse der Klimaforschung
 846 wie neue Erkenntnisse aus Klimamodellen, Publikationen der wissenschaftlichen
 847 Vereinigungen oder die veröffentlichten IPCC-Berichte mit ihren
 848 Entwicklungspfaden und verschiedenen Worst-case- und Best-case-Szenarien für

849 noch mehr Menschen verständlich und in ihren realen Folgen für die menschliche
850 Zivilisation greifbar gemacht werden. Dabei stellen wir auch immer wieder
851 heraus, welche Chancen sozial gerechter Klimaschutz und sozial gerechte
852 Klimaanpassung für unsere Gesellschaft bringen.

853
854 Zudem erfordert die Klimakrise ein Umdenken auch in unserem Verständnis von
855 Sicherheit. Die internationale Dimension der Klimakrise zeigt sich auch an den
856 vielseitigen Sicherheitsrisiken, wie z.B. Dürren oder Überschwemmungen. Deswegen
857 muss der Klimaschutz ein fester Bestandteil des erweiterten Sicherheitsbegriffs
858 sein. Dieser erweiterte Sicherheitsbegriff soll für das Regierungs- und
859 Verwaltungshandeln auf allen Ebenen Grundlage sein und in aktives Handeln
860 umgesetzt werden. Dazu gehört, dass in allen relevanten Politikfeldern, von der
861 Versorgungssicherheit bis zum Schutz kritischer Infrastrukturen die spezifischen
862 Gefährdungen durch die Klimakrise systematisch identifiziert und bewertet
863 werden. Die Sicherheit jedes Einzelnen steht im Zentrum unserer
864 Sicherheitspolitik.

865
866 Die Klimakrise ist längst an vielen Orten Realität und zwingt bereits heute
867 Menschen zum Verlassen von ihrem Zuhause. Die westlichen Industriestaaten sind
868 historisch die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen
869 besondere Verantwortung. Auch neue große Emittenten müssen ihren Beitrag
870 leisten. Gemeinsam mit den betroffenen Staaten wollen wir Maßnahmen zur
871 Klimaanpassung und klimabedingten Migration und Flucht ergreifen, damit Menschen
872 geschützt werden können. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten.
873 Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

874 Das fossile Zeitalter geht trotz allem Aufbäumen von Gas-Lobby, Autokraten wie
875 Trump und Agressoren wie Putin unwiederruflich zu Ende. Die Erneuerbaren brechen
876 einen Rekord nach dem anderen. Sie bringen Energie und Unabhängigkeit global in
877 kleinste, wenig erschlossene Orte. Genauso machen sie England, das Land der
878 ersten Dampfmaschine, frei von Kohlekraft. Europa wächst durch grüne Energien
879 zusammen, Strom kennt keine Grenzen. Wo AKWs am leeren Flussbett dursten, ist
880 grüne Energie stabil. Erneuerbare sind Freiheitsenergien.

Beschluss (vorläufig) Energiewende 2.0: Nutzen statt Abwürgen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 29.11.2025
Tagesordnungspunkt: E Klima & Energie

Antragstext

- 1 Die Dynamik der Energiewende steht auf dem Spiel. Endlich boomen Solar,
2 Windenergie und Speicher, doch Katherina Reiche plant ein Bremsmanöver.
3 Ausgerechnet die Wirtschaftsministerin plant mit Nullwachstum,
4 Deindustrialisierung und einem Comeback der Fossilen. Sie glaubt weder an
5 industrielle Erneuerung noch an eine Zukunft mit KI, Digitalisierung und
6 klimaneutraler Wertschöpfung Made in Germany – und rechnet den künftigen
7 Strombedarf klein. Statt mit günstigem grünem Strom die Basis für
8 wirtschaftlichen Fortschritt zu legen, verunsichert die Wirtschaftsministerin
9 Investor*innen und gefährdet Versorgungssicherheit, Resilienz und
10 Zukunftsfähigkeit.
- 11 Wir stehen für eine gerechte und zukunftsorientierte Energiepolitik, die durch
12 klare Rahmenbedingungen die Geschäftsmodelle der Energie- und
13 Industrieunternehmen konsequent auf Klimaneutralität ausrichtet. Unsere
14 Energiepolitik ist sozial gerecht: Sie nimmt diejenigen in die Verantwortung,
15 die von fossilen Geschäftsmodellen profitieren, und erleichtert zugleich den
16 Menschen und Unternehmen den Übergang in eine klimaneutrale Zukunft.
- 17
18 Mit dem grün geführten BMWK haben wir den Ausbau von Wind und Sonne neu
19 entfacht. Wir haben die Energiewende durch gezielten Bürokratieabbau in Gang
20 gebracht – etwa bei Mieterstrom und Balkonkraftwerken, dem Ausbau von Windkraft
21 oder dem Netzausbau. Dabei wird der Ausbau immer günstiger. Den Weg raus aus der
22 fossilen Abhängigkeit wollen wir konsequent weitergehen.
- 23 Aber: Auch wenn die Erneuerbaren bereits rund 60% zur Stromerzeugung beitragen,
24 werden immer noch gut 77% des gesamten deutschen Energiebedarfs, inklusive der
25 Energie für Mobilität, Wärme und die Industrie, aus fossilen Quellen gedeckt,
26 also aus Kohle, Öl und Gas. Das ist dreckig, unsicher und teuer. Wir bezahlen
27 unsere fossile Sucht gleich dreifach: Jedes Jahr überweist
28 Deutschland rund 80 Milliarden, oder 2% unseres Bruttoinlandsproduktes, für Öl
29 und Gas auch an Autokraten und Despoten, die mit diesem Geld Kriege gegen unsere
30 Freiheit finanzieren. Europaweit sind es sogar 315 Milliarden. Wir machen uns
31 damit abhängig und erpressbar. Und wir hinterlassen unseren Kindern und Enkeln
32 einen riesigen ökologischen Schuldenberg. Deshalb bleibt es bei dem von der
33 Verfassung vorgegebenen Auftrag: Mindestens 65% Treibhausgasreduktion gegenüber
34 1990 bis 2030 und Klimaneutralität bis 2045. Für 2030 haben wir in der letzten
35 Legislatur die Voraussetzungen geschaffen, doch die neue Regierung kommt vom
36 Kurs ab. Für die Jahre nach 2030 attestieren uns der deutsche Expertenrat für
37 Klimafragen und die EU-Kommission eine massive Zielverfehlung. Deswegen gilt:
38 Die Energiewende muss schneller, nicht langsamer werden!
- 39 Energieministerin Reiche dagegen will bremsen, um fossile Geschäftsmodelle zu
40 erhalten. Dafür verbietet sie sogar den Energiewende-Monitoring-Bericht ihrer

41 eigenen Expert*innen und setzt den künftigen Strombedarf willkürlich an den
 42 untersten Rand der Prognosen fest. Gleichzeitig setzt die Union zu einem
 43 Frontalangriff auf den Green Deal an: Sie blockiert das 2040er-Klimaziel im Rat,
 44 stellt sich gegen die Erneuerbaren-Richtlinie ab 2030, will höhere CO₂-
 45 Autoemissionen ermöglichen, grundsätzlich in Frage und will den Emissionshandel
 46 aushöhlen. Dabei läuft die Transformation längst weltweit wie bei uns:
 47 Wärmepumpen verkaufen sich besser als fossile Heizungen, die Elektromobilität
 48 gewinnt an Fahrt. Unternehmen stellen um. Eine Ministerin, die da bewusst
 49 bremst, gefährdet nicht nur die Energiewende, sondern auch die Zukunftsfähigkeit
 50 Deutschlands.

51 Die Zukunft ist elektrisch, erneuerbar und dezentral. Das Energiesystem der
 52 Zukunft ist preiswerter, denn die Stromerzeugung aus Sonne und Wind ist
 53 unschlagbar günstig. Europa ist einer der windreichsten Kontinente der Erde und
 54 Photovoltaik ist mittlerweile so günstig, dass Solarenergie selbst in Norwegen
 55 wettbewerbsfähig ist. Damit Deutschland und Europa im Wettbewerb mit China und
 56 den USA bestehen, bringen wir die enormen Kostenvorteile der Erneuerbaren
 57 Energien zu den Menschen und den Unternehmen. Denn: Nicht Sonnen- und
 58 Windstunden, sondern Investitionen in unsere Infrastruktur bestimmen den Preis
 59 der Energieversorgung der Zukunft. Hier setzen unsere Vorschläge an. Statt zu
 60 bremsen, wollen wir günstige, erneuerbare Energie dahin bringen, wo und wann sie
 61 gebraucht wird – mit digitalen Netzen, klugen Speichern und flexiblen
 62 Verbraucher*innen. Wir wollen Erneuerbare nutzen statt Abregeln. Überschüssiger
 63 Strom ist schon heute der Rohstoff für Wärmenetze und grünen Wasserstoff. Die
 64 Energiewende ist ein Gemeinschaftsprojekt. Ihr Erfolg hängt insbesondere davon
 65 ab, dass jede*r an der Energiewende teilhaben und gestalten kann. Wir alle
 66 profitieren – finanziell, aber auch sozial – am meisten, wenn alle mitmachen
 67 können: Bürgerenergie und Beteiligungsmodelle, Energiewendefonds und kommunale
 68 Eigenkapitalanteile machen die hohen Investitionen gemeinschaftlich und mit
 69 niedrigem Risiko erschwinglich und sichern dadurch niedrige Energiekosten, auch
 70 für die, die weniger Geld haben.

71
 72 Wir wollen wieder mehr Spaß am Klimaschutz wecken. Die vom EU-Recht längst
 73 eingeforderte Bürgerenergie ist dazu der Schlüssel: Wer Energie vor Ort teilt,
 74 senkt Kosten. Unser Motto: Energie von allen, für alle. Eine Energiewende in der
 75 Hand von Haushalten und Mittelstand entspricht unserer Leitidee einer sozial-
 76 ökologischen Marktwirtschaft. Sie verlagert Wertschöpfung von fossilen
 77 Autokraten in unsere Städte und Dörfer. Die ländlichen Räume werden so zum
 78 Gewinner der Energiewende. Die Energiewende schafft neue Möglichkeiten für
 79 Industrie, Handwerk und Haushalte. Wer jetzt bremst, gefährdet nicht nur das
 80 Klima, sondern auch eine gleichmäßige wirtschaftliche Erneuerung in allen
 81 Regionen unseres Landes. Eine dezentrale Energieversorgung stärkt die
 82 Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen, denn Klimaschutz und
 83 Sicherheitspolitik sind untrennbar miteinander verbunden.

84 Wir stellen uns dem fossilen Rollback auf allen Ebenen mit einer großen Kampagne
 85 entgegen. Gemeinsam mit Bürger*innen, Kommunen, Unternehmen und
 86 Zivilgesellschaft fordern wir 100 Prozent Erneuerbare mit Versorgungssicherheit,
 87 Kosteneffizienz und Beteiligung als Leitprinzipien. Wir legen mit über 50
 88 konkreten Maßnahmen einen klaren Plan vor, wie 100 Prozent Erneuerbare mit
 89 Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Beteiligung gelingen pragmatisch,

90 marktnah und gemeinsam mit Bürger*innen, Kommunen, Unternehmen und
91 Zivilgesellschaft.

92 Wir fordern: keine Absage an die Industrienation Deutschland. Der
93 Industriestandort Deutschland steht unter Druck. Das fossile Geschäftsmodell auf
94 Basis billigen russischen Gases ist zusammengebrochen. Aber wir stehen zur
95 energieintensiven Industrie und wollen Deutschland zu einem klimaneutralen
96 Industrieland führen. Wir stehen im Wettbewerb der Systeme – „Petrostaaten“, die
97 in der Sackgasse fossiler Abhängigkeit verharren, gegen „Elektrostaaten“, die
98 mit Innovation die Kraft von Sonne und Wind direkt nutzen und wo nötig in
99 energiereiche Moleküle wandeln. Unsere Antwort auf die fundamentale
100 Transformation der Weltwirtschaft ist der European Green Deal und damit massive
101 Investitionen in die flächendeckende und effiziente Nutzbarmachung erneuerbarer
102 Energien. Unser Land braucht eine starke Chemie- und Grundstoffindustrie. Wir
103 brauchen synthetische Kraftstoffe für Flugzeuge und die Schifffahrt. Um
104 industrielle Zentren zukunftsfähig zu machen, müssen die Rahmenbedingungen für
105 grüne Moleküle stimmen.

106 Unser bisheriger Erfolg bringt neue Herausforderungen. Die Energiewende ist kein
107 Selbstläufer, sondern ein Systemwechsel – weg von zentralen, fossilen Strukturen
108 hin zu einem dezentralen, erneuerbaren Energiesystem. Dazu haben Bündnis 90/Die
109 Grünen in den vergangenen Jahren von der kommunalen bis zur europäischen Ebene
110 intensiv mit Expert*innen und Stakeholdern gearbeitet. Ein Teil dieses Prozesses
111 war zum Beispiel auch der energiepolitische Grundsatzbeschluss der BAG Energie.
112 Daraus folgt für uns ganz klar: Ein Stromsystem mit 100 Prozent erneuerbaren
113 Energien benötigt andere Regeln als das fossile System von gestern. Daher
114 erfordert die Energiewende eine vorausschauende Gesetzgebung, die bereits heute
115 die Voraussetzungen für ein rein erneuerbares Stromsystem schafft. Wir brauchen
116 neue Paradigmen - flexibel, dezentral, digital. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren
117 ist Strom zunehmend im Überfluss vorhanden, aber nicht immer dort und nicht
118 immer dann, wenn er gebraucht wird. Etliche Netze sind überlastet, die
119 Bürokratie bremst. Für Haushalte und Unternehmen wollen wir die Energiewende
120 einfacher machen. Und obwohl Solar, Wind und Speicher immer günstiger werden,
121 kommen die Kostenvorteile der Erneuerbaren noch zu selten bei den Menschen und
122 Unternehmen an.

123 Die Energiewende muss günstiger werden. Die Transformation zu 100 Prozent
124 Erneuerbaren erfordert hohe Investitionen, gerade deshalb achten wir auf die
125 Kosten. Nur durch eine konsequente weitere Elektrifizierung auf Basis
126 erneuerbarer Energien sinken die Kosten pro Kilowattstunde benötigter Energie.
127 Intelligente Steuerung, kluge Regulierung, Wettbewerb, Dezentralität und
128 günstige Finanzierungsbedingungen können die notwendigen Investitionen
129 minimieren und wirtschaftlicher machen. Speicher aller Art und die
130 Sektorkopplung erhöhen den Nutzungsgrad teurer Infrastruktur, ergänzen und
131 ersetzen zum Teil den Netzausbau.

132
133 Die Energiewende ist ein Megaprojekt. Der Umbau einer 200 Jahre lang fossil
134 betriebenen Industrialisierung auf ein komplett erneuerbares System ist dringend
135 notwendig, stellt uns souveräner auf, reduziert Abhängigkeiten und schützt unser
136 Klima. Die für die Erneuerung notwendigen Investitionen zahlen sich für unser
137 Land aus und stärken den Wirtschaftsstandort. Daher braucht es auch massive
138 öffentliche Investitionen. Einige Kosten, insbesondere die der Netzentgelte,
139 sind in den letzten Jahren aus dem Ruder gelaufen. Auch weil der lang

140 verschleppte Netzausbau jetzt nachgeholt werden muss und notwendige Reformen
141 verschlafen oder vermieden wurden.

142 Märkte brauchen einen sozial-ökologischen Ordnungsrahmen, um die Energiewende
143 schnell und effizient voranzubringen. Unser Ziel ist es, die Effizienz bei der
144 Nutzung von Energie deutlich zu erhöhen. Wir wollen die Energiewende
145 kosteneffizient beschleunigen und weiterentwickeln. Das muss beherzt, konsequent
146 digital, ebenso sicher wie resilient und innovativ, vor allem aber
147 unbürokratisch angegangen werden. Dazu wollen wir:

- 148 • Die Dynamik des Zubaus von Solar, Windenergie und Speichern erhalten,
149 nutzen und möglichst noch weiter entfachen.
- 150 • Den immer reichlicher vorhandenen günstigen Strom aus Wind und Sonne
151 wollen wir kostengünstig integrieren statt ihn teuer abzuregeln.
152 Gleichzeitig muss Energie auch in der Dunkelflaute sicher und bezahlbar
153 bleiben. Das gelingt mit Speichern, flexibler Nachfrage, starken
154 europäischen Netzen und modernen, technologieoffenen sowie
155 kosteneffizienten Reservekapazitäten.
- 156 • Mit Bürgerenergie und Energy Sharing die Menschen konsequent in den
157 Mittelpunkt der Energiewende stellen.
- 158 • Die Kostenvorteile, der Erneuerbaren systematisch nutzen, um unsere
159 Industrie und Arbeitsplätze zukunftsfest zu machen, durch ein Marktdesign,
160 das Sonne, Wind und Speicher konsequent in den Mittelpunkt stellt.
- 161 • Um die Kostenvorteile der Erneuerbaren auch in die Mobilität zu bringen,
162 machen wir grünen Ladestrom auch unterwegs erschwinglich. Dafür öffnen wir
163 alle Ladesäulen für den Wettbewerb und stärken zusätzliche
164 Geschäftsmodelle wie gemeinnützige Ladesäulen.

165 Die Energiewende kann und muss das Leben bezahlbarer machen – für Familien,
166 Mieter*innen, Pendler*innen und Betriebe. Wer mit Strom heizt, fährt oder
167 produziert, soll weniger zahlen als mit Öl und Gas. Dafür braucht es faire
168 Strompreise, sinkende Netzentgelte und eine gezielte Unterstützung für
169 Investitionen insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen, damit diese
170 nicht in Energiearmut geraten. Jeder Haushalt soll zuverlässig Zugang zu Energie
171 haben, unabhängig von steigenden Preisen. So wird Klimaschutz zur sozialen
172 Entlastung – und die Energiewende zu einem Gewinn für alle. Mit grüner
173 Energiepolitik macht Dekarbonisierung Freude, nicht Angst, regt zum Mitmachen an
174 und wird zum Win-Win-Win-Projekt für Bürger*innen, Industrie und das Klima.
175 Investitionen und Umbaumaßnahmen, insbesondere der Infrastrukturen stemmen wir
176 klug, effektiv, kosteneffizient, naturverträglich und gleichermaßen
177 generationengerecht und sozial gerecht.

178 1. Mehr Erneuerbare, weniger Gas, mehr Zukunft

179 Unsere Zukunft ist elektrisch: Solar- und Windenergie liefern Strom, den wir wo
180 immer möglich direkt nutzen wollen und wo immer nötig in Moleküle verwandeln
181 oder anderweitig speichern. Zudem brauchen KI, Elektromobilität, Wärmepumpe und
182 Co mehr günstigen, sauberen Strom. Dafür setzen wir auf 100 Prozent Erneuerbare.

183 Fossile und Atomkraftwerke überleben nur mit Subventionen oder weil ihre wahren
184 Kosten ignoriert werden. Putins offene Drohungen – unter anderem gegen das AKW
185 Saporischschja – zeigen auf, dass Atomkraft eine hochriskante Technologie und
186 kein AKW gegen Kriegswaffen zu schützen ist. Ein europaweiter Atomausstieg ist
187 dringend erforderlich.

188 Elektrifizierung von Gebäuden, Verkehr und Industrie macht Energie günstiger.
189 Wenn mehr Strom durchs gleiche Netz fließt, sinken die Kosten pro Kilowattstunde
190 – wie auf einer Bahnstrecke, auf der mehr Züge fahren, ohne neue Schienen zu
191 bauen. Wärmepumpen und E-Autos können Strom nutzen, der sonst abgeregelt würde,
192 und Großwärmepumpen wandeln solche Stromspitzen in Wärme für ganze Stadtviertel
193 um. So wird überschüssige Energie sinnvoll genutzt, das Netz effizienter und die
194 Kosten sinken – für Haushalte, Betriebe und das Klima.

195 Weltweit sind die Erneuerbaren längst zur dominierenden Kraft geworden. Auch bei
196 uns. Eine breite Allianz aus Bürger*innen, innovativen Start-ups, vielen kleinen
197 und mittleren Betrieben, Industrie und Energiewirtschaft bringt gemeinsam die
198 Energiewende in Deutschland voran. Wer in dieser Situation unseren künftigen
199 Strombedarf kleinrechnet oder den Ausbau der Erneuerbaren verzögert, gefährdet
200 die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Versorgungssicherheit und
201 sorgt für die hohen Strompreise von morgen. Deutschland hat 2022 bitter gelernt,
202 was fossile Abhängigkeit bedeutet – das darf sich nicht wiederholen.

203 Deshalb fordern wir:

- 204 • Auf-Dach-Anlagen sind eine tragende Säule der Energiewende und müssen es
205 bleiben. Strom vom eigenen Dach ist nah an den Menschen, nah am Verbrauch
206 und nutzt bestehende bebaute Flächen. Wer selbst Strom erzeugen will, darf
207 nicht durch überteuerte Anschlüsse, absurd teure Zählerschränke und
208 überdimensionierte Technik gebremst werden – und sollte einen Anreiz haben
209 jedes Dach voll zu machen und die Potenziale des eigenen Grundstücks voll
210 nutzen zu können, etwa mit Gartensolar. Denn das ist ökologisch besonders
211 wertvoll. Bis endlich alle fair und unkompliziert am Strommarkt
212 teilnehmen, entwickeln wir die Einspeisevergütung fort. Die
213 Vergütungssätze werden moderat an die gesunkenen Kosten angepasst und
214 gleichzeitig wird sicher gestellt, dass Solarprojekte in Bürgerhand in
215 allen Regionen wirtschaftlich bleiben. Für Mehrfamilienhäuser fordern wir
216 Vereinfachungen, die kostengünstige Installationen statt komplizierten
217 Messkonzepten erlauben, und alle Bewohner des Hauses vom kostengünstigen
218 Solarstrom profitieren lassen. Das Ziel muss sein alle Dächer voll zu
219 machen.
- 220 • 600 Stunden Sommerstrom gratis – für alle: Im Sommer entstehen
221 systematische Überschüsse aus Erneuerbaren Energien, die heute ungenutzt
222 verpuffen. Mit einem Solarbonus machen wir sie für die Menschen kostenfrei
223 verfügbar. Die Solaranlage auf dem Dach wird sich weiter lohnen und
224 gleichzeitig schaffen wir einen starken Anreiz den Strom im richtigen
225 Moment zu nutzen oder zu speichern. Dazu werden wir ein genaues Konzept

entwickeln – und dafür alle Beteiligten an den Tisch holen, u.a. die Stromnetzbetreiber.

- Gleichzeitig setzen wir weiter auch auf Freiflächen-PV: Sie braucht ein Ausschreibungsdesign, das Pachtkosten begrenzen kann, landwirtschaftliche Nutzung schützt und ökologischen Mehrwert schafft.
- Onshore-Wind boomt endlich wieder. Der Zielkorridor liegt inzwischen unter dem bereits erreichten. Daher fordern wir eine Erhöhung der Ausschreibungsmengen auf mindestens 14 GigaWatt. Dabei setzen wir weiter auf Wettbewerb. Das Referenzertragsmodell wollen wir so reformieren, dass wir Investitionen überall im Land – auch im Süden – ermöglichen und somit die Gesamtsystemkosten senken. Gleichzeitig sollen die Gesamterträge maximiert werden. Möglichkeiten für Pachtobergrenzen und eine Duldungspflicht für Anschlussleitungen sorgen dafür, dass staatlich garantierte Erlöse nicht in übermäßige private Profite fließen.
- Offshore-Wind wird günstiger, wenn Flächen effizient geplant, die Windräder sich nicht gegenseitig den Wind nehmen und Netzanschlüsse optimal ausgelastet werden. Hersteller, Häfen und Netze brauchen Planungssicherheit, deshalb halten wir am 70-GW-Ziel fest, wollen aber die Ausbaupfade so strecken, dass alle Schritt halten können. Doch den gegenwärtigen Stillstand beim Ausbau von Offshore-Wind können wir uns nicht leisten. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass diejenigen, die einen Zuschlag erhalten haben, auch bauen – oder ihn zurückgeben. Für mehr Flächen braucht es mehr innereuropäische Kooperation, zum Beispiel Energieinseln gemeinsam mit Dänemark.
- Knappe und kostbare Biomasse wollen wir in Zukunft konsequent systemdienlich flexibel einsetzen und so den Zubaubedarf teurerer steuerbarer Großkraftwerke reduzieren. Wir geben der Landwirtschaft Planungssicherheit: Biomasse sollte möglichst Reststoffe nutzen, Anbau wie Betrieb müssen tatsächlich klimafreundlich und gleichzeitig die Investitionen planbar sein.
- Das große Potenzial von Solar-, Umwelt- und Abwärme wollen wir erschließen und gleichzeitig mit Wärmespeichern sowie Wärmenetzen die Stromnetze entlasten. Neben Wärmepumpen trägt auch die Solarthermie dazu bei, gemeinsam mit Strom aus Sonne und Wind diese Chancen voll auszuschöpfen. Wasserstoff kann Gas für die Wärmeversorgung dagegen nicht ersetzen.

Damit all das gelingt, braucht es ein europarechtskonformes EEG über 2026 hinaus, das insbesondere auch ökologisch besonders hochwertige Moor- und Agri-PV in den Blick nimmt. Für große PV-Anlagen und Windenergie setzen wir kurzfristig auf Differenzverträge, die stabile Erlöse für Investor*innen aber keine Übergewinne auf Kosten der Allgemeinheit garantieren. Das ist fair für Bürger*innen, verlässlich für die Industrie und stark für die Energiewende. Wir wollen das EEG so weiterentwickeln, dass es mit der Energiewende und unserem Ziel von 100 Prozent Erneuerbaren Energien Schritt hält. Die ambitionierten Ausbauziele und Ausschreibungsmengen sowie der Rechtsanspruch auf Netzanschluss und Einspeisung mit Vorrang für Erneuerbare müssen gesichert bleiben. Differenz- und Direktabnahmeverträge schaffen Planungssicherheit und günstige

Investitionsbedingungen für große Wind- und Solaranlagen. Kleineren Akteuren wie KMU, Bürgerenergie und Privatpersonen sollen durch ein vereinfachtes Unterstützungsmodell Zugänge zu günstigen Finanzierungsbedingungen erhalten bleiben. Viele Kommunen profitieren schon heute vom Boom der Erneuerbaren. Wir wollen, dass die Kommunen in allen Bundesländern rechtssicher an der erneuerbaren Wertschöpfung auf ihrem Gebiet teilhaben und damit auch Kitas, Schwimmbäder und ÖPNV sichern. Dazu brauchen wir in allen Bundesländern Beteiligungsgesetze. Kommunen sollen auch bei der Stromerzeugung aus Windkraft oder Freiflächen-PV außerhalb des EEG eine Beteiligung von 0,2 Cent pro Kilowattstunde erhalten.

Naturschutz und Erneuerbare gehören und gehen zusammen. Daher brauchen neue Erneuerbaren-Anlagen naturschutzfachliche Regeln. Schon heute setzen viele Betreiber von PV-Freiflächenanlagen mit und ohne EEG Förderung freiwillig auf hohe ökologische Standards wir wollen diese gute Praxis stärken, indem wir die Vorgaben des neuen EEG weiterentwickeln und für alle verbindlich machen. Sobald technisch ausgereift, wollen wir Windanlagen automatisiert herunterregeln, wenn sensible Vogelarten sich nähern. Für Naturschutzprojekte und die Verwendung der Ausgleichsgelder brauchen wir einen Entbürokratisierungsturbo für den Naturschutz. Wir setzen darauf, dass Batterien und alle erneuerbaren Techniken nachhaltig und möglichst in der Kreislaufwirtschaft gefertigt werden. Unsere Energiewende darf nicht auf Kosten von Natur und Menschenrechtsverletzungen passieren.

2. Netze und Speicher: Digital, flexibel und europäisch

Grüner Strom ist heute schon an vielen Tagen reichlich vorhanden. Das ist kein Fehler, sondern ein Erfolg – und ein Auftrag: Jetzt kommt es darauf an, mit heimischem grünem Strom möglichst viel teuer importierte Kohle, Öl und Gas zu ersetzen: in der Energiewirtschaft aber auch in Gebäuden, im Verkehr, in der Industrie. Deswegen sind Elektrifizierung, Innovation, Digitalisierung und Flexibilität der Schlüssel für die nächste Etappe der Energiewende.

Die Selbstwirksamkeit jedes Haushalts, Betriebs und Unternehmens müssen wir nutzen und anreizen, nicht verbieten. Alle gemeinsam müssen das System stützen und sollen daran verdienen können. Wir freuen uns, dass heute schon viele in Erneuerbare investieren. Anstatt privates Engagement abzuwürgen, wie es die Wirtschaftsministerin plant, wollen wir die Energiewende noch zugänglicher machen. Voraussetzung dafür ist die Digitalisierung des Energiesystems. Für Haushalte, Betriebe und Unternehmen muss die Energiewende einfacher zugänglich werden. Netz- bzw. Messstellenbetreiber müssen endlich allen, die es wollen, schnell und günstig die nötigen digitalen Lösungen für netzdienliches Abrechnen, Schalten und Steuern bereitstellen - wenn es schneller geht auch „Smart Meter light“. Moderne digitale und flexible Netze sind der Schlüssel für eine Energiewende in Hand und im Sinne von Bürger*innen, Gewerbe und Unternehmen:

- Die Verteilnetze mit ihren 860 Netzbetreibern sind das Rückgrat der Energiewende. Wir wissen, dass gerade unsere Stadtwerke nicht nur Energielieferanten sind, sondern auch Daseinsvorsorgedienstleister. Viele Verteilnetzbetreiber setzen die Energiewende vor Ort beherzt um, trotzdem kommt der Aus- und Umbau sowie die flexible Nutzung ihrer bestehenden Infrastruktur nicht schnell genug voran. Wir sehen, dass sich viele auf

den Weg gemacht haben und Kooperationen untereinander eingehen. Doch die Verteilnetze bleiben das größte Nadelöhr der Energiewende. Weiterhin gibt es trotzdem Doppelstrukturen, Ineffizienzen und teure Bürokratie. Die Folge: hohe Netzentgelte, langsame Verfahren und ein lähmendes Gegeneinander. Sie brauchen die nötige Unterstützung für die Transformation. Im Gegenzug muss es gelingen, endlich die nötige Dynamik in die Netze zu bekommen. Wir wollen eine Standardisierungsoffensive, um bei den Verteilnetzbetreibern, um umfassende Standardisierung von Prozessen, Schnittstellen und auch Hardware innerhalb drei Jahren zu erreichen. Dank digitaler Technik lässt sich mindestens 30% mehr aus bestehenden Netzen rausholen – durch intelligente Messsysteme, automatisierte Steuerung, gezielte Überbauung von Anschlusspunkten und datenbasierte Netzplanung können Verteilnetzbetreiber ihre Infrastruktur deutlich effizienter nutzen, Engpässe vermeiden und den Ausbaubedarf gezielt reduzieren. Die staatliche Regulierung der Verteilnetze richten wir konsequent auf die effiziente und effektive Integration der erneuerbaren Energien, auch in regionale Wärme- und Mobilitätsmärkte aus. Sie berücksichtigt, dass Strom, der lokal verbraucht wird, nicht weit transportiert werden muss. Bis 2030 müssen alle Haushalte und Unternehmen Smart Meter und damit die Möglichkeit zu räumlich und zeitlich differenzierten Tarifen bekommen, und damit zu Kostentransparenz und Empowerment. Hier helfen neben weiterer rechtlicher Vereinfachung Innovation und Wettbewerb. Anders als Katherina Reiche wollen wir Wettbewerb bei Messstellen nicht abschaffen, sondern stärken: Zudem stärken wir die Informationsverfügbarkeit über Netzzustände: Anschlusszeiten, Kosten und verfügbare Kapazitäten müssen öffentlich einsehbar sein. Das ermöglicht den Vergleich zwischen Netzregionen, so dass sich der Einsatz für die Energiewende und Kundenfreundlichkeit lohnt. Ein Bund-Länder-Fonds für Energienetze und staatliche Garantien erlauben es, die Kapitalkosten und Netzentgelte niedrig zu halten.

- Auch der Übertragungsnetzausbau muss effizienter werden. Die Rückkehr zu Freileitungen als Standard für noch nicht geplante oder genehmigte Übertragungsleitungen spart Milliarden. Für laufende Genehmigungsverfahren bleibt die Erdverkabelung bestehen – denn auch ein verzögerter Ausbau verursacht Mehrkosten. Übertragungsnetzausbau wird deutlich günstiger, wenn er vorrangig staatlich vorangetrieben wird. Statt immer höhere Renditen zu garantieren, um Investitionen anzureizen, sollten Kapitalengpässe auch durch staatliche Beteiligungen entschärft werden. Allein diese Maßnahme kann die Netzentgelte signifikant senken.
- Starke europäische Stromnetze sind entscheidend, um Wind- und Solarenergie räumlich wie zeitlich auszugleichen. Ein integriertes europäisches Netz senkt Kosten, erhöht Versorgungssicherheit und macht die Energiewende zum Gemeinschaftsprojekt.
- Flexibilität ist der Schlüssel für niedrigere Kosten – für jede*n einzelnen und die Allgemeinheit. Alles, was an systemdienlicher Flexibilität außerhalb des öffentlichen Netzes passiert, entlastet und spart Kosten: Speicher aller Art, Wärmepumpen, E-Autos und intelligente Steuerung können lokal Energie nutzen, verschieben und puffern. Dafür braucht es einfache, faire Tarife und keine überdimensionierten,

übersteuerten Anschlüsse. Gerade mit bidirektionalen Laden können mittags unkompliziert und dezentral große Erzeugungsspitzen zwischen gespeichert und bei Bedarf abends wieder zur Verfügung gestellt werden. Auch Wärmespeicher können Sonnen- wie Windspitzen, gut und günstig aufnehmen. Die Regeln des Strommarktes müssen die Flexibilitäten privater und gewerblicher Nachfrage fördern, statt sie zu bremsen. Flexibilität spart Milliarden, halbiert im besten Fall den Strompreis für flexible Verbraucher und reduziert den Netzausbau bis um die Hälfte.

- Strom- und Wärmespeicher sind ein Pfeiler der neuen Energiewelt – flexibel, schnell und systemdienlich. Viele hundert Gigawatt Netzanschlussbegehren für Batteriespeicher zeigen: Die Technologie steht und die Investoren stehen bereit. Jetzt kommt es darauf an, dass eine Angemessene Menge dieser Speicher auch ans Netz kommt. Wir unterstützen die Bundestagspetition, die die systemdienliche Nutzung von Heimspeichern vereinfachen und wirtschaftlich attraktiv machen möchte. Mit regionalen Preissignalen und dynamischen Netzentgelten sorgen wir dafür, dass sie genau dann liefern, wenn Strom gebraucht wird – und lokale Spitzen intelligent puffern. Bislang verhindert eine veraltete Regulierung, dass Batteriespeicher im Notfall das Netz wieder aufbauen oder die regionale Versorgung im Inselmodus sichern. Heim- und Gewerbespeicher sowie E-Auto-Batterien sollen von schwankenden Preisen profitieren und das Netz so stabilisieren. Bei Großspeichern sollten Anschlüsse nach transparenten Kriterien mit Fokus auf Systemdienlichkeit, statt nach dem Windhundprinzip, vergeben werden. Das senkt die Netzentgelte und schafft Klarheit. Auch Wärmespeicher können Stromspitzen günstig aufnehmen und als Wärme über Stunden oder Tage nutzbar machen – sie entlasten die Netze und machen die Versorgung sicherer und bezahlbarer.

Zur Absicherung der Energiewende ist der Zubau weiterer steuerbarer Kapazitäten erforderlich. Dazu zählen neben Speichern und steuerbaren erneuerbaren Energien wie Bioenergie und Geothermie auch Gaskraftwerke, die zwingend wasserstofffähig sein müssen. Diese sollten unter Beibehaltung der geltenden Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren schnell errichtet werden. Der von Wirtschaftsministerin Reiche eigentlich gewünschte vollkommen überdimensionierte Zubau von fossilen Gaskraftwerken gefährdet dagegen den Umstieg auf grünen Strom in Autos, Häusern und Industrie – und könnte den Strompreis um bis zu zwei Cent pro Kilowattstunde zu verteuern. Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Technologieoffenheit macht Katherina Reiche eine Politik zum Schutz fossiler Interessen und Geschäftsmodelle – und gleichzeitig die Energiewende unnötig teuer. Weder der Monitoringbericht noch der aktuelle Versorgungssicherheitsbericht der Bundesnetzagentur sprechen wie Ministerin Reiche von einem massiven Zubau fossiler Leistung, sondern von einem erhöhten Bedarf an „steuerbaren Kapazitäten“. In der Tat ist regelbare Leistung unverzichtbar für Dunkelflauten. Ihr Bau ermöglicht erst die endgültige Stilllegung der Kohlekraftwerke. Außerdem sind wasserstofffähige Kraftwerke für den Wasserstoffhochlauf, das Wasserstoffkernnetz und somit für eine zukünftige Wasserstoffwirtschaft unverzichtbare Ankerkunden. Für alle neuen Gas-Kraftwerke muss gelten, dass sie klar die Vorgabe bekommen, dass sie sobald dies verlässlich möglich ist, mit Wasserstoff betrieben werden müssen. Darüber hinaus fordern wir einen kosteneffizienten, technologieoffenen, Kapazitätsmechanismus aufbauend auf dezentraler Erzeugung und Speichern, der Versorgungssicherheit garantiert und

418 Nachfrageflexibilität hebt. Das können Stromspeicher sein, die gerade in hoher
419 Anzahl gebaut werden, flexibilisierte nachhaltige Biomasseanlagen, innovative
420 Lösungen wie Brennstoffzellen oder ein flexibles Management von Lasten, bei dem
421 alle Stunden der Sonnenkraft wirklich ausgenutzt werden.

422 Regionale Preissignale sowie räumlich und zeitlich differenzierte Netzentgelte
423 sind der Schlüssel für eine schnellere und einfachere Marktintegration von
424 erneuerbaren Energien und den effektiven Einsatz von Speichern. Kurzfristig
425 wollen wir stark vereinfachte Prozesse zum systemdienlichen Einsatz von allen
426 Speichern – Heimspeicher, E-Pkw und Großbatterien. So lösen Marktkräfte
427 Auslegungs- und Gerechtigkeitsfragen und Speicher werden endlich systemdienlich
428 gefahren.

429 Die Kostenvorteile günstiger grüner Energie müssen dabei bei allen ankommen. Die
430 Stromsteuer und viele Umlagen stammen aus der fossilen Vergangenheit und
431 verteuern klimafreundliches Heizen und E-Mobilität und Stromnutzung. Die
432 Koalition hat Senkung der Stromsteuer auf das europarechtlich vorgeschriebene
433 Minimum versprochen. Das muss jetzt für alle kommen.

434 3. Energie von allen, für alle

435 Wir stehen für eine Energiewende in der Hand von Bürger*innen und Mittelstand.
436 Bürgerenergie ist die demokratische Wurzel der Energiewende. Partizipation
437 schafft Akzeptanz, weil Menschen vor Ort selbst entscheiden und profitieren. Sie
438 mobilisiert geduldiges Kapital für Klimaschutz, weil Ersparnisse in Solardächer,
439 Windräder oder Speicher investiert werden. Wir sind dankbar für die vielen
440 Milliarden, die Millionen Menschen bereits vor Ort in die Energieende investiert
441 haben und weiter investieren.

442 Die Bürgerenergie stärkt regionale Wertschöpfung und entlastet die Netze – weil
443 Strom dort erzeugt, genutzt und gespeichert wird, wo er anfällt. Erneuerbare
444 Energie ist unschlagbar günstig, vor allem, wenn sie direkt lokal genutzt wird.
445 Wir brauchen Regeln, die es allen möglichst einfach und attraktiv machen,
446 erneuerbaren Strom zu produzieren, netzdienlich zu nutzen oder einzuspeisen, und
447 vor allen Dingen, die günstige grüne Energie mit anderen zu teilen und damit die
448 Stromrechnung zu senken. So geht Selbstwirksamkeit und Teilhabe in der
449 Energiewende. In Zeiten wachsender Unsicherheit ist sie Garant für Teilhabe und
450 Resilienz. Damit ihr volles Potenzial gehoben wird, braucht es klare Regeln für
451 Energy Sharing, einfache Zugänge für Genossenschaften und Mieterstrom sowie
452 faire Netzentgelte für netzdienliche Nutzung. Wer Energie teilt, schwächt
453 Autokraten und senkt Kosten. Wer eine Solaranlage, eine E-Auto-Ladestation,
454 einen Smart Meter oder eine Wärmepumpe installieren will, muss sie auch rasch
455 anschließen können. Projektierer sollten mit Kommunen Kooperationsvereinbarungen
456 abschließen. Gemeinden können durch Kooperationen mit Energiegenossenschaften
457 die tiefe demokratisch Verankerung der Energiewende fördern. Bürger*innen und
458 Energiegenossenschaften sollten ein Vorinvestitionsrecht haben. Wir fordern ein
459 Recht auf Solar und auf Energy Sharing – und Netzentgelte, die lokale,
460 netzdienliche Nutzung belohnen. Um auf die unterschiedlichen Ausgangssituationen
461 der Menschen und ihrer Lebenssituation einzugehen, braucht es starke
462 Unterstützung - ein Paket aus individueller Beratung, praktischer Hilfe und
463 finanziellen Maßnahmen.

464 Mit einer von allen für alle getragenen Energiewende machen wir unsere
465 Wirtschaft und Gesellschaft klimaneutral. Wir wollen auch Menschen mit geringem
466 Einkommen und benachteiligten Gruppen eine gerechte Teilhabe an den Vorteilen an
467 der Energiewende ermöglichen und so ihre finanzielle Sicherheit stärken. Wir
468 werden daher weiter verstärkt Konzepte erarbeiten, um die sozial gestaffelte
469 Förderung bei der Energiewende und Beteiligung von Menschen mit geringeren
470 Einkommen an Windenergie und Photovoltaik, Batterien und E-Mobilität
471 vorantreiben.

472 4. Grüne Energie für eine zukunftsfeste Industrie

473 In der Phase der ökonomischen Stapelkrise von Kriegen, Zöllen, und Rezessionen
474 müssen wir Industrie und Unternehmen bei der Anpassung an die neuen Realitäten
475 unterstützen. Unsere Industrie leidet immer noch unter den dauerhaft gestiegenen
476 Gaspreisen. Aber ausgerechnet die Wirtschaftsministerin gefährdet nun den
477 Wasserstoff-Hochlauf und verhindert damit die flexible Nutzung bereits reichlich
478 vorhandener günstiger grüner Energie: Kein Industriestrompreis, keine
479 Abschaffung der Stromsteuer für alle, keine Senkung der Strompreise um die vor
480 sechs Monaten versprochenen 5 Cent pro Kilowattstunde.

481 Eine zukunftssichere Industrie gibt es nur mit günstiger und nachhaltiger grüner
482 Energie. Öl- und Gasimporte sind teuer und machen erpressbar. Aber: die
483 Transformation der Industrie dauert länger als drei Haushaltsjahre. Wer jetzt
484 investiert, braucht Planungssicherheit auf dem Weg weg von den fossilen
485 Energieträgern - bis 2030 und darüber hinaus.

486
487 Die Industrie muss sich auf die neuen Energien und Märkte einstellen können.
488 Dafür ist neben einer kohärenten Regulierung vor allem langfristige
489 Planungssicherheit notwendig. Der Abbau bürokratischer Hürden verringert zudem
490 die Kosten. Industrie und Prosuming, also zunehmende Eigenversorgung im
491 privaten, kommunalen und wirtschaftlichen Bereich, spielen eine entscheidende
492 Rolle in den neuen regionalen Energiemärkten. Die Industrie kann dort
493 Energieüberschüsse und Abwärme "teilen" und kann sich in lokalen
494 Überschusszeiten preiswert mit Strom versorgen. Netzentgeltregulierung, Umlagen-
495 und Steuersysteme richten wir konsequent so aus, dass systemdienliches Verhalten
496 belohnt statt bestraft wird.

497
498 Wir müssen den Green Deal verteidigen und wo nötig leichter und schneller in der
499 Umsetzung machen. Der Emissionshandel (ETS I), ergänzt um einem robusten,
500 umsetzbaren und auf mehr Sektoren ausgeweiteten Carbon Border Adjustment
501 Mechanism, bleibt zentrale Säule der Transformation. Mit strategischer
502 Industriepolitik können wir den Sprung in eine Volkswirtschaft des 21.
503 Jahrhunderts unterstützen. Dazu wollen wir:

- 504 • unbürokratische Klimaschutzverträge auch für den Mittelstand;
- 505 • grüne Leitmärkte;
- 506 • einen Brückenstrompreis von 5ct/kWh für im internationalen Wettbewerb
- 507 stehenden energieintensiven Mittelstand und Industrie, der mit Anreizen

für Flexibilisierung, Dekarbonisierung und Effizienzsteigerung verbunden ist;

- eine sichere Grundlage für den Wasserstoffhochlauf.

So schaffen wir Investitionssicherheit und Standortattraktivität. Wir schaffen eine gesicherte Nachfrage für grüne Industrieprodukte Made in Europe. CCS kommt nur dort zum Einsatz, wo es keine Alternativen gibt – etwa in der Zementherstellung. Carbon Capture and Utilization (CCU) wollen wir erproben, denn Kohlenstoff ist in zahlreichen Industrieprodukten ein wichtiger Rohstoff.

Entscheidend ist der zügige Aufbau des Wasserstoff-Kernnetzes und von Elektrolysekapazitäten. Katherina Reiches ideologische Fokussierung auf fossiles Gas ohne eine verbindliche Perspektive zur Umrüstung auf klimaneutrale Alternativen, gefährdet den gesamten Wasserstoff-Hochlauf und untergräbt die Zukunft der deutschen Industrie. Der Wasserstoffmarkt muss schnell in Fahrt kommen, um grünen Wasserstoff und die nötige Infrastruktur schnell und kostengünstig zu skalieren. Dafür braucht es gleichermaßen Ambition und – gerade in der Anfangsphase – eine pragmatische Herangehensweise.

Gerade für die Industrie ist Flexibilität künftig der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit: Statt im starren Grundlastbetrieb gefangen zu sein, sollte sie Strom dann nutzen können, wenn er im Überfluss da und besonders günstig ist. Die Unterstützung von der energieintensiven Industrie wollen wir mit echten Flexibilitätsanreizen verbinden. Um die Eigenversorgung mit Erneuerbaren für Industrie und Gewerbe zu erleichtern wollen wir Direktleitungen mit bis zu 20 Kilometern Länge rechtlich zu ermöglichen. Neue Großverbraucher wie Elektrolyseure und Rechenzentren wollen wir da errichten, wo klimafreundlicher erneuerbarer Strom im Überfluss vorhanden ist und idealerweise Abwärme für Wärmenetze genutzt werden kann. Wer jetzt auf grüne Technologien setzt, gewinnt bei Resilienz, Innovation und Standortattraktivität.

5. Finanzierung

Der Umbau des Energiesystems hin zu günstiger grüner Energie erfordert massive Investitionen, die wir durch langfristig planbare Rahmenbedingungen, lange Amortisierungszeiten, und gezielte Finanzinstrumente wie Preisgarantien und Ausfallabsicherungen mobilisieren. Dabei schafft die systematische Nutzung von sogenanntem "geduldigem Kapital" von Infrastrukturfonds und anderen Investor*innen, die vor allem an langfristig sicheren Anlagen und nicht an besonders schnellen oder hohen Erträgen interessiert sind, unter anderem sichere Beteiligungs- und Anlagemöglichkeiten für Bürger*innen. Sie erhöht die Eigenkapitalbasis und senkt Kapitalkosten. Instrumente wie Ausfall- oder Preisgarantien (von Absicherungsmechanismen bis hin zu Ober- und Untergrenzen) und liquide Derivatemarkte reduzieren die Kapitalkosten. Dabei gilt: Risiken dürfen nicht vergesellschaftet werden, während Gewinne privatisiert bleiben. Gleichzeitig gilt es, die erforderlichen Investitionssummen zu minimieren. Dabei setzen wir auf Marktreformen, die Anreize für effiziente Investitionen sowie systemdienliches und effizientes Verhalten bieten und gleichzeitig Volatilitäten und Unsicherheiten vermeiden. Auch regulatorische Klarheit und konstante Rahmenbedingungen über Legislaturperioden hinweg senken Kapitalkosten, fördern effizientes Verhalten und ermöglichen eine kostengünstige Versorgung. Wenn die Versorger bei ihren Investitionen geringere Risikoprämien einpreisen müssen,

556 z.B. durch langfristige Sicherheit auf der Einnahmeseite, können sie ihre
557 Dienstleistungen kostengünstiger anbieten. Für natürliche Monopole wie
558 Fernwärmenetze überprüfen wir die Regulierungen im Hinblick auf
559 Verbraucher*innenschutz und passen Bindungsfristen an. Wir setzen bei
560 Marktanreizprogrammen auf zeitlich regressive Förderungen, um Anreize für "First
561 Mover" zu geben.

562 Zukunft jetzt

563 Der gesicherte Zugang zu günstiger, grüner Energie ist entscheidend – für ein
564 bezahlbares Leben und eine lebenswerte Zukunft. Für die Resilienz und
565 Handlungsfähigkeit unseres Kontinents, die Zukunft unserer Wirtschaft und nicht
566 zuletzt für die Demokratie. Mit der Versorgungssicherheit als Teil eines
567 erweiterten, integrierten Sicherheitsbegriffs schließt sich der Kreis in unserem
568 umfassenden Verständnis von Sicherheitspolitik

569
570 Die nächsten Jahre entscheiden, ob die Energiewende gelingt – ökologisch,
571 ökonomisch und demokratisch. Dauerhafte Energiesicherheit entscheidet sich
572 künftig nicht mehr durch den Zugriff auf Brennstoffe, sondern durch den sicheren
573 Zugang zu kritischen Rohstoffen und resiliente Lieferketten. Besonders
574 Skaleneffekte und Kapitalkosten sind entscheidend: Je mehr von den sauberen
575 Technologien produziert und genutzt wird, desto günstiger werden sie. Auch wenn
576 wir hier mittlerweile weit ins Hintertreffen geraten sind: Zusammen mit unseren
577 europäischen Partner*innen können wir Produktionskapazitäten und Märkte so
578 aufbauen, dass wir unsere geostrategische europäische Resilienz mit den
579 entscheidenden Transformationstechnologien sichern.

580 Wir können und müssen in der EU auch mehr, schneller und viel systematischer
581 voneinander lernen. Viele andere europäische Länder haben schon langjährige
582 praktische Erfahrungen, z.B. mit regionalen Preisen, Smart Metern, Energy
583 Sharing sowie solarer Fernwärme. Diesem europäischen Innovationswettlauf stellen
584 wir uns und nutzen ihn, um die gesamte EU schneller und günstiger zu
585 dekarbonisieren.

586
587 Wir haben bereits gezeigt, was möglich ist, wenn politische Führung,
588 technologische Innovation und gesellschaftliche Beteiligung zusammenkommen.
589 Jetzt braucht es Klarheit, Tempo und Verlässlichkeit: für Investitionen, für
590 Teilhabe, für Versorgungssicherheit. Wer die Energiewende abwürgt, gefährdet
591 nicht nur das Klima, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und die
592 wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Wer sie beschleunigt, schafft Wohlstand,
593 Sicherheit und neue Chancen – für alle. Dafür stehen wir. Dafür kämpfen wir.
594 Jetzt.

Beschluss (vorläufig) Lebenswerte Orte, lebendige Demokratie – Kommunen stärken, Zukunft sichern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2025
Tagesordnungspunkt: KP Starke Kommunen

Antragstext

- 1 Unsere Kommunen sind das Herz und Rückgrat unseres Landes. Hier spielt sich das
2 Leben ab: Morgens bringen Eltern ihre Kinder in die Kita, Schulkinder warten an
3 der Bushaltestelle. Auf dem Weg zur Arbeit trifft man Nachbar*innen, die kurz
4 beim Bäcker halten. Am Nachmittag zieht es Jugendliche auf den Bolzplatz oder in
5 die nahe Parkanlage, während Senior*innen im Schwimmbad ihre Bahnen ziehen oder
6 auf dem Marktplatz plaudern. Und abends übt die Freiwillige Feuerwehr für den
7 Ernstfall. Hier, direkt vor unserer Haustür, finden Gemeinschaft und
8 Zusammenhalt statt. Hier sehen wir auch die Herausforderungen, die entstehen,
9 wenn an den falschen Stellen gespart wird: Unterschiede werden zementiert,
10 antidemokratische Kräfte gewinnen hinzu.
- 11 Zusammenleben fällt nicht vom Himmel. Es braucht dafür Menschen, die sich
12 gegenseitig respektieren und die gemeinsam füreinander da sind. Es braucht Orte,
13 an denen die Menschen sich begegnen und die allen offenstehen. Und es braucht
14 Rahmenbedingungen, die es den Menschen vor Ort ermöglichen, ihr Zusammenleben zu
15 gestalten. Kommunen können diese Rahmenbedingungen nicht allein sicherstellen:
16 Vielfältige Beziehungen zu den Bundesländern und zum Bund bestimmen kommunale
17 Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass genau dort die
18 antidemokratischen Kräfte am stärksten sind, wo Strukturen und Orte des
19 Zusammenlebens fehlen. Starke Kommunen hingegen schaffen Begegnungs- und
20 Freiräume, damit der eigene Ort gemeinsam entwickelt werden kann und Menschen
21 dabei auch erleben, dass ihr persönliches Engagement wirksam und wertvoll ist.
22 Das stärkt das Zusammenleben. Und deshalb gilt: Kommunen sind das Fundament
23 unserer Demokratie und der Schlüssel für eine gerechte, nachhaltige Zukunft.
- 24 Doch genau dieses Fundament bröckelt. 2024 mussten die deutschen Kommunen ein
25 Rekorddefizit von 25 Milliarden Euro verbuchen. Vielerorts sieht man die Folgen
26 schon jetzt: marode Schulen mit undichten Dächern, Bibliotheken mit verkürzten
27 Öffnungszeiten, vernachlässigte Parkanlagen und Spielplätze, Sportstätten, die
28 schließen müssen, und Straßen, die nicht repariert werden. Junge Familien finden
29 keinen Kitaplatz, weil Personal fehlt, und Theater müssen schließen, weil
30 Zuschüsse gestrichen werden. Gleichzeitig haben die Kommunen neue und wichtige
31 Aufgaben erhalten – mehr Kitaplätze, Ganztagsbetreuung, Unterstützung für
32 Menschen mit Behinderung oder die Aufnahme Geflüchteter etwa –, ohne dass ihnen
33 von Bund und Bundesländern ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt
34 wurden. Die Folge: Städte und Gemeinden tragen erhebliche Mehrkosten bei
35 Personal, Infrastruktur und laufendem Betrieb, ohne dafür verlässlich
36 ausgestattet zu sein.
- 37 Hinzu kommen große Investitionen in die Digitalisierung, die für moderne
38 Verwaltungsstrukturen unerlässlich sind. Für die erfolgreiche Integration von
39 Schutzsuchenden und Zugezogenen ist zudem die Arbeit vor Ort in den Kommunen ein

40 entscheidender Faktor. Dazu stehen enorme Zukunftsaufgaben an: Klimafolgen wie
41 Überschwemmungen oder Hitzewellen machen Investitionen in Wasserleitungen,
42 Begrünung und moderne Klimatechnik dringend notwendig. Der öffentliche
43 Gesundheitsdienst, dem eine zentrale Rolle in der Prävention zukommt, ist
44 chronisch unterfinanziert. Deshalb bleibt ein finanzielles Engagement des Bundes
45 weiterhin unverzichtbar.

46 Auch die alternde Gesellschaft stellt Kommunen vor immer größere
47 Herausforderungen. Die Bundesregierung verschließt die Augen davor, dass
48 kommunale Handlungsfähigkeit auf ausreichende rechtliche wie auch finanzielle
49 Gestaltungsspielräume angewiesen ist. Dabei schafft das Sondervermögen für
50 Infrastruktur und Klimaschutz, das maßgeblich von uns mitgestaltet wurde, gute
51 Voraussetzungen. Doch Merz, Klingbeil und Dobrindt nutzen diese Chance nicht und
52 gefährden damit die Grundlagen für ein gutes Zusammenleben vor Ort. Dem stellen
53 wir uns entgegen.

54 Am Ende geht es um nichts weniger als um die Frage, ob das Leben vor Ort
55 funktioniert. Ob Kinder in sanierten Schulen lernen. Ob die Feuerwehr
56 rechtzeitig ausrücken kann. Ob die nahe Parkanlage bei großer Hitze ein Ort der
57 Abkühlung ist und bei Starkregen Wasser aufnehmen kann. Ob die Oma rechtzeitig
58 mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus kommt. Ob junge Leute in ihrem Ort eine
59 Zukunft sehen oder wegziehen müssen.

60 Wir wollen, dass Kommunen wieder handlungsfähig werden. Dass Busse und Bahnen
61 zuverlässig fahren. Dass Kitas, Schwimmbäder, Theater, Museen, Jugendzentren,
62 Stadtgrün, Sportplätze und Straßen nicht als Kostenfaktor, sondern als
63 Lebensadern unserer Gesellschaft gesehen werden. Das heißt: Es braucht eine
64 verlässliche finanzielle Ausstattung, weniger Bürokratie und mehr Raum für
65 Eigeninitiative. Das sind die Grundlagen, um Handlungs- und Zukunftsfähigkeit
66 vor Ort zu sichern.

67 Dafür reicht es allerdings nicht, mit einem Teil des Sondervermögens für
68 Investitionen das Scheckbuch zu zücken, wie es die Union tut, aber keinen Wert
69 auf eine nachhaltige finanzielle Ausstattung der Kommunen zu legen. Wer Kommunen
70 nicht dauerhaft absichert, ist dafür verantwortlich, dass bald wieder über
71 Kürzungen und marode Strukturen diskutiert wird. Wir dagegen sagen: Kommunale
72 Handlungsfähigkeit wiederherstellen – und zwar nachhaltig. Bund und Länder
73 stehen gemeinsam in der Verantwortung, eine nachhaltige strukturelle Reform auf
74 den Weg zu bringen, die die Kommunen finanziell langfristig absichert.

75 Das bedeutet: Kommunale Pflichtaufgaben müssen zuverlässig und dauerhaft
76 finanziert werden. Wenn der Bund oder die Länder neue Aufgaben für die Kommunen
77 beschließen, dann müssen sie auch für die Kosten geradestehen. Damit senkt eine
78 auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung die Abhängigkeit kommunaler
79 Akteure von Förderprogrammen der Länder, des Bundes oder der EU. Gleichzeitig
80 bedeutet dies aber auch, dass Kommunen sich aus diesen Mitteln um ihre Aufgaben
81 kümmern müssen.

82 Geld ist nicht alles. Bund und Länder müssen auch ihre Aufgaben bei der
83 Vereinfachung von Verwaltungsprozessen erfüllen: Deshalb darf Digitalisierung
84 kein Schlagwort bleiben, sondern muss den Alltag in Rathäusern und
85 Landratsämtern wirklich erleichtern. Wir stärken digitale Bürgerportale, fördern
86 transparente Open-Data-Angebote und unterstützen Kommunen bei der
87 Cybersicherheit. So schaffen wir Vertrauen in die digitale Verwaltung. Der Bund

88 muss eine zentrale, verpflichtende Digitalisierungslösung bereitstellen, um
89 Verwaltungskosten zu senken und Personal zu entlasten. Unser Ziel ist das „Once-
90 Only-Prinzip“: Bürger*innen geben ihre Daten nur einmal an – Behörden greifen
91 sicher darauf zu, wenn es nötig ist. Das spart Zeit, senkt Kosten und entlastet
92 Personal. Dies erfordert gemeinsame Standards zwischen den Kommunen und
93 zentralen Stellen zur Bearbeitung öffentlicher Leistungen. In Zukunft sollten
94 Verwaltungsvorgänge, vor allem prioritär jene ohne Ermessensspielraum, digital
95 erfolgen und bundesweit einheitlich umgesetzt werden. Zugleich müssen in
96 wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge zugängliche und barrierefreie Zugänge
97 zu Verwaltungsleistungen bestehen, damit alle Menschen ihre Anliegen erledigen
98 können. So wird Verwaltung verlässlich: ob bei der Kfz-Anmeldung, beim
99 Wohnsitzwechsel oder einer Unternehmensgründung.

100 Wir kämpfen für starke, selbstbestimmte und finanziell gesunde Kommunen, die
101 ihre Verantwortung selbst in die Hand nehmen können. Denn nur wenn es unseren
102 Städten, Gemeinden und Landkreisen gut geht, geht es auch unserem Land gut. Dazu
103 schlagen wir vor:

104 **Eigenverantwortung stärken**

105 Einnahmepotenziale vor Ort heben

106 Kommunen haben schon heute die Möglichkeit, mit erneuerbaren Energien mehr
107 Wertschöpfung vor Ort zu halten und sogar eigene Einnahmen zu sichern – ob mit
108 Solardächern auf der Schule, Windparks in der Region, Nahwärmeprojekten oder in
109 genossenschaftlichen Bürgerenergie-Modellen. Solche Vorhaben schaffen
110 Arbeitsplätze vor Ort, machen unabhängiger von schwankenden Energiepreisen und
111 stärken das Miteinander in der Region.

112
113 Wir wollen auch mehr Anreize schaffen, Flächen für den Natur- und Artenschutz
114 zur Verfügung zu stellen und Modelle erarbeiten, wie Kommunen mit Flächen, die
115 wertvolle Ökosystemleistungen sichern, Einnahmen generieren können.

116 Das kann nicht nur neue Einnahmequellen für die kommunalen Haushalte eröffnen,
117 sondern erweitert auch die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. Gewinne aus
118 Netzen und Energieversorgung können so bspw. unter der Regie kommunaler
119 Unternehmen in öffentlicher Hand bleiben, statt an private Investoren
120 abzufließen – und können in Schwimmbäder, Bibliotheken oder Schulen reinvestiert
121 werden. Damit Kommunen diese Chancen konsequent nutzen können, wollen wir sie
122 dabei unterstützen, Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge effizient zu
123 erfüllen, in öffentlicher Hand zu organisieren und wo dies geboten ist,
124 Daseinsvorsorge zurück in die kommunale Trägerschaft zu überführen. So kann der
125 kommunale Einfluss ausgebaut und gestärkt werden, um bspw. die kommunale
126 Energiewende verlässlich voranzubringen.

127 Besonders kleinere Kommunen stoßen bei komplizierten Raumplanungsvorgaben an
128 ihre Grenzen. Deshalb wollen wir Planungsgemeinschaften ermöglichen, in denen
129 Fachpersonal gebündelt wird und Expertise für alle nutzbar ist. Das verschafft
130 auch den kleineren Gemeinden eine echte Stimme bei der Gestaltung ihrer Zukunft.

131 Kommunen eine aktivere Boden- und Wohnraumpolitik ermöglichen

132 Vielerorts sind die Mieten und Bodenpreise ins Unbezahlbare gestiegen. Doch den
133 Kommunen sind oft Fesseln angelegt. Sie brauchen für eine soziale Boden- und
134 Wohnungspolitik mehr rechtliche Möglichkeiten und finanzielle Unterstützung.

135 Zur Begrenzung von Boden- und Immobilienspekulation müssen die politischen
136 Vorgaben zur Verkehrswert- und Bodenrichtwertermittlung reformiert und am
137 Gemeinwohl orientiert werden. Um möglichst wenige Acker- und Naturflächen in
138 neues Bauland umwandeln zu müssen, sondern mehr Flächen im Siedlungsbereich
139 aktivieren zu können, braucht es eine Stärkung des kommunalen Planungsrechtes.
140 Für die Durchsetzung der kommunalen Planungshoheit und eine strategische
141 kommunale Baulandpolitik braucht es für Städte und Gemeinden umfassendere
142 Vorkaufsrechte im Ertragswertverfahren abseits von Spekulationspreisen. Den
143 Aufbau von kommunalen Bodenfonds wollen wir unterstützen.

144
145 Den Milieuschutz wollen wir so reformieren, dass er einerseits sinnvolle
146 Maßnahmen für die energetische Sanierung, Wärmewende oder für barrierefreien
147 Wohnraum ermöglicht, aber andererseits auch Mieter*innen vor einer übermäßigen
148 finanziellen Überforderung bewahrt. Darüber hinaus muss es Kommunen rechtssicher
149 und schneller möglich sein, Maßnahmen zur Durchsetzung des Milieuschutzes zu
150 ergreifen wie auch konsequent gegen Mietwucher und Zweckentfremdung vorzugehen.
151 Den Aufbau von kommunalen Bodenfonds wollen wir unterstützen.

152
153 Den Milieuschutz wollen wir so reformieren, dass er einerseits sinnvolle
154 Maßnahmen für die energetische Sanierung, Wärmewende oder für barrierefreien
155 Wohnraum ermöglicht, aber andererseits auch Mieter*innen vor einer übermäßigen
156 finanziellen Überforderung bewahrt. Darüber hinaus muss es Kommunen rechtssicher
157 und schneller möglich sein, Maßnahmen zur Durchsetzung des Milieuschutzes zu
158 ergreifen wie auch konsequent gegen Mietwucher und Zweckentfremdung vorzugehen.
159 Damit geplante Bauflächen auch tatsächlich bebaut werden, braucht es die
160 insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten eine bessere Durchsetzbarkeit des
161 Baugebotes.

162
163 Dabei werden wir auch die Gesamtbelastung für die Mieter*innen durch Miet- und
164 Nebenkosten nicht aus den Augen verlieren. Mit dem Entwurf des Faire-Mieten-
165 Gesetz schlagen wir ein Bündel von sofort umsetzbaren Maßnahmen vor, um
166 Mieterhöhungen in angespannten Märkten zu begrenzen. Den Bundesländern wollen
167 wir die Möglichkeit geben, explodierende Mieten vor allem in Großstädten und
168 ihren Umlandgemeinden zu stoppen, wie unter anderem ein Mietendeckel. Den
169 Missbrauch von Eigenbedarfskündigungen wollen wir eindämmen und sogenannten
170 Wuchermieten einen wirksamen Riegel vorschieben. Auf EU-Ebene erwarten wir von
171 der EU-Kommission wie angekündigt Ende diesen Jahres die Vorlage eines
172 ambitionierten Plans für bezahlbares Wohnen, um die Förderung von Wohnraum zu
173 erleichtern, den Einfluss der Finanzmärkte zu begrenzen, Bürokratie abzubauen
174 und Kurzzeitvermietungen stärker zu regulieren.

175
176 Zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren wollen wir einen Bundesrahmen-
177 Baukodex schaffen, der in allen Bundesländern gute und möglichst einheitliche
178 Rahmenbedingungen für klimaverträgliches, schnelles und möglichst preiswertes
179 Bauen und Umbauen definiert. Digitale, standardisierte Bauanträge und eine
180 Genehmigungsfiktion bei behördlicher Fristüberschreitung sollen die Regel
181 werden.

182 Gestaltungsmöglichkeiten bei kommunalen Steuern erweitern

183 Neben der Grundsteuer ist die Gewerbesteuer die wichtigste kommunale steuerliche
184 Einnahmequelle. Das Aufkommen ist jedoch sehr konjunkturabhängig, und nicht
185 alle, die von kommunalen Investitionen profitieren, tragen auch dazu bei. Unser
186 Ziel ist eine Erhöhung der Unabhängigkeit kommunaler Finanzen von Zuweisungen
187 und Ausgleichzahlungen. Dazu wollen wir das Band zwischen Kommunen, Wirtschaft
188 und Bürger*innen stärker knüpfen und Kommunen die Möglichkeit geben, ihre
189 Einnahmen konjunkturell stabiler und verlässlicher zu gestalten, indem sie
190 Unternehmen fairer beteiligen können. Möglichkeiten hierzu sind zweckgebundene
191 Abgaben wie eine Nahverkehrsabgabe oder die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer
192 zu einer umsetzbaren kommunalen Wirtschaftssteuer. Dabei gilt, dass die
193 Wertschöpfung vor Ort auch zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben und der
194 kommunalen Infrastruktur vor Ort beitragen muss. Deshalb setzen wir uns dafür
195 ein, dass Unternehmen dort ihre Gewerbesteuern zahlen, wo sie vor Ort
196 wirtschaftlich tätig sind. Die Flucht von Unternehmen vor der Gewerbesteuer in
197 sogenannte „Gewerbesteueroasen“ mit niedrigen Hebesätzen darf sich nicht lohnen.
198 Konkrete Umsetzungsmöglichkeiten dafür mit dem Ziel der Schaffung gleichwertiger
199 Lebensverhältnisse werden wir prüfen. Dazu gehört, den Mindesthebesatz für die
200 Gewerbesteuer zu erhöhen. Bei der Ausgestaltung solcher Modelle wollen wir
201 sicherstellen, dass kleine und finanzschwache Kommunen keine
202 Wettbewerbsnachteile erfahren und faire Rahmenbedingungen für alle geschaffen
203 werden.

204 Verursachergerechte Finanzierung kommunaler Aufgaben stärken

205 Kommunen entstehen durch einzelne Verursacher oft besondere Kosten. Wir wollen
206 sie dabei entlasten, indem wir sie in ihren Möglichkeiten stärken, diese Kosten
207 stärker auf die Verursacher umzulegen. Ein Beispiel dafür ist der entstehenden
208 Entsorgungs- und Reinigungsaufwand, der aus der Ausgabe von Einwegverpackungen
209 durch einzelne Unternehmen entsteht. In solchen Fällen sollen Kommunen die
210 Möglichkeit erhalten, verursachergerecht und rechtssicher Abgaben wie zum
211 Beispiel eine Verpackungsmittelabgabe zu erheben.

212 **Finanzielle Spielräume schaffen**

213 Konnexitätsprinzip rechtssicher und verbindlich machen

214 Wer bestellt, zahlt! Das Konnexitätsprinzip muss als wesentlicher Grundsatz auch
215 im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen gestärkt und rechtssicher sowie
216 durchsetzbar ausgestaltet werden. Wer neue Aufgaben für die Kommunen beschließt,
217 muss sie auch bezahlen und verlässlich finanzieren. Wer bestellt hat, ohne zu
218 bezahlen, muss dies nachholen. Deshalb muss der Bund endlich die Mehrbelastungen
219 ausgleichen, die den Kommunen durch die Ausführung von Bundesgesetzen entstehen
220 und die sie weitgehend alleine tragen. Beispielsweise sind die Kosten für
221 wichtige Sozialleistungen, wie die Kinder- und Jugendhilfe und die
222 Eingliederungshilfe, in den letzten Jahren rasant gestiegen. Wir wollen, dass
223 unser Sozialstaat auch in Zukunft funktioniert, ohne dass dafür wichtige
224 Investitionen auf der Strecke bleiben. Deshalb muss der Bund die Kommunen auch
225 bei den Sozialkosten entlasten.

226 Darüber hinaus fordern wir kommunale Realitäten anzuerkennen und neue
227 Pflichtaufgaben, beispielsweise für Integration, einzuführen und diese auch

228 entsprechend zu finanzieren. Auch bei der Überwindung von Wohnungslosigkeit
229 benötigen Kommunen eine ausreichende Finanzierung, damit betroffene Menschen den
230 Zugang zu präventiven Angeboten und Hilfesystemen erhalten.

231 Entscheidende Zukunftsaufgaben, die Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen in
232 massiver Weise herausfordern und – wie der Klimaschutz und die Anpassung an den
233 Klimawandel – bedeutsam für die Herstellung und den Erhalt gleichwertiger
234 Lebensverhältnisse sind, wollen wir auch verfassungsrechtlich als
235 Gemeinschaftsaufgabe verankern. Damit können finanzielle Mittel langfristig
236 kommunal eigenverantwortlich, effizient und flexibel dort eingesetzt werden, wo
237 Investitionen nötig und sinnvoll sind, und kleinteilige, komplizierte
238 Förderprogramme ersetzt werden.

239

240 Das Altschuldenproblem nachhaltig lösen

241 Besonders strukturschwache Kommunen brauchen Unterstützung beim Abbau ihrer
242 Schulden und dauerhafte Entlastung im Sozial- und Jugendbereich, um dem
243 Verfassungsgebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gerecht werden zu
244 können. Eine besondere Verantwortung besteht für überschuldete Kommunen, vor
245 allem für solche, die ohne eigenes Zutun aufgrund einer ungleichen
246 Lastenverteilung im Strukturwandel in eine solche Lage geraten sind. Sie dürfen
247 nicht in einer Abwärtsspirale aus fehlenden Eigenmitteln für Förderprogramme,
248 unattraktiven sozialen und kulturellen Infrastrukturen, Fachkräftemangel,
249 wirtschaftlichen Problemen und Abwanderung gefangen bleiben. Das führt zu einem
250 Abrutschen der Lebensverhältnisse und der Lebensqualität. Hier braucht es
251 gemeinsames Engagement aller Beteiligten, auch des Bundes, um eine Entschuldung
252 der Kommunen zu erreichen. Die Bundesregierung muss deshalb jetzt wie
253 versprochen ihren Anteil zur Lösung des kommunalen Altschuldenproblems liefern.
254 Wir setzen uns dazu für einen Altschuldentilgungsfonds ein. Es braucht eine
255 grundlegende bundesweite Entschuldung und nachhaltige strukturelle Reform.

256 Förderprogramme vereinfachen und ihre Anzahl reduzieren

257 Derzeit sind Kommunen ohne Fördermittel häufig selbst bei der Wahrnehmung ihrer
258 Pflichtaufgaben nicht mehr handlungsfähig. Dazu haben Städte und Gemeinden
259 zunehmend Schwierigkeiten, die für deren Beantragung erforderlichen Eigenanteile
260 sowie Verwaltungs- und Planungsleistungen aufzubringen. Wir wollen diesen Weg
261 umkehren: Statt Antragsbürokratie soll es verlässliche Mittel direkt für die
262 Kommunen geben. Es muss daher bei jedem Förderprogramm geprüft werden, ob eine
263 Überführung in die Regelausgleichssysteme möglich ist, insbesondere bei
264 langjährigen und solchen, die kommunale Pflichtaufgaben betreffen. Dies ist auch
265 ein Beitrag zum Abbau des bürokratischen Aufwands.

266 Eine Reduzierung ermöglicht es zudem, notwendige Förderungen zielgenau zu
267 gestalten, etwa durch breitere Anwendungsfelder, mit mehr Pauschalisierungen
268 oder einer Eigenanteilsdynamisierung. Dies bedeutet jedoch auch, dass
269 Förderungen von allgemein durch Ausgleichssysteme finanzierten Zielen zukünftig
270 ausgeschlossen wären. Bei den verbleibenden Förderprogrammen gilt es über eine
271 Digitalisierung der Programme, allgemeine Standards und eine vereinfachte
272 Antragstellung und Dokumentation sicherzustellen. Dies schafft auch die
273 Grundlage für eine bessere Evaluation der geförderten Maßnahmen.

274 Steuerverteilung fairer gestalten – kommunale Anteile stärken

275 Die Kommunen erbringen einen Anteil von rund 25 Prozent der öffentlichen
276 Leistungen. Gleichzeitig steht ihnen aber nur ein Anteil von ca. 14 Prozent des
277 Steueraufkommens zu. Deshalb brauchen sie eine dauerhafte und spürbare
278 Entlastung. Dafür soll der Bund den direkten Anteil der Kommunen an der
279 Umsatzsteuer erhöhen. So lassen sich bedarfsbedingte Defizite schließen.

280 Gleichzeitig nehmen wir auch Zukunftsaufgaben in den Blick: Mit „Kommunalen
281 Freiheitsbudgets“ schaffen wir zweckgebundene, aber flexible Mittel, über die
282 vor Ort entschieden werden kann – ganz ohne Förderdschungel und nur mit dem
283 bürokratischem Mindestaufwand, der notwendig ist, um Entscheidungen und die
284 Verwendung der Mittel für Bürger*innen nachvollziehbar zu machen. Wir wollen
285 zudem, dass erfolgreiches kommunales Handeln sichtbar wird und damit anderen
286 Städten und Gemeinden als Modell und Anreiz dienen kann. Best-Practice-Beispiele
287 sollen dazu besser geteilt und zugänglich gemacht werden.

288 Mehr Gerechtigkeit beim Finanzausgleich

289 Unsere heutigen Finanzausgleichssysteme gleichen vor allem Einnahmeunterschiede
290 aus. Doch die Realität ist längst vielfältiger: Kommunen sind unterschiedlich
291 stark von Klimafolgen, demografischem Wandel oder besonderen Herausforderungen
292 im ländlichen Raum betroffen. Künftig müssen Finanzausgleiche auch diese
293 Unterschiede abbilden. Ein „Kombinationsfaktor im Finanzausgleich“ kann dafür
294 sorgen, dass etwa Gemeinden mit hohen Klimaanpassungskosten oder Regionen mit
295 Abwanderung automatisch zusätzliche Mittel erhalten. So stellen wir sicher, dass
296 niemand zurückbleibt.

297 Einfacher Zugang zu EU-Förderprogrammen für Kommunen

298 Die aktuellen Bestrebungen auf EU-Ebene, die Strukturförderungen des EU-
299 Haushaltes auf der nationalen Ebene zu zentralisieren, lehnen wir ab. Unser Ziel
300 ist die Schaffung eines direkten und einfachen Zugangs zu EU-Fördermitteln für
301 Kreise, Städte und Gemeinden. Nur so können sie gemeinsame europäische Ziele wie
302 Klimaschutz gut umsetzen. Wir fordern von der EU-Kommission, den direkten Zugang
303 zuerst für Kommunen in den EU-Ländern zu ermöglichen, deren Fördermittel durch
304 den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus eingefroren sind.

305 Mit diesen Reformperspektiven stärken wir unsere Kommunen dauerhaft. Es braucht
306 jedoch weitere Anstrengungen, die Handlungsfähigkeiten unseres gesamten
307 Gemeinwesens auch strukturell neu zu denken, zu reformieren und damit
308 langfristig zu sichern. Deutschland braucht eine umfassende Reform seiner
309 föderalen Strukturen. Zu viele Doppelzuständigkeiten und uneinheitliche
310 Regelwerke bremsen. Daher treten wir für eine Reform ein, die klare
311 Verantwortlichkeiten schafft, Zuständigkeiten entflechtet und die
312 Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen stärkt, und begrüßen
313 entsprechende Initiativen aus Politik und Zivilgesellschaft.

314 Wir trauen unseren Kommunen vieles zu – und sie verdienen den Mut, die Mittel
315 und den Rückhalt einer solidarischen Gesellschaft. Denn starke Kommunen sind
316 Orte gelebter Demokratie und Orte, die die Zukunft unseres Landes gestalten.

Beschluss (vorläufig) Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen: Erbschaftsteuer, Immobilienbesteuerung, organisierte Steuerhinterziehung wie Cum-Cum

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2025
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

1 Ein gerechtes Steuersystem ist das Fundament für ein starkes Gemeinwesen. Es
2 ermöglicht die Finanzierung von Lehrkräften, Sozialarbeitern, Erziehern oder
3 Polizistinnen. Gute Schulen, Kitas, Sportplätze und Schwimmbäder sind
4 Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt. Aktuell weist unser Steuersystem Lücken
5 auf, die es einigen Wenigen ermöglichen, sich der Verantwortung für das
6 Gemeinwohl weitgehend oder teilweise zu entziehen. Es ist an der Zeit, diese
7 Gerechtigkeitslücken zu schließen und sicherzustellen, dass alle entsprechend
8 ihrer finanziellen Möglichkeiten einen fairen Beitrag leisten.

9 Jahrzehntlang wurden Ausnahmen in Gesetze aufgenommen, die nur sehr wenigen,
10 sehr reichen Menschen zugutekommen, zu Ungunsten der breiten Bevölkerung und
11 vieler kleiner und mittlerer Unternehmen. Denn Gestaltungsmodelle und Ausnahmen
12 sind oft nur für extrem große Geldbeträge ab zweistelligen Millionenvermögen
13 eingerichtet und sie sind zudem oft so technisch und kompliziert, dass sie kaum
14 jemand kennt. Unsere Gesellschaft insgesamt hat von diesen Gerechtigkeitslücken
15 aber praktisch nichts. Während die große Mehrheit der erwerbsfähigen Menschen
16 arbeitet und genau wie kleine und mittlere Unternehmen fair reguläre Steuersätze
17 zahlt, ist es einigen möglich, sich mit heute noch legalen Ausnahmen der
18 gemeinsamen Verantwortung für das Gemeinwohl steuerlich weitgehend zu entziehen.
19 Nicht alles, was heute legal ist, ist fair. Das hat negative Effekte auf das für
20 unseren Zusammenhalt so wichtige Vertrauen, dass es in unserem Land gerecht
21 zugeht. Zugleich verschärfen die Einnahmeausfälle Probleme, zum Beispiel bei der
22 Finanzierung von Kinderbetreuung und Bildung.

23 Wir wollen mehr Fairness im Steuersystem und eklatante Gerechtigkeitslücken
24 schließen. Das ist eigentlich längst überfällig, und wird seit Jahren sogar von
25 konservativen Ökonom*innen gefordert. Dazu gehört auch, der unterschiedlichen
26 Behandlung der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften entgegenzuwirken
27 und neben einer Entlastung von Steuern und Abgaben auf Arbeit auch eine
28 effektive Lösung zum Angleichen der Besteuerung von Kapitalerträgen vorzulegen.

29 Durch mehr Gerechtigkeit im Steuersystem stärken wir auch das Vertrauen in das
30 demokratische Teilhabeversprechen und in die Institutionen und können einen
31 zusätzlichen Betrag in zweistelliger Milliardenhöhe für das Gemeinwohl wie
32 beispielsweise Bildung und die Stärkung von Aufstiegschancen einnehmen. Allein
33 durch die Gerechtigkeitslücken bei der Erbschaft- und Immobilienbesteuerung
34 entgehen dem Staat und damit der Finanzierung von Gemeinwohlaufgaben wie Bildung
35 ca. 15 Mrd. Euro jährlich.

36 Klar ist dabei auch: Das Schließen von Gerechtigkeitslücken ist zentral, wenn
37 auch alleine noch nicht ausreichend, um ein sozial gerechtes System von Steuern
38 und Abgaben herzustellen, das für eine weniger ungleiche Verteilung insbesondere

von Vermögen sorgt, strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und zu einer auskömmlichen Finanzierung öffentlicher Aufgaben wirklich nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip beiträgt. Um dorthin zu kommen, ist das Schließen von Gerechtigkeitslücken aber dringend notwendig. Deswegen fangen wir damit an.

1. Gerechtigkeitslücken in der Erbschaftsteuer schließen

Vermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt. Die reichsten 1% in Deutschland haben insgesamt mehr Vermögen als 90% der restlichen Menschen. Die Preise von Vermögenswerten wie Immobilien und Unternehmensbeteiligungen sind zudem in den letzten Jahrzehnten deutlich stärker gestiegen als Löhne und Wirtschaftsleistung – die Mehrheit der Menschen hat über die letzten 25 Jahre kein Vermögenswachstum erlebt, während die Vermögenspreisinflation zu stark anwachsenden großen Vermögen geführt hat. In fast keinem anderen Land der EU ist die Vermögenskonzentration so stark. Die Folge: Wer in eine reiche Familie geboren wurde, bleibt reich. Gleichzeitig ist ein Aufstieg mit Vermögensaufbau durch eigene Arbeit derzeit nur schwer möglich. 47% der Menschen geben an, weniger als 2.000 Euro an Rücklagen zu haben. Also ungefähr jede*r Zweite hat keine finanzielle Sicherheit, keine Rücklagen oder Puffer für Notfälle. Deswegen ist - gerade in diesen unsicheren Zeiten - neben mehr Steuergerechtigkeit auch die Unterstützung und Erleichterung des Aufbaus von Rücklagen und eigener Altersvorsorge eine sehr große politische Priorität von uns.

Eigene Leistung ermöglicht deutlich weniger Aufstiegschancen als das Glück der Geburt in eine wohlhabende Familie. Menschen in Ostdeutschland sind bei Erbschaften in den allermeisten Fällen noch stärker im Nachteil. Hohe Vermögen konnten fast nur in westdeutschen Familien angehäuft und vererbt werden und damit in den Händen weniger konzentriert bleiben.

Die ungleiche Verteilung von Vermögen in Deutschland wird durch das derzeitige Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht effektiv nicht reduziert, sondern sogar teilweise noch verstärkt. Obwohl die Erbschaftsteuer von den vorgesehenen Steuersätzen progressiv ist, das heißt, hohe Vermögen eigentlich mehr besteuern soll als mittlere: Sehr hohe Vermögen (bei über 26 Millionen Euro) können durch Ausnahmen sogar bis zu komplett steuerfrei vererbt werden, während mittlere Erbschaften verhältnismäßig stärker belastet werden. Ebenfalls wichtig: Kleinere Erbschaften, und das sind die meisten, sind heute über Freibeträge von der Erbschaft- und Schenkungsteuer befreit – was wir befürworten und sogar stärken würden, sofern es gelingt, die Gerechtigkeitslücken am ganz oberen Ende zu schließen. Die heutigen Ausnahmen für sehr große Erbschaften tragen zur Ungleichheit bei und untergraben das Prinzip der Chancengerechtigkeit und Solidarität.

In Ostdeutschland wird auch 35 Jahre nach der Einheit aus historischen Gründen deutlich weniger Vermögen vererbt. Auch dadurch sind die Startchancen junger Menschen in Ost und West sehr unterschiedlich. Wir werden verhindern, dass Ostdeutschland durch eine Reform der Erbschaftssteuer finanziell abgehängt wird und stattdessen solidarisch an den Mehreinnahmen beteiligt wird.

Vor allem aufgrund der Verschonungsregeln beim Betriebsvermögen ist die Steuer heute im Effekt sehr regressiv. Gerade in der heutigen wirtschaftlichen Lage ist ein sehr sensibler und gut durchdachter Umgang mit Ausnahmen beim Betriebsvermögen wichtig. Großzügige Stundungs- und Ratenzahlungsmöglichkeiten

87 sind eine gute Antwort auf die Herausforderung des Umgangs mit der Erbschaft-
88 und Schenkungsteuer bei Betriebsvermögen. Hier beispielsweise mit ausreichenden
89 Zeiträumen, angemessenen Zinssätzen oder Aussetzungen in Phasen der
90 Reinvestition zu arbeiten, bringt keinen Betrieb in Schwierigkeiten und sichert
91 den Erhalt von Arbeitsplätzen. Auch wenn ein aktueller Erbschaftsfall in der
92 Praxis zeigt, dass man selbst heute schon nicht in Zahlungsschwierigkeiten wegen
93 der Erbschaftssteuer kommen muss, ist uns ein schützender Umgang mit
94 Betriebsvermögen, um die Investitionstätigkeit und den Erhalt von Arbeitsplätzen
95 bei der wahrscheinlich weiterhin geführten Debatte um die Erbschaft- und
96 Schenkungsteuer zu ermöglichen, ein zentrales Anliegen.

97 Wird die Erbschaftssteuer klug gestaltet, gefährdet sie Betriebe nicht. Dieser
98 Antrag fokussiert auf zwei besonders eklatante Ausnahmen: die 2016 eingeführte
99 Verschonungsbedarfsprüfung für sehr große Vermögen ab 26 Millionen Euro und die
100 Steuerfreiheit ab 300 Wohnungen. Bei der mindestens durch das kommende
101 Bundesverfassungsgerichtsurteil sehr wahrscheinlich bald anstehenden
102 grundlegenden Reform der Erbschaftsteuer wird eine der großen Aufgaben sein,
103 eine balancierte Lösung zu erarbeiten, die sowohl für mehr Gerechtigkeit und
104 Einfachheit führt, als auch die wirtschaftlichen und Nachfolge bezogenen
105 Besonderheiten beim Umgang mit Betriebsvermögen berücksichtigt.

106 Erbschaften von über 26 Millionen Euro sollten nicht mehr steuerbefreit sein,
107 Betriebsvermögen sollten großzügige Stundungen erhalten

108 Das Kind eines Bäckers, das den elterlichen Betrieb erbt, zahlt – sofern
109 Erbschaftsteuer gezahlt werden muss – in der Regel mehr als das Kind, das einen
110 ganzen Lebensmittelkonzern erbt. Das ist ungerecht.

111 Die eigentlich zu zahlende Erbschaftsteuer kann bei übertragenen Vermögenswerten
112 von mehr als 26 Mio. Euro vollständig erlassen werden, wenn die Erbinnen oder
113 Erben in einer sogenannten „Verschonungsbedarfsprüfung“ nachweisen, dass sie
114 „bedürftig“ sind und die Steuer nicht aus ihrem aktuell verfügbaren
115 Privatvermögen zahlen können. Milliarden schwere Schenkungen an Kinder und
116 Vermögensübertragungen auf extra neu gegründete Familienstiftungen bleiben so
117 steuerfrei. 2024 wurden so 45-mal Steuern in Höhe von insgesamt 3,4 Mrd. Euro
118 erlassen, obwohl eigentlich 3,6 Mrd. Euro ans Finanzamt hätten gezahlt werden
119 müssen – ein neuer Rekordwert und somit ein Steuererlass von 95%. Daten aus der
120 Antwort der Bundesregierung auf eine „Kleine Anfrage“ der Grünen
121 Bundestagsfraktion zeigen, dass durch die Verschonungsbedarfsprüfung seit 2021
122 in insgesamt 105 Fällen Steuern in Höhe von 7,4 Milliarden Euro erlassen wurden.
123 2024 waren es hiervon allein 45 Fälle mit 3,4 Milliarden Euro Steuererlass.

124 Die Steuerbefreiung bei Erbschaften ab 300 Wohnungen beenden

125 Drei Wohnungen zu erben, darf nicht mehr besteuert werden als 300 oder mehr
126 Wohnungen. Aber: Wer heute Anteile an einem Wohnungsunternehmen mit einem
127 Immobilienbestand von mindestens 300 Wohneinheiten erbt, muss darauf keine
128 Erbschaftsteuer zahlen. Wer hingegen zwei oder drei Immobilien erbt, zahlt, wenn
129 er die Freibeträge überschreitet, auf den restlichen Wert Erbschaft- oder
130 Schenkungsteuer.

131 Diese Ausnahme von großen Immobilienbeständen bei Erbschaften ist seltsam
132 ungerecht und sollte abgeschafft werden. Die finanziellen Effekte können nur

133 geschätzt werden, manche Wirtschaftsforscher gehen von ca. 1 Mrd. Euro an
134 Mindereinnahmen für die Länder pro Jahr aus.

135 Mit seinem Urteil vom 24.10.2017 hat der Bundesfinanzhof klargestellt, dass für
136 die Steuerbefreiung nicht die Anzahl der Wohnungen ausschlaggebend sein kann.
137 Vielmehr muss es sich tatsächlich um einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb und
138 nicht nur um eine reine Vermögensverwaltung handeln. Das BMF wies jedoch die
139 Finanzämter dazu an, dieses Urteil nicht anzuwenden. In den 2019
140 veröffentlichten Erbschaftsteuer-Richtlinien wurde diese Verwaltungspraxis
141 fortgesetzt. Es ist also mehr als notwendig, nun endlich diese Ausnahme
142 gesetzlich oder per Verwaltungsanweisung zu schließen.

143 2. Gerechtigkeitslücken bei der Immobilienbesteuerung schließen

144 Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnt zur Miete – und ist damit
145 von den Preisen von Vermieterinnen und Vermietern abhängig. Andere haben sich
146 ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung gekauft, zahlen einen Kredit ab und
147 Grunderwerb- und Grundsteuer. Die meisten wollen darin selbst wohnen und leisten
148 steuerlich ihren fairen Beitrag.

149 Gleichzeitig können Investorinnen und Investoren sowie Immobilienunternehmen
150 Lücken bei der Besteuerung von Immobilien finanziell ausnutzen und
151 Wohnimmobilien als Spekulationsobjekt nutzen. Wer mit Wohnraum spekuliert oder
152 bei der Wahl der Gesellschaftsform gestaltet, profitiert von Steuerprivilegien,
153 die Menschen, die einfach zur Miete oder im Eigenheim leben, nicht haben. Wir
154 wollen diese Gerechtigkeitslücken schließen.

155 Wir wollen endlich mehr Transparenz über die Eigentumsverhältnisse in
156 Deutschland schaffen und Eigentumsverschleierung bekämpfen. Damit Länder und
157 Städte genau wissen, wer welche Immobilien und Grundstücke besitzt, muss die
158 Einführung eines bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuchs und dessen konsequente
159 Verknüpfung mit dem Transparenzregister zügig abgeschlossen werden. Für den Bau
160 und die Vermietung von dauerhaft bezahlbaren Wohnungen in großem Umfang, setzen
161 wir uns zudem weiterhin für die Einführung einer echten “Neuen
162 Wohngemeinnützigkeit” ein.

163 Gewerbesteuerfreiheit von vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaften im
164 Immobilienbereich beenden

165 Derzeit sind Immobiliengesellschaften, die ausschließlich vermögensverwaltend
166 tätig sind, von der Gewerbesteuer auf Mieteinnahmen befreit. Sie müssen also nur
167 Körperschaftsteuer von 15% auf ihre Gewinne zahlen (ab 2032 durch die von der
168 schwarz-roten Koalition beschlossenen Körperschaftsteuersenkung sogar nur noch
169 10%), während alle anderen Gesellschaften mit anderen Einkunftsquellen
170 durchschnittlich etwa 29% Steuern (Körperschafts- und Gewerbesteuer,
171 beziehungsweise entsprechend ab 2032 dann etwa 24%) zahlen. Diese
172 Steuervergünstigung führt zu Ungerechtigkeiten zwischen Wirtschaftszweigen,
173 lockt stark renditegetriebene Investitionen in den Immobiliensektor und mindert
174 die Einnahmen der Kommunen, die die Gewerbesteuer als einzige eigene
175 Einnahmequelle haben.

176 Wir setzen uns für die Abschaffung dieser Gewerbesteuerbefreiung bei
177 Immobiliengesellschaften ein. In Fachartikeln ist sie auch als “erweiterte
178 Grundstückskürzung” bekannt, deren Abschaffung auch von konservativeren Ökonomen

179 gefordert wird. Schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro jährlich verlieren die
180 Kommunen aufgrund dieser Regelung – Geld, das für Projekte wie Schulen, Kitas
181 oder öffentliche Einrichtungen fehlt.

182 Die Regelung stammt aus einer Zeit, in der die Belastung durch die Grundsteuer
183 noch höher war als heute, die Gewerbesteuer als Betriebsausgabe abzugsfähig war
184 und der Körperschaftsteuersatz sich am Spitzensteuersatz orientierte. Eine
185 Doppelbesteuerung wollte man verhindern. Spätestens seit der
186 Unternehmenssteuerreform 2008/2009 gilt dies aber nicht mehr.

187 Umgehungen von Steuerzahlungen durch „Share Deals“ bei Immobilienkäufen
188 verhindern

189 Durch sogenannte „Share Deals“ können große Immobilienunternehmen die
190 Grunderwerbsteuer umgehen, indem sie nicht die Immobilie selbst kaufen, sondern
191 Anteile an Immobiliengesellschaften übertragen. Eine 2021 erfolgte Reform hat
192 daran nicht wirklich etwas geändert: Weiterhin fällt keine Steuer an, wenn „nur“
193 bis zu 89,9% einer anderen Immobiliengesellschaft übernommen wird. So entgehen
194 dem Staat erhebliche Einnahmen. Schätzungen gehen von rund 1 Mrd. Euro aus, die
195 diese aktuell nach wie vor legalen Umgehungen den Staat jährlich kosten.

196 Die Praxis der „Share Deals“ fördert zudem Preisspekulation auf dem
197 Immobilienmarkt und begünstigt Großinvestoren gegenüber Einzelkäufern. Denn jede
198 Privatperson zahlt bei einem Haus- oder Wohnungskauf die Grunderwerbsteuer,
199 große Unternehmen, die die Praxis der „Share Deals“ nutzen, hingegen nicht.

200 Ein bekanntes Beispiel, bei dem kein Cent an Steuern gezahlt werden musste, war
201 die Milliardenübernahme von Deutsche Wohnen durch den Immobiliengiganten
202 Vonovia, bei dem allein 2024 dem Staat über eine Milliarde Euro an Steuern
203 entgangen sind. Eine echte, innovative Lösung wäre ein Optionsmodell nach
204 niederländischem Vorbild. So würde die Grunderwerbsteuer anteilig anfallen, ab
205 einer Übernahme von 10% einer Immobiliengesellschaft durch einen anderen
206 Konzern. Kauft ein Immobilienunternehmen somit 10% eines anderen
207 Immobilienunternehmens, wären 10% der Grunderwerbsteuer fällig. Kauft es 89,9%
208 eines anderen Immobilienunternehmens, wären 89,9% der Grunderwerbsteuer fällig.
209 Immobilienkonzerne würden dann ihren fairen Beitrag leisten und nicht gegenüber
210 Privatpersonen bevorteilt werden. Gewinne z.B. aus der Vermietung von Wohnungen
211 werden regelmäßig in Finanzierungsgesellschaften in Steueroasen verschoben.
212 Unternehmensinterne Darlehen und Zinsgestaltungen umgehen dabei die gültige
213 Zinsschranke. Wir möchten dieses unfaire Steuerumgehung - wie es andere EU-
214 Länder bereits gemacht haben - im Immobilienbereich beenden, beispielsweise
215 durch eine zielgenaue Antifragmentierungsregel bei der Zinsschranke oder eine
216 geeignete Zinshöhenschranke.

217 „Share Deals“ beeinträchtigen auch die Landwirtschaft, so dass
218 außerlandwirtschaftliche Großinvestor*innen die Bodenpreise verteuern und so den
219 Landwirt*innen den Zugang zu Agrarland erschweren.

220 Steuerfreiheit von Gewinnen aus Immobilienverkäufen beenden

221 Aktuell sind Gewinne aus Immobilienverkäufen nach einer sogenannten
222 Spekulationsfrist von zehn Jahren steuerfrei. Diese Regelung wird oft von
223 Investoren genutzt, um auf steigende Immobilienpreise zu spekulieren und
224 anschließend steuerfreie Gewinne zu erzielen. Gleichzeitig führt diese Praxis zu

225 erheblichen Steuermindereinnahmen. Schätzungsweise stünden der Gesellschaft ohne
226 diese Steuerprivilegien perspektivisch bis zu 6 Milliarden Euro im Jahr mehr für
227 das Gemeinwohl zur Verfügung.

228 Wir fordern die Abschaffung dieser Spekulationsfrist für nicht zu eigenen
229 Wohnzwecken gehaltene Immobilien. Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien sollten
230 wie andere Kapitalerträge besteuert werden – die Ausnahmen für selbst bewohnte
231 Immobilien wollen wir beibehalten. Dies schafft eine Gleichbehandlung
232 unterschiedlicher Vermögensarten, mindert spekulative Tendenzen auf dem
233 Immobilienmarkt und damit auch die Preisentwicklung – und schont gleichzeitig
234 das Ziel, eine eigene Wohnung haben zu können. Österreich hatte früher eine
235 ähnlich spekulationsfördernde Steuerbefreiung und hat diese im Jahr 2012
236 abgeschafft, um für mehr Fairness zu sorgen.

237 Während Gewinne aus Aktien und anderen Kapitalanlagen regulär besteuert werden,
238 sind Gewinne aus dem Handel mit Kryptowerten nach einem Jahr steuerfrei. Das ist
239 steuerrechtlich unsystematisch. Diese Ausnahme verschärft zudem die
240 Ungleichbehandlung zwischen Kapital- und Erwerbseinkommen, weswegen wir diese
241 Ausnahme abschaffen wollen.

242 3. Organisierte Steuerhinterziehung wie Cum-Cum und Umsatzsteuerkarusselle
243 entschieden bekämpfen

244 Durch Steuerhinterziehung verliert der Staat jährlich schätzungsweise 100 Mrd.
245 Euro an Einnahmen. Im Vergleich: Der geschätzte Betrug beim Bürgergeld, über den
246 derzeit so viel geredet wird, lag 2024 gerade einmal bei ca. einem Promille der
247 Steuerhinterziehung, bei ca. 0,1 Mrd. Euro. Oder eine andere Einordnung: 100
248 Mrd. Euro sind mehr als ein Zehntel der gesamten Steuereinnahmen von Bund,
249 Ländern und Kommunen zusammen. Es geht also bei der Steuerhinterziehung um einen
250 extrem großen Betrag, der bei Finanzierungslücken bei Kitas, Bildung oder
251 Sicherheit wirklich helfen würde, wenn dem Thema endlich die Ernsthaftigkeit
252 beigemessen würde, die es hat.

253 Auf die „dicken Fische“ fokussieren

254 Wir möchten effektiv gegen die große, organisierte Steuerhinterziehung, und den
255 Fokus auf die „dicken Fische“ legen. Steuerskandale wie „Cum-Ex“ und „Cum-Cum“
256 haben den Staat in der Vergangenheit um zig Milliarden Euro an Steuereinnahmen
257 gebracht. Allein durch „Cum-Cum“-Geschäfte beläuft sich der Schaden in
258 Deutschland auf geschätzte 28,5 Mrd. Euro, von denen bis heute erst ein
259 minimaler Anteil zurückgefordert werden konnte. Bei Cum-Cum lassen sich
260 Finanzakteure die Differenz zwischen Körperschaftsteuer (15%) und
261 Kapitalertragsteuer (25%) durch grenzüberschreitende Gestaltung
262 fälschlicherweise erstatten. Ausländische Anleger geben ihre Aktien kurz vor dem
263 Dividendenstichtag an eine deutsche Bank, die die Dividende erhält und sich die
264 Steuerdifferenz erstatten lässt, was dem ausländischen Anleger nicht zustünde.
265 Danach teilen sich der ausländische Anleger und die deutsche Bank die
266 Steuererstattung. Durch internationalen Umsatzsteuerbetrug entsteht allein in
267 Deutschland ein jährlicher Steuerschaden von rund 12 Mrd. Euro. Hierbei werden,
268 häufig nur auf dem Papier, Waren zwischen mehreren EU-Mitgliedsstaaten hin- und
269 herbewegt, verbunden mit dem Ziel, Umsatzsteuer mehrfach erstattet zu bekommen,
270 obwohl sie vorher maximal einmal bezahlt wurde (Umsatzsteuerkarusselle). Diese
271 Praktiken untergraben das Vertrauen in das Steuersystem und gefährden die

272 Finanzierung wichtiger öffentlicher Aufgaben. Steuerhinterziehung ist kein
273 Kavaliersdelikt, sondern in diesen Konstrukten ein krimineller Angriff auf den
274 Rechtsstaat und das Gemeinwohl.

275 Wenn die Steuergestaltungsmodelle, die Reiche privilegieren und Ungleichheit
276 fördern, abgeschafft werden und eine proportionale Verfolgung von
277 Steuerhinterziehung, wie z.B. Schwarzarbeit, konsequent umgesetzt wird, kann es
278 mehr Steuergerechtigkeit und Akzeptanz in den Staat geben.

279 Kompetenzen zur Aufdeckung und Ahndung stärken

280 Im Bundestag arbeiten wir bereits daran, die Bekämpfung von Finanzkriminalität
281 zu verbessern. Dazu gehört sowohl Kompetenzen beispielsweise zur besseren
282 Aufdeckung und Ahndung der organisierten, grenzüberschreitenden
283 Steuerhinterziehung zu bündeln, als auch die nötigen Instrumente zu schaffen, um
284 die Verschleierung von Vermögen zu unterbinden. Wir bekräftigen unsere bereits
285 mehrfach im Bundestag eingebrachte Aufforderung an das Bundesministerium der
286 Finanzen, nächstmöglich von seiner Rechts- und Fachaufsicht über das
287 Bundeszentralamt für Steuern Gebrauch zu machen, um die ihm unterstellten
288 Bundesbetriebsprüfer*innen anzuweisen, Finanzinstitute im Hinblick auf Fälle
289 schwerer Steuerhinterziehung wie Cum-Cum mit höchster Priorität zu prüfen.

290 Weitere Maßnahmen sind nötig. Wir fordern eine konsequente Verfolgung dieser
291 illegalen Machenschaften und den Ausbau spezialisierter
292 Schwerpunktstaatsanwaltschaften, um solche Fälle effizienter zu verfolgen.
293 Darüber hinaus müssen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen verschärfen, um
294 sicherzustellen, dass bei sehr hohen Anrechnungs- und Erstattungsbeträgen von
295 Anfang an eine genaue Prüfung erfolgt, und Ermittlungen auch ohne Anhaltspunkte
296 für eine konkrete Straftat erfolgen können – beispielsweise gestützt durch neue
297 technische Möglichkeiten von künstlicher Intelligenz.

298 Steuerliche Gesetzeslücken schließen

299 Es ist derzeit nicht auszuschließen, dass weiterhin mit „Cum-Cum“-ähnlichen
300 Nachfolgemodellen Steuerbetrug betrieben wird. Ein Grund hierfür ist die
301 weiterhin bestehende unterschiedliche Besteuerung bei beschränkter Steuerpflicht
302 von Dividenden einerseits und Veräußerungsgewinnen und Wertpapierleihgebühren
303 andererseits, also den Begleitgeschäften von „Cum-Cum“, und der sich hieraus
304 ergebenden Steuerarbitrage. Durch eine mögliche Ergänzung der beschränkten
305 Steuerpflicht um Wertpapierleihgebühren und Gewinne aus der Veräußerung von
306 Anteilen an Kapitalgesellschaften könnten alle gängigen Modelle erfasst und
307 somit Steuerbetrug durch derartige Konstrukte ausgeschlossen werden. Diese
308 Gesetzesänderung sollte baldmöglichst geprüft werden, unter einer Kosten-Nutzen-
309 Analyse inklusive möglicher unintendierter Nebeneffekte, damit nicht weitere
310 „Cum-Cum“-ähnliche Geschäfte möglich bleiben und gleichzeitig keine neuen,
311 europäischen Markthemmnisse aufgebaut werden. Auch weitere gesetzliche
312 Regelungen wie Straftatbestände erachten wir als notwendig, überdacht zu werden.

Beschluss (vorläufig) Keine Erstattung homöopathischer Leistungen durch gesetzliche Krankenkassen – für eine evidenzbasierte Gesundheitspolitik!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 28.11.2025
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konsequent evidenzbasierte Ausrichtung der gesetzlichen Krankenversicherung ein. Leistungen der Solidargemeinschaft sollen sich am nachweisbaren medizinischen Nutzen orientieren und dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung gerecht, effizient und zukunftsfest zu gestalten.

Daher fordern wir:

1. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen homöopathische und anthroposophische Behandlungen und Präparate künftig nicht mehr erstatten. Die Solidargemeinschaft soll nicht für Therapien aufkommen, deren Wirksamkeit über den Placeboeffekt hinaus wissenschaftlich nicht belegt ist. Die durch Kostenerstattung suggerierte Wirksamkeit von homöopathischen und anthroposophischen Mitteln und Irreführung von Patient:innen muss beendet werden.
2. Eine klare Trennung zwischen Homöopathie und Phytotherapie. Während für pflanzliche Arzneimittel vielfach Evidenz für die Wirksamkeit vorliegt, fehlt diese für homöopathische und anthroposophische Präparate weitgehend. Der bislang geltende Binnenkonsens muss überarbeitet werden.
3. Die freiwerdenden Ressourcen gezielt in folgende Bereiche zu investieren:
 - Wissenschaftsbasierte Gesundheitsförderung, die nachweislich zur Verbesserung der Gesundheit der Gesellschaft beiträgt
 - Bedarfsorientierte und evidenzgeleitete Versorgungssteuerung, um Über-, Unter- und Fehlversorgung zu vermeiden
 - Stärkung der Gesundheitsberufe, die angesichts von Fachkräftemangel und wachsender Aufgaben erheblich unter Druck stehen
 - Förderung von Präventionsansätzen, die den Zusammenhang zwischen Umwelt, Klima und Gesundheit berücksichtigen und gezielt entsprechende Schutzmaßnahmen ermöglichen

Unser Ziel ist es, die Mittel der gesetzlichen Krankenversicherung so einzusetzen, dass sie den größtmöglichen gesundheitlichen Nutzen für alle Versicherten bringen. Gleichzeitig respektieren wir die Patient*innenautonomie: Wer alternative Methoden wie Homöopathie und Anthroposophie nutzen möchte, kann dies weiterhin privat tun. Die Mittel der GKVen jedoch müssen evidenzbasiert und solidarisch verwendet werden.

Beschluss (vorläufig) Digitale Souveränität stärken: Unsere Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie schützen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2025
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

1 Europa und Deutschland befinden sich in einer Zeit tiefgreifender geopolitischer
2 und technologischer Umbrüche. Digitale Technologien sind längst zu einem
3 zentralen Machtfaktor in der globalen Ordnung geworden. Wer sie kontrolliert,
4 bestimmt zunehmend auch über wirtschaftliche Stärke, politische
5 Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Resilienz. Während autoritäre Staaten
6 technologische Kontrolle gezielt ausbauen, geraten Demokratien unter Druck, ihre
7 digitale Unabhängigkeit zu sichern. US-Präsident Donald Trump versucht
8 europäische Digitalgesetze als Hebel in den Zoll- und Handelsverhandlungen zu
9 nutzen, um mühsam erkämpfte europäische Standards gezielt zu schwächen und den
10 Einfluss US-amerikanischer Konzerne zu sichern. Auch China drängt mit staatlich
11 gestützten Tech-Konzernen auf europäische Märkte. Große Abhängigkeiten von
12 einzelnen Anbietern bleiben ein großes Problem, wenn es darum geht,
13 Eigenständigkeit zu wahren. Europas und Deutschlands Antwort auf diese
14 Herausforderungen kann nur darin bestehen, diese Abhängigkeiten zu erkennen, sie
15 zu reduzieren, offene, transparente und sichere Infrastrukturen zu fördern,
16 eigene technologische Fähigkeiten auszubauen und eine größere digitale
17 Souveränität als Leitlinie einer wertebasierten Außen-, Wirtschafts- und
18 Digitalpolitik zu begreifen. Selbstbestimmt agiert nur, wer darüber entscheiden
19 kann, wie digitale Infrastrukturen, Online-Plattformen und Daten
20 ineinandergreifen und nach welchen Regeln sie funktionieren. Dafür braucht es
21 Wahlfreiheit über digitale Dienste, die interoperabel ausgestaltet und modular
22 kombinierbar sind.

23 Auch und gerade im Bereich der inneren Sicherheit zeigt sich ein
24 besorgniserregender Trend: Noch immer sind – trotz jahrelanger Diskussionen und
25 Warnungen – sehr relevante Teile unserer digitalen Infrastrukturen im
26 Sicherheitsbereich, auf Servern und in Cloud-Lösungen, bei denen der Zugriff
27 durch entsprechende rechtliche Regelungen nicht ausgeschlossen ist. Statt diese
28 Abhängigkeiten und Risiken schnellstmöglich zu reduzieren und für angemessene
29 Schutzstandards zu sorgen, versuchen Teile der aktuellen Bundesregierung
30 weitere, extrem risikoreiche Abhängigkeiten und Gefahren zu schaffen. Gerade hat
31 die Bundeswehr einen neuen Vertrag mit Google über die Nutzung der Cloud
32 geschlossen. Die schwarz-rote Bundesregierung prüft derzeit den Einsatz der
33 Analysesoftware des US-Unternehmens Palantir auch in Bundesbehörden, obwohl der
34 Deutsche Bundestag dies ablehnt und die Innenministerkonferenz vor neuen
35 Abhängigkeiten und Gefahren warnt.

36 Bereits in der vergangenen Wahlperiode haben wir Grünen uns dafür eingesetzt,
37 grundrechtskonforme automatisierten Analysetools für die Polizei entwickeln zu
38 lassen und dabei auf europäische Anbieter zurückzugreifen. Ihr Einsatz benötigt
39 eine klare Rechtsgrundlage und effektive demokratische Kontrolle. Palantir wird
40 diesem Anspruch nicht im Ansatz gerecht. Deshalb lehnen wir den Einsatz solcher

41 Analysesoftware der Firma Palantir grundsätzlich ab. Wir wollen KI-gestützte
42 Analyseinstrumente nur dann nutzbar machen, wenn sie rechtsstaatlich klar
43 begrenzt, datenschutzkonform gestaltet und jederzeit nachvollziehbar sind – mit
44 transparenter Prüfung, Zweckbindung und voller Datenhoheit der Behörden.

45 Für digitale Souveränität müssen wir eigene europäische Lösungen aufbauen,
46 leistungsfähige Konsortien fördern und als Staat verlässlich als Ankerkunde
47 auftreten. Dass wir strategisch den Anschluss auch auf unserem eigenen Markt
48 verpassen, zeigt die Entscheidung Europas größten Softwarekonzerns SAP mit dem
49 KI-Anbieter OpenAI zu kooperieren, um künftig Verwaltungen, Schulen und
50 Universitäten sowie andere öffentliche Einrichtungen in Deutschland mit
51 Anwendungen der Künstlichen Intelligenz zu versorgen. Solche Kooperationen
52 verschärfen nicht nur weitere Abhängigkeiten, sondern bedeuten auch die
53 Verlagerung eines nicht unerheblichen Teils der Wertschöpfung sowie des
54 Cashflows und verschaffen den US-Giganten möglicherweise einen unentgeltlichen
55 Zugang zu weiteren wertvollen Datensätzen. Statt sich weiter von den großen
56 Foundationmodellen abhängig zu machen, sollte auch der zielgenaue Einsatz
57 kleinerer Modelle erwogen werden.

58 Die digitale Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern ist längst
59 systemrelevant. Ob Cloud-Dienste, Betriebssysteme, KI-Anwendungen oder
60 sicherheitskritische Hardware, zentrale technologische Infrastrukturen stammen
61 überwiegend aus den USA oder China. Sowohl Wirtschaft, Verwaltung und
62 Bürger*innen haben nur noch begrenzte Wahlfreiheit über Hardware, Software und
63 Plattformen; oftmals geben marktdominante Akteure vor, wie wir digital agieren
64 können, und wie unsere Daten verarbeitet werden.

65 Die Umsetzung der Europäischen Digitalgesetze wie DSA, KI-VO, DSGVO, Data Act
66 und DMA muss nun zügig und einheitlich erfolgen. Dazu braucht es eine zügige und
67 konsequente Umsetzung mit einer schlanken und klaren Aufsichtsstruktur. Durch
68 die Bündelung zentraler Zuständigkeiten in einer gut ausgestatteten
69 Digitalagentur als „One-Stop-Agency“ für Bürger*innen, Wirtschaft und Verwaltung
70 kann die Durchsetzung des europäischen Regelungsrahmens effizient und
71 transparent gewährleistet werden und so fairen Wettbewerb, den Schutz der
72 Verbraucher*innen und Grundrechte sicherstellen. Deutschland und Europa müssen
73 deshalb strategisch umsteuern und eigene technologische Kapazitäten aufbauen.

74 Ein wichtiger Schritt sind Investitionen in freie, offene und vertrauenswürdige
75 Technologien, vor allem durch die öffentliche Hand als Kundin. Sie ist dem
76 Gemeinwohl, der Verhältnismäßigkeit ihrer Ausgaben, dem verantwortlichen Umgang
77 mit Ressourcen und einer langfristigen Servicesicherheit verpflichtet. Mit
78 sogenannter Free and Open Source Software wird Wechselfähigkeit, Nähe zum
79 Anbieter zwecks Weiterentwicklung und Wartung im Ernstfall leicht möglich sein.

80 Mit der Aufnahme der IT-Sicherheit in das 500 Mrd. Euro-Sondervermögen haben wir
81 die Grundlage geschaffen, um Abhängigkeiten deutlich zu reduzieren und zukünftig
82 verstärkt auf Eigenentwicklungen zurückgreifen zu können. Mit der Sovereign Tech
83 Agency und dem Zentrum für Digitale Souveränität wurden in der vergangenen
84 Wahlperiode wichtige Grundlagen geschaffen. Nun braucht es langfristige Förder-,
85 Beschaffungs- und Investitionsstrategien, die Open Source, europäische Anbieter
86 und faire Wettbewerbsbedingungen auf digitalen Märkten gezielt stärkt.

87 Gerade der digitalaffine deutsche Mittelstand kann von offenen, interoperablen
88 und souveränen Technologien profitieren: Sie senken Abhängigkeiten von globalen

89 Konzernen, ermöglichen eigene Software- und Servicelösungen und schaffen neue
90 Märkte für nachhaltige und sichere IT-Produkte "Made in Germany".

91 Unsere digitale Infrastruktur muss so gestaltet sein, dass sie vor
92 Machtmissbrauch geschützt ist. Digitalisierung muss unserer Demokratie und
93 Menschenrechten dienen und nicht eine Gefahr für sie sein. Beste Daten- und
94 Grundrechtsschutz-Standards, Verschlüsselung und Dezentralität sind kein
95 Selbstzweck, sondern Schutz vor Überwachung, Diskriminierung und
96 Machtkonzentration. Dafür setzen wir uns im Sinne einer aktiven Digitalen
97 Außenpolitik, zum Beispiel im Rahmen von UN-Prozessen, Standardisierungsgremien
98 und multilateralen Foren, ein. Diese Standards sind zugleich Motor für
99 vertrauensbasierte und transparent Innovation und somit ein Wettbewerbsvorteil
100 auf dem Markt für Verbraucher*innen und Unternehmen, die Klarheit über ihre
101 Rechte und ihre Daten wollen. Eine digitale Infrastruktur, die auf Offenheit
102 sowie Kontrolle durch Parlamente und Öffentlichkeit setzt, ist die beste
103 Versicherung gegen antidemokratische Versuchungen. Digitalisierung muss
104 demokratisch kontrolliert, resistent gegenüber autoritärem Zugriff und
105 faschismussicher sein!

106 Als Grüne machen wir seit langem auf den Mehrwert von besten IT-
107 Sicherheitsstandards und Openness-Modellen, die Verbraucher*innen-Recht stärken
108 und zentral für Vertrauen in digitale Anwendungen sind, aufmerksam. Schleswig-
109 Holstein hat sich unter grüner Regierungsbeteiligung dafür entschieden,
110 Souveränität mit Open Source zu realisieren und versteht die Schaffung von
111 digitaler Souveränität durch Open Source Lösungen auch als Industriepolitik für
112 die Digitalwirtschaft. Das Land fördert heimische IT-Unternehmen, stärkt damit
113 den Standort für Fachkräfte und setzt darauf, dass entsprechende Lösungen,
114 beispielsweise durch den Wegfall von teils horrenden Lizenzkosten längerfristig
115 sogar günstiger als die Lösungen proprietärer Anbieter sind. Von solchen Best-
116 Practice-Beispielen können sowohl Bund als auch andere Länder lernen. Deshalb
117 sollte ein strukturierter Austausch über erfolgreiche Modelle digitaler
118 Souveränität etabliert werden, auch gemeinsam mit europäischen Staaten, die auf
119 diesem Weg bereits weiter sind.

120 Europa und Deutschland brauchen jetzt eine strategische Neuausrichtung ihrer
121 Digitalpolitik. Statt jedes Jahr hunderte Millionen Euro in Lizenzgebühren an
122 US-Konzerne zu zahlen, müssen öffentliche Mittel gezielt in deutsche und
123 europäische Alternativen fließen. Langjährige Lizenzbindungen und geschlossene
124 Systeme haben zu digitalen Pfadabhängigkeiten geführt, die neue Abhängigkeiten
125 fortschreiben. Wer technologische Souveränität will, muss diese Lock-in-Effekte
126 gezielt aufbrechen und den Umstieg auf offene Standards gezielt politisch
127 forcieren. Nur durch Investitionen in offene, sichere und transparente
128 Technologien kann Europa seine digitale Handlungsfähigkeit sichern. Auf
129 europäischer Ebene ist eine wichtige Perspektive die EuroStack-Initiative, mit
130 der europäische Akteur*innen gemeinsam an einer souveränen digitalen
131 Infrastruktur arbeiten. Ziel ist es, offene und interoperable Technologien zu
132 entwickeln, die zentrale staatliche und wirtschaftliche Anwendungen unabhängig
133 von außereuropäischen Plattformen ermöglichen. Deutschland sollte die Initiative
134 aktiv unterstützen und sich dafür einsetzen, dass sie zu einem strategischen
135 Kernprojekt europäischer Digitalpolitik ausgebaut wird.

136 Digitale Souveränität ist mehr als Technologiepolitik. Sie ist eine Investition
137 in die Menschen, die Europas digitale Zukunft gestalten. Wenn wir Innovation mit

138 Gemeinwohl, Transparenz und Nachhaltigkeit verbinden, schaffen wir nicht nur
139 neue Arbeitsplätze, sondern auch Vertrauen in den digitalen Wandel. Wir wollen
140 Talente fördern, die digitale Freiheit, Verantwortung und Demokratie zusammen
141 denken. Dafür braucht es eine gezielte europäische Förderstrategie für Open-
142 Source-Unternehmen, Start-ups und kleine sowie mittlere Betriebe, die faire
143 Rahmenbedingungen und Planungssicherheit schafft. Durch Investitionen in
144 Ausbildung, Fachkräfteentwicklung und Forschung können wir Talente in Europa
145 halten und neue Fachkräfte gewinnen, die unsere Werte und unseren
146 Gestaltungsanspruch teilen.

147 Wir Grüne wollen ein digitales Ökosystem, das demokratisch, nachhaltig und offen
148 gestaltet ist, die Resilienz unserer Gesellschaft stärkt und digitale Teilhabe
149 unabhängig vom Einkommen und sozialem Status ermöglicht. Im Mittelpunkt stehen
150 sechs Handlungsfelder, in denen politisches Handeln jetzt besonders gefragt ist.

151 1. Europäische digitale Infrastruktur ausbauen

152 Deutschland muss die bereits ressortübergreifend vereinbarten Absprachen zur
153 Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas, etwa in der
154 Nationalen Sicherheitsstrategie, endlich mit politischem Leben füllen und
155 konsequent umsetzen. Europäische Initiativen wie die EuroStack-Initiative sollen
156 aktiv vorangetrieben und eine souveräne, offene und interoperable Cloud- und
157 Dateninfrastruktur in Europa gestärkt werden. Dazu braucht es klare
158 Souveränitätsmaßstäbe in der Beschaffung, insbesondere bei Clouddiensten. Ein
159 Baustein dabei sind gemeinwohlorientierte, offen zugängliche europäische
160 Datenräume für Forschung und KI. Projekte, welche die europäischen
161 Rechenkapazitäten stärken oder eigene LLMs sowie industrielle Foundation-Modelle
162 entwickeln, gilt es besonders zu unterstützen. Ziel ist der Aufbau einer starken
163 europäischen Cloud-, KI- und Halbleiterindustrie, die den europäischen
164 Datenschutz- und Sicherheitsstandards entspricht und rechtswidrige
165 Datenabflüsse, insbesondere ins Ausland effektiv zu unterbinden. So können wir
166 auch für Länder außerhalb Europas eine attraktive Kooperationsmöglichkeit
167 eröffnen. Ansätze aus Deutschland wie der „DeutschlandStack“ müssen europäisch
168 kompatibel ausgestaltet werden.

169 2. Open Source zum Standard machen

170 Deutschland muss das Vergaberecht modernisieren! Bei öffentlichen IT-
171 Beschaffungen müssen offene Standards, offene Schnittstellen und Open-Source-
172 Lösungen Vorrang vor proprietärer Software haben. Bei neu entwickelter Software
173 der öffentlichen Verwaltung soll "Public Money, Public Code" als Leitbild
174 dienen. Souveränität muss in Vergabeverfahren der öffentlichen Hand stärker
175 gewichtet werden. Folgekosten, die sich beim Einsatz von proprietären Lösungen
176 durch den Lock-In-Effekt und mangelnde Wechseloptionen ergeben, müssen in die
177 Wirtschaftlichkeitsbetrachtung aufgenommen werden. Bis 2029 muss ein Open-
178 Source-Anteil von mindestens 70 % bei Vergaben erreicht werden. Hierbei gilt es,
179 diesen Anteil genauer messbar zu machen: Wo proprietäre Lösungen vor allem
180 Lizenzkosten verursachen, gelten für Open-Source-Kosten andere Strukturen. Ziel
181 ist es Lösungen zu priorisieren, die zugleich Leistungsfähigkeit und Offenheit
182 ermöglichen.

183

184 3. Digitale Souveränität in der Bildung und Wissenschaft stärken

185

186 Digitale Souveränität muss auch in Schulen und Hochschulen gewährleistet sein.
187 Heute basieren zentrale Lern-, Kommunikations- und Forschungssysteme oft auf
188 proprietären Plattformen außereuropäischer Konzerne – mit Risiken für
189 Datenschutz, pädagogische und wissenschaftliche Unabhängigkeit sowie
190 langfristige Sicherheit. Wir wollen deshalb, dass Bildungseinrichtungen
191 schrittweise auf europäische, gemeinwohlorientierte und offene Technologien
192 umsteigen, damit Forschung und Lehre nicht von geschlossenen KI- oder Cloud-
193 Systemen abhängig ist. „Public Money, Public Code“ soll auch für öffentlich
194 finanzierte Bildungs- und Forschungssoftware gelten. Digitale Kompetenz,
195 Plattformkritik und ein grundlegendes Verständnis von KI gehören verbindlich in
196 Curricula, damit kommende Generationen souverän und selbstbestimmt mit
197 Technologie umgehen können.

198 4. Kritische digitale Infrastrukturen schützen und europäisch absichern

199 Wir müssen die digitalen Infrastrukturen unseres Landes insgesamt besser
200 schützen. Anhaltende Fälle von Spionage, Sabotage und Cyberangriffen zeigen
201 deutlich, wie gefährdet insbesondere die kritische Infrastruktur Deutschlands
202 ist. Gerade hier gefährden auch Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern
203 die Sicherheit und Handlungsfähigkeit unseres Staates. Die EU verpflichtet mit
204 der NIS-II- und der CER-Richtlinie zu einem umfassenden Schutz dieser zentralen
205 Systeme. Wir fordern eine kohärente Umsetzung beider Vorgaben in einem
206 Dachgesetz sowie den klaren Ausschluss unsicherer Komponenten in sensiblen
207 Bereichen. Auch unser Finanzsystem muss vor neuen digitalen Abhängigkeiten
208 geschützt werden; wir wollen seine Stabilität sichern, den Zugriff von Big Tech
209 auf unsere Daten und Stablecoins begrenzen und zugleich europäische Innovationen
210 stärken.

211 5. Europäische Innovationskraft stärken

212 Gezielte Investitionen in Forschung, Start-ups und mittelständische IT-
213 Unternehmen und bessere Bedingungen für Gründungen fördern den Aufbau
214 unabhängiger Schlüsseltechnologien. Um fairen Wettbewerb zu gewährleisten,
215 braucht es zudem eine europäische Digitalkonzernsteuer, die große Plattformen
216 angemessen am europäischen Gemeinwohl beteiligt. Open Source, faire
217 Wettbewerbsbedingungen und europäische Zusammenarbeit sind die Grundlage für
218 technologische Souveränität. Insbesondere der innovationsstarke Mittelstand
219 profitiert, wenn offene Standards und europäische Technologien
220 Planungssicherheit bieten. So entstehen neue Geschäftsmodelle,
221 Wertschöpfungsketten und Exportchancen für Unternehmen, die auf Sicherheit,
222 Nachhaltigkeit und digitale Eigenständigkeit setzen. Der Staat kann dabei als
223 verlässlicher Ankerkunde auftreten, um europäischen Anbietern Planungssicherheit
224 zu geben und selbst mit gutem Beispiel für souveräne und nachhaltige Beschaffung
225 voranzugehen. Dafür braucht es praxistaugliche Beschaffungsinstrumente wie
226 Direktvergaben bis 50.000€ sowie eine Innovationsklausel für Direktvergaben an
227 Start-Ups. Zudem muss der europäische Rechtsrahmen klarer und leichter
228 navigierbar werden. Eine gebündelte One-Stop-Agency für die nationale Umsetzung
229 europäischer Digitalgesetze sowie eine bessere Harmonisierung schaffen
230 verlässliche Bedingungen für die Digitalwirtschaft, wie es mit dem digitalen
231 Omnibus in Europa angegangen wurde. Unternehmensgründungen sollten europaweit
232 einfacher werden. Eine europäische Rechtsform wie eine "EU Inc." und das Ziel,
233 Start-Up Gründungen innerhalb 24 Stunden zu ermöglichen, stärken europäische
234 Innovationstreiber.

235 6. Nachhaltigkeit als Leitprinzip der Digitalisierung

236 Digitale Souveränität kann nur gelingen, wenn sie ökologisch und sozial
237 verantwortungsvoll gestaltet ist. Digitale Anwendungen können sehr energie- und
238 ressourcenintensiv sein, bieten zugleich aber auch enorme Chancen für
239 Klimaschutz, Ressourceneffizienz und nachhaltiges Wirtschaften. Insbesondere KI
240 gestützte Analysen, Modelle und Anwendungen können Klimaschutzmaßnahmen
241 gezielter und Ressourceneinsatz effizienter gestalten. Diese Potenziale müssen
242 erschlossen werden. Nur eine nachhaltige Digitalisierung ist eine souveräne
243 Digitalisierung. Wenn Europa auf Green IT und Kreislaufwirtschaft setzt,
244 verbindet es technologische Unabhängigkeit mit Klimaschutz und Verantwortung für
245 eine lebenswerte digitale Zukunft.

246 7. Demokratie und Gemeinwohl digital absichern

247 Daten- und Grundrechtsschutz, Verschlüsselung und Transparenz müssen
248 Grundprinzipien staatlicher IT sein. Digitale Souveränität ist nur dann
249 glaubwürdig, wenn sie nicht nur in Sonntagsreden beschworen, sondern auch mit
250 konkretem politischem Leben gefüllt wird. Sie muss Demokratie, Grund- und
251 Menschenrechte sowie dem Gemeinwohl nutzen. Sie bedeutet nicht Abschottung,
252 sondern in einer zunehmend komplexen Welt, die Fähigkeit, technologische
253 Entscheidungen zukünftig unabhängig und wertebasiert zu treffen. Dazu gehört
254 auch, dass wir die Europäischen Gesetze in diesem Bereich effektiver machen und
255 durch transparente Aufsicht - etwa eine öffentliche Compliance-Datenbank für
256 Gatekeeper - stärken, statt sie als Spielball geopolitischer Interessen des
257 Weißen Hauses oder als Zugeständnis an undifferenzierte Deregulierungswünsche
258 nach dem Motto "anything goes" zu schwächen oder gar abzuschaffen. Um die
259 Marktmacht großer Tech-Konzerne wirksam zu begrenzen, müssen Aufsichtsbehörden
260 zudem ausreichend ausgestattet sein, damit sie fairen Wettbewerb durchsetzen
261 können. Der Digitale Gesetzesrahmen der EU muss konsequent, schlank und mit
262 klaren Zuständigkeiten umgesetzt werden. Die zuständigen Behörden und Agenturen
263 müssen die Umsetzung der europäischen Vorgaben aktiv begleiten und gegenüber den
264 Unternehmen transparent erklären. So entsteht ein klarer Rechtsrahmen, der
265 Menschenrechte im Digitalen Raum garantiert und zugleich Investitionssicherheit
266 sowie Freiräume für Innovation bietet.

267 8. Vielfalt statt Plattformdominanz - Kultur- und Medienvielfalt sichern

268 Kreativ- und Medienschaffende sind zunehmend von wenigen globalen Plattformen
269 abhängig, deren intransparente, marktprägende Algorithmen Sichtbarkeit und
270 Einkommen bestimmen. Diese Machtkonzentration gefährdet Vielfalt, faire
271 Vergütung und eine unabhängige Medien- und Kulturlandschaft. Wir setzen uns für
272 algorithmische Transparenz, faire Vergütungsmodelle und nutzerzentrierte
273 Ausschüttungen ein, die besonders kleinere und unabhängige Akteur*innen stärken.
274 Marktbeherrschende Strukturen im digitalen Werbemarkt müssen aufgebrochen
275 werden, damit Einnahmen wieder bei den Inhaltproduzent*innen ankommen.
276 Plattformdominanz entzieht Medienhäusern wesentliche Erlöse und bedroht die
277 demokratische Öffentlichkeit; KI-Empfehlungssysteme verstärken dies. Die EU muss
278 auf Basis des DMA und des Wettbewerbsrechts faire Bedingungen schaffen und
279 Medieninhalte wieder sichtbar machen. Zur Sicherung kultureller und medialer
280 Vielfalt fördern wir offene und unabhängige Alternativen. Europaweit entstehen
281 Plattformen, die ohne Datenprofile, intransparente Algorithmen oder
282 Konzernkontrolle auskommen. Sie sind ein wichtiger Baustein für offene digitale

283 Öffentlichkeiten. Wir wollen ihre Entwicklung politisch stärken und sie selbst
284 nutzen, um Räume für vielfältige Inhalte, demokratischen Austausch und
285 kulturelle Teilhabe zu schaffen.

286

287 Europas digitale Zukunft gehört uns allen und entsteht im Schulterschluss mit
288 anderen Demokratien, die für offene Standards, souveräne Technologien und eine
289 freie digitale Ordnung eintreten. Europa muss jetzt eine Führungsrolle
290 übernehmen - gemeinsam können wir die freie Welt sichern und Demokratie und
291 Freiheit gegenüber autoritären Tech-Modellen verteidigen. Wir haben die Chance,
292 ein digitales Europa zu schaffen, das Freiheit, Innovation und Gerechtigkeit
293 miteinander verbindet. Diese Chance dürfen wir nicht den Techkonzernen
294 überlassen. Europas digitale Zukunft gehört uns allen!

Beschluss (vorläufig) Chatkontrolle dauerhaft verhindern, Verschlüsselung als europäisches Grundrecht!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2025
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

- 1 Wir GRÜNE setzen uns auf europäischer Ebene gemeinsam mit unseren
- 2 Partnerparteien sowie den Grünen-Abgeordneten im Europäischen Parlament und im
- 3 Deutschen Bundestag dafür ein, dass ein Grundrecht auf Verschlüsselung für
- 4 natürliche und juristische Personen in die Charta der Grundrechte der
- 5 Europäischen Union aufgenommen wird. Dafür unterstützen wir einen koordinierten
- 6 europäischen Prozess und die Entwicklung einer gemeinsamen politischen
- 7 Strategie.
- 8 Wir lehnen anlasslose Massenüberwachung wie Vorratsdatenspeicherung oder
- 9 Chatkontrolle ab. Stattdessen setzen wir auf eine zielgerichtete und
- 10 rechtsstaatlich abgesicherte Strafverfolgung und die dafür notwendigen
- 11 Datenzugriffsrechte. Im digitalen Raum setzen wir auf Verfahren, die Grundrechte
- 12 schützen und die technische Sicherheit gewährleisten, etwa ein Quick-Freeze-
- 13 Gesetz sowie weitere gezielte Instrumente wie Login-Fallen.
- 14 Anbieter von Kommunikationsdiensten wie WhatsApp, Signal oder Facebook dürfen
- 15 nicht verpflichtet werden, Inhalte flächendeckend oder automatisiert zu
- 16 durchsuchen. Auch Client Side Scanning lehnen wir ab: Es unterläuft die Ende-zu-
- 17 Ende Verschlüsselung, gefährdet private Kommunikation und schafft
- 18 sicherheitsrelevante Schwachstellen. Die Chatkontrolle bietet keinen wirksamen
- 19 Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Fehleranfällige
- 20 KI-Erkennung, massenhafte Falschmeldungen und Ausweichbewegungen von Täter*innen
- 21 würden Ermittlungen behindern. Zugleich brauchen Kinder und Jugendliche gerade
- 22 heute stärkeren Schutz und sichere, selbstbestimmte digitale Räume.
- 23 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns deshalb für eine zielgerichtete
- 24 Stärkung der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden ein sowie für umfassende
- 25 Präventionsmaßnahmen: digitale Kompetenzen, Unterstützung für Eltern und
- 26 pädagogische Fachkräfte, klare Anlaufstellen und verlässliche Hilfsangebote für
- 27 Betroffene.

Beschluss (vorläufig) Zukunft sichern - ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2025
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

Deutschland und Europa stehen vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen – geopolitisch wie strukturell. Auch in Deutschland hat sich die wirtschaftliche Lage infolge der neuen geopolitischen Lage nach dem Angriffskrieg Putins auf die Ukraine spürbar verschärft - der Zugang zu scheinbar billiger Energie und vielen renditeträchtigen Absatzmärkten ist weggefallen. Jahrzehntelang aufgebaute Abhängigkeiten von Drittstaaten werden nicht kleiner, sondern größer. Wirtschaftliche Verflechtungen werden als Waffe eingesetzt.

Spätestens seit dem Draghi-Bericht ist auch klar: Die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union ist alarmierend. Sie hat viele Ursachen: geringere Investitionen und weniger Dynamik bei innovativen Produkten, mangelnde Anwendung von Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung, Mehrkosten durch Bürokratie, demographischer Wandel und Energiekosten.

Die Folgen für Deutschland: Die Zahl der Regelinsolvenzen und die Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, und die Energiekosten bedürfen trotz eines starken Preisrückgangs bis unterhalb des Niveaus der letzten CDU-geführten Bundesregierung weiterer Entlastungen, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen und für Privathaushalte. Die demographische Entwicklung, der föderalstaat und ausgebliebene Investitionen in die Infrastruktur erschweren die deutschen Rahmenbedingungen.

In dieser Lage ist klar: Unsere Industrie braucht statt ideologischer Debatten Planungssicherheit, Innovationsförderung und -ermöglichung, Fachkräfte und die Senkung von Energie und Lohnnebenkosten und eine Bundesregierung, die Fortschritt nicht blockiert, sondern aktiv ermöglicht.

Die neue Bundesregierung hat Erwartungen geweckt – und enttäuscht. Statt die unter grüner Regierungsbeteiligung begonnenen Strukturreformen entschlossen fortzuführen, hat sie zentrale wirtschaftspolitische Weichenstellungen in Frage gestellt. Statt die ökologische Modernisierung und die notwendigen Reformen zum Nutzen von Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und sozialer Sicherheit weiter auf Kurs zu halten, verliert Deutschland Zeit – mit realen Folgen: steigenden Lohnnebenkosten, überlasteten Sozialsystemen und einem gefährdeten Klimakurs. Während andere Volkswirtschaften gezielt auf Zukunftsbranchen setzen, fehlt der Bundesregierung eine kohärente Innovations- und Industriepolitik, die Wohlstand und Beschäftigung, Klimaneutralität, Transformation und Unabhängigkeit verbindet.

Deutschland steht damit an einem Wendepunkt. Wir brauchen Investitionen statt Symbolpolitik, Verlässlichkeit statt Rollback, Ehrlichkeit statt kurzfristiger Wahlgeschenke – und eine Wirtschaftspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit, Klimaschutz und starke Binnennachfrage miteinander verbindet. Denn eine gestärkte Binnennachfrage ist zentral für wirtschaftliche Stabilität. Wirksame

Maßnahmen gegen steigende Sozialbeiträge, ein gerechtes Steuer- und Transfer-System sowie eine konsequente Abkehr von klimaschädlichen Subventionen sind die Grundpfeiler, die Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenhalt und Klimaschutz verbinden.

Wir Bündnisgrüne wollen eine Politik, die Arbeitsplätze sichert, internationale Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Klimaschutz voranbringt, regionale Gerechtigkeit herstellt und soziale Sicherheit generationengerecht organisiert. Nur so bleibt Deutschland stark – ökologisch, ökonomisch und sozial.

1. Standort Stärken, Abhängigkeiten beenden

Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik großer Koalitionen zu lange auf alte Technologien gesetzt und so die Transformation verschlafen. Die deutschen Hersteller drohen im globalen Wettbewerb zunehmend Marktanteile zu verlieren, insbesondere an neue Wettbewerber aus dem asiatischen Raum. Während in weiten Teilen der Welt die Elektromobilität auf dem Vormarsch ist, diskutiert die Bundesregierung über eine Renaissance des Verbrennungsmotors. Es ist gleichermaßen gefährlich für den Klimaschutz und die Zukunft unseres Industriestandorts, dass Union und SPD die europäische Einigung zum Verbrenner-Aus in Frage stellen und somit Unsicherheit schüren. In der aktuellen Strukturkrise braucht die Branche Planungssicherheit und gezielte Impulse für klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab 2035 in Europa kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch attraktive Anreize, die Attraktivität elektrischer Mobilität zu steigern, Förderung von Innovationen sowie durch strukturpolitische Maßnahmen in den vom Wandel der Automobilindustrie besonders betroffenen Regionen ergänzt werden. Dafür muss die Bundesregierung sorgen. So stärken wir die Position unserer Unternehmen auf den internationalen Märkten.

Wir fordern einen Ausbau der und Zugang zur deutschen und europäischen Ladeinfrastruktur für verlässliches und bezahlbares Laden und die Senkung der Stromsteuer für alle, ein Sonderbeschaffungsprogramm für E-Mobilität in Behörden und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Fördermodelle für Haushalte mit geringem Einkommen (z.B. „Social Leasing“), die an europäische Wertschöpfungsketten gebunden sind, sowie eine auf emissionsfreie, batterieelektrische Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Förderung muss da ankommen, wo sie gebraucht wird. Wir wollen insbesondere Menschen mit geringem Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer, insbesondere auf dem Land, oder zum Pendeln auf das Auto angewiesen ist und weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, zahlt für das Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro Monat.

Die Elektrifizierung der Dienstwagenflotten ist einer der größten kurzfristig realisierbaren CO₂-Hebel im Verkehrssektor und zugleich sozialpolitisch sinnvoll. Ein aufkommensneutrales Bonus-Malus-System aus steuerlichen Maßnahmen kann dabei sicherstellen, dass Fahrzeuge mit hohem CO₂-Ausstoß stärker belastet und vollelektrische Fahrzeuge steuerlich entlastet werden. Diese Maßnahme trägt zur Erreichung der nationalen Minderungsziele im Verkehrssektor bei und kann zugleich Preissteigerungen durch den ETS 2 abmildern.

Gleichzeitig braucht es eine europäische Strategie für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Der Bericht von Mario Draghi hat deutlich gemacht, dass Europas Stärke nur in einem vollendeten Binnenmarkt für Innovation, Energie und Kapital liegen kann. Deutschland muss sich klar zur europäischen Industriepolitik

88 bekennen und gemeinsam mit seinen Partnern die Rahmenbedingungen für
89 Investitionen in Europa stärken.

90 Deutschland braucht Investitionen, deshalb haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das
91 Sondervermögen Infrastruktur ermöglicht. Es darf aber nicht zur
92 Haushaltskosmetik missbraucht werden, sondern muss ein strategisches Instrument
93 für echten Fortschritt sein.

94 Wir fordern: eine klare Zweckbindung – ausschließlich für zusätzliche
95 Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Bildung und
96 Energiewende. Investitionen in diesen Bereichen sind keine Belastung der
97 Haushalte, sondern die Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Eine
98 verlässliche, vorausschauende Investitionspolitik ist der Schlüssel, um
99 Deutschlands industrielle Stärke zu sichern, regionale Ungleichheiten abzubauen
100 und die ökologische Modernisierung voranzubringen.

101 Deutschland braucht eine verlässliche, bezahlbare und zukunftsfähige - also
102 klimaneutrale - Energieversorgung. Statt fossile Geschäftsmodelle zu schützen,
103 machen wir günstigen grünen Strom durch smarte Netze, Speichertechnologien,
104 digitale Messsysteme, Wasserstoff und lokale Nutzung zur Grundlage für
105 industrielle Erneuerung, Versorgungssicherheit und Teilhabe. Die geplante
106 Ausweitung der Gaskraftwerkskapazitäten auf bis zu 20 GW dagegen übersteigt den
107 realen Bedarf bei weitem. Anstatt flexible und erneuerbare Lösungen zu fördern,
108 wird mit dieser Politik von Bundeswirtschaftsministerin Reiche der Einstieg in
109 eine neue Abhängigkeit von fossilem Gas zementiert.

110 Der von der Bundesregierung geplante überdimensionierte Turbozubaubau neuer
111 zentraler Gaskraftwerke ist Teil einer Politik zum Schutz fossiler Interessen
112 und Geschäftsmodelle, alles zum Nachteil unserer Städte und Dörfer gerade in den
113 ländlichen Regionen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Städte und Gemeinden in
114 allen Bundesländern rechtssicher an der Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien
115 teilhaben. Die Kommunen sollen auch bei der Stromerzeugung aus Wind- oder
116 Solarenergie außerhalb des EEG eine Ertragsbeteiligung von 0,2 Cent pro
117 Kilowattstunde erhalten.

118 Doch die Zukunft ist elektrisch, erneuerbar und dezentral. Wir wollen die
119 Dynamik des Ausbaus von Sonne, Wind und Speichern erhalten, denn wir glauben an
120 industrielle Erneuerung, Zukunft mit KI, Digitalisierung und klimaneutrale
121 Wertschöpfung made in Germany. Deshalb fordern wir: Ausbauziele bei
122 Gaskraftwerken am tatsächlichen Bedarf ausrichten und die bereits mit der EU
123 geeinten 5 GW Gas-Sprinterkraftwerke schnell errichten, Innovation und
124 Flexibilität in den Mittelpunkt stellen und so Vorrang für kostengünstige,
125 saubere Alternativen wie naturverträgliche Biomasse, Batteriespeicher und
126 Lastmanagement schaffen. So gewährleisten wir Versorgungssicherheit ohne teure
127 fossile Risiken und Abhängigkeit von Drittstaaten, oft Autokratien.

128 Gleichzeitig will die neue Bundesregierung die Investitionsanreize für Wind- und
129 Solarprojekte deutlich abschwächen. Durch das absichtliche Bremsen der
130 Energiewende verunsichert die Wirtschaftsministerin Investor*innen und gefährdet
131 Versorgungssicherheit, Resilienz und Zukunftsfähigkeit.

132 Wir fordern: ein Marktdesign, das Investitionen stärkt, dezentrale erneuerbare
133 Energieerzeugung erleichtert und die Dynamik des Ausbaus auf den eingeschlagenen
134 Kurs hält – so bleibt Deutschland bei den Zukunftstechnologien wettbewerbsfähig.

135 Die Abschaffung der Gasspeicherumlage entlastet vor allem fossile Energien,
136 während die von Merz und Klingbeil im Koalitionsvertrag zugesagte Senkung der
137 Stromsteuer für Haushalte und Mittelstand ausfällt. Das verteuert die
138 Elektrifizierung – das Herzstück der klimaneutralen Wirtschaft.

139 Wir fordern: eine sofortige Senkung der Stromsteuer für alle, damit E-Autos,
140 Wärmepumpen und moderne Industrieprozesse günstiger werden und unsere
141 Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird.

142 Mit den Anträgen “Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit”
143 und “Energiewende 2.0: Nutzen statt Abwürgen” buchstabieren wir diese Konzepte
144 aus.

145 Unsere Wirtschaft ist aber auch auf Rohstoffe angewiesen, die im Ausland
146 gefördert und verarbeitet werden. Diese Abhängigkeit birgt erhebliche Risiken
147 auf geopolitischer und wirtschaftlicher Ebene. Um unsere Rohstoffsoveränität zu
148 stärken, müssen mehr deutsche und europäische Rohstoffprojekte auf den Weg
149 gebracht und globale Rohstoffpartnerschaften vorangetrieben werden. Außerdem
150 stärken, ist der Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe dringend notwendig.
151 Kreislaufwirtschaft bedeutet mehr als Recycling – sie umfasst die Verlängerung
152 der Produktlebensdauer, die Förderung von Reparatur und Wiederverwendung, die
153 Reduktion von Schadstoffen sowie nachhaltige Produktgestaltung von Anfang an.
154 Wir fordern: gezielte Investitionen in Forschung, Förderprogramme und
155 Praxisinitiativen für Kreislaufwirtschaft, um Rohstoffsoveränität, Klimaschutz
156 und Innovationskraft zu verbinden.

157 Statt einem Aufbruch in die klimaneutrale Wirtschaft der Zukunft setzt die
158 Bundesregierung zur Rolle rückwärts an. Die Wiedereinführung der
159 Agrardieselsubvention durch CDU, CSU und SPD beispielsweise ist ein Rückschritt
160 in der Klima- und Landwirtschaftspolitik. Wir wissen um die schwierige Lage
161 vieler Betriebe, doch gerade deshalb brauchen sie verlässliche Perspektiven
162 statt Subventionen, die öffentliche Mittel binden, die wir für einen
163 ökologischen Umbau der Landwirtschaft und damit für die Verbesserung der
164 Wertschöpfung in den ländlichen Regionen besser einsetzen sollten.

165 Fossile Subventionen blockieren die notwendige Transformation und sind mit
166 Klimaschutz nicht vereinbar. Deutschland ist weiterhin einer der größten
167 Subventionierer fossiler Energien in der EU; das schadet Klimazielen und bindet
168 Milliarden, die für den ökologischen Umbau gebraucht werden. Wir wollen
169 insbesondere klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen. Dabei achten wir
170 auf eine sozialverträgliche, verlässliche Umsetzung und Planungssicherheit. Die
171 Mittel wollen wir in Klimaschutz, soziale Entlastung und Investitionen in die
172 Zukunft umschichten.

173 2. Sozial, gerecht und sicher

174 Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen verlässlich, gerecht und
175 generationenfest sein. Um dies heute und in Zukunft zu gewährleisten, müssen sie
176 reformiert werden. Auch um effizienter zu werden und so Kostensteigerungen
177 abzubremesen. Wirksame Maßnahmen gegen steigende Sozialbeiträge sind auch ein
178 Standortfaktor: Kalkulierbare Lohnnebenkosten stärken Investitionssicherheit und
179 Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Dabei ist für uns klar: Reformen
180 dürfen nicht auf Kosten der Schwächsten gehen. Sozialreformen ja, Sozialabbau
181 nein. Unsere Gesellschaft braucht ein funktionierendes soziales Netz, das

182 Sicherheit gibt, Chancen eröffnet und auf Solidarität setzt – und ein grünes
183 Aufstiegsversprechen, das jungen Menschen ermöglicht, ihre Zukunft
184 selbstbestimmt und unabhängig von Herkunft oder Wohnort zu gestalten.

185 Nie zuvor haben die Beitragszahler*innen einen so hohen Teil ihres Einkommens
186 für die Gesundheit- und Pflegeversorgung aufgebracht - und leiden trotzdem unter
187 immer längeren Wartezeiten und Terminengpässen. Während Pflegekräfte und
188 Ärzt*innen teils am Rande der Belastungsgrenze Übermenschliches leisten, liegt
189 die Lebenserwartung in Deutschland inzwischen unter westeuropäischem
190 Durchschnitt. Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist so teuer, weil zu viel
191 Geld in ineffizienten Strukturen versickert und an falschen Stellen Ausgaben
192 ungebremst steigen. Gleichzeitig bleibt die Finanzierung zwischen gesetzlicher
193 und privater Versicherung gespalten – das ist weder gerecht noch effizient.

194 Wir fordern deshalb ein Maßnahmenpaket, das die Ausgabenentwicklung im Bereich
195 von Gesundheit und Pflege bremst, die Versorgung verbessert und Beiträge
196 stabilisiert. Dazu gehört im Bereich der Gesundheitsversorgung:

- 197 • Die Kosten und Nutzen neuer, innovativer Arzneimittel in ein ausgewogenes
198 Verhältnis zu setzen und weitere Preisexplosionen zu verhindern;
- 199 • Die Krankenhausreform konsequent umzusetzen, um bei besserer Qualität
200 Kosten zu sparen;
- 201 • Die beschlussreife Reform des Notfall- und Rettungsdienstes unverzüglich
202 auf den Weg zu bringen, um Patientinnen und Patienten frühzeitig in die
203 medizinisch richtige Versorgungsebene zu leiten und außerdem Hausärzte in
204 der Regel als verbindliche erste Anlaufstelle im Gesundheitssystem zu
205 verankern, sowie teure Über- und Fehlversorgung zurückzudrängen;
- 206 • Ein dynamisierter Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen zur
207 Stabilisierung der gesetzlichen Krankenkassen.

208 Im Bereich der Pflege fordern wir die die Stärkung der pflegefachlichen
209 Indikationsstellung und Verordnung sowie die Stärkung der tagespflegerischen
210 Versorgung, sowie die Pflege durch Zugehörige attraktiver machen, statt der
211 pauschalen Streichung von Leistungen oder Abschaffung von Pflegegraden.

212 Zudem muss die derzeitige Schieflage im Zwei-Klassen-System korrigiert werden.
213 Dafür sollen schrittweise auch die Privaten Krankenversicherungen in einen
214 fairen Lasten- und Risikoausgleich einbezogen und die Bundeszuschüsse zu den
215 Versicherungen über ein gerechtes Steuersystem finanziert werden, in dem auch
216 sehr hohe Vermögen und Kapitaleinkommen einen angemessenen Beitrag leisten.
217 Damit wird die Finanzierung insgesamt fairer verteilt als heute und die
218 arbeitende Bevölkerung samt Unternehmen wirkungsvoll und nachhaltig entlastet.

219 Auch im Bereich der Rentenversicherung stellt sich die Frage, wie wir das System
220 angesichts des demographischen Wandels finanzieren und ob sich junge Menschen
221 auf die Rente noch verlassen können, wenn sie selbst älter werden.

222 Mit ihrem angekündigten Rentenpaket wird die Bundesregierung diesen akuten
223 Herausforderungen nicht gerecht. Das Rentenniveau bis 2031 bei 48 %
224 einzufrieren, schafft zwar kurzfristig Sicherheit auf dem Papier, führt aber
225 langfristig zu keiner Stabilisierung des Systems. Hinzu kommt die Ausweitung der

226 Mütterrente, die zusätzliche Milliarden kostet, ohne damit gezielt Altersarmut
227 von Frauen zu bekämpfen.

228 Dabei gibt es Maßnahmen, die zügig auf den Weg gebracht werden könnten:

229 Ein Schwerpunkt sollte darauf liegen, längeres Arbeiten in Gesundheit zu
230 ermöglichen – damit mehr Menschen bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter
231 ihrer Arbeit nachgehen können. Um flexible Übergänge von Beruf in Rente zu
232 stärken, müssen Leistungen der Rente für die gesundheitliche Früherkennung,
233 Prävention und Rehabilitation verbessert und ein gleitender Übergang durch
234 Teilrenten und Teilzeitbeschäftigung ermöglicht werden. Ergänzend müssen dem
235 Alter angepasste Arbeitsbedingungen, eine bessere Unterstützung bei
236 Tätigkeitswechseln, Weiterbildungen und Umschulungen gefördert werden.

237 Zudem sollte ein öffentlich verwalteter Bürgerfonds für die Rente auf den Weg
238 gebracht werden. Die Pläne dafür liegen auf dem Tisch. So ließe sich in der
239 gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende Kapitaldeckung etablieren,
240 ausschließlich mittels Darlehen und Eigenmitteln des Bundes. Die Beiträge der
241 Versicherten bleiben unangetastet. Der Bürgerfonds kann als finanziell
242 attraktives Standardprodukt auch für die private und die betriebliche
243 Altersvorsorge genutzt werden. Das würde die Rente zukunftsfester machen und
244 wäre weit klüger, als mit der Frühstartrente die Fehler der Riesterrente zu
245 wiederholen, die Banken und Fondsgesellschaften viele Einnahmen, den
246 Bürger*innen aber wenig Erträge gebracht haben.

247 Zur Stärkung der gesetzlichen Rente sollten außerdem auch Abgeordnete, nicht
248 anderweitig abgesicherte Selbstständige und perspektivisch Beamte, unter
249 Beibehaltung des Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einzahlen.

250 Diese Maßnahmen gehen weit über das hinaus, was die Bundesregierung bis jetzt
251 zur Stabilisierung der Altersvorsorge vorgelegt hat. Die Debatte zum sogenannten
252 Rentenpaket der Regierung hat einmal mehr gezeigt, dass unserer Gesellschaft ein
253 Generationenkonflikt droht, wenn die Folgen und finanziellen Auswirkungen des
254 demographischen Wandels nicht richtig austariert werden oder auch nur der
255 Anschein einer einseitigen Belastung entsteht. Deshalb möchten wir an einem
256 neuen Generationenvertrag arbeiten, in dem junge Menschen nicht gegen alte
257 ausgespielt werden, sondern sich in einem solidarischen System wiederfinden, das
258 die Anliegen aller berücksichtigt. Diese Arbeit ist dann erfolgreich, wenn junge
259 Menschen Beitragszahlungen nicht scheuen, weil sie wissen, dass auch sie dadurch
260 im Rentenalter ein auskömmliches Leben führen können.

261 Mit diesem Anspruch möchten wir 2026 ein umfassendes Konzept zur Zukunft der
262 Alterssicherung breit in der Partei diskutieren und der
263 Bundesdelegiertenkonferenz 2026 vorlegen.

264 Das Konzept entsteht auf der Grundlage, dass die Alterssicherung solidarisch,
265 generationengerecht, finanziell tragfähig und armutsfest gestaltet wird - für
266 die heutigen Rentner*innen ebenso wie für die kommenden Generationen. Dafür
267 gelten folgende Leitplanken:

- 268 1. Vertrauen in die Rente schaffen: Alle Menschen, die heute in Rente sind,
269 genauso wie die künftigen Generationen, müssen eine auskömmliche Rente
270 erwarten können. Wer jahrelang eingezahlt hat, muss davon im Alter gut
271 leben können. Die Berechnung der Rente muss diesem Grundsatz folgen. Dafür

wollen wir auch über eine ausgewogene Weiterentwicklung des Verhältnisses von Äquivalenz- und Solidarprinzip sowie bessere Möglichkeiten, über das Erwerbsleben hinweg zusätzliche Vorsorge aufzubauen, diskutieren.

2. Generationengerechtigkeit sichern: Die Finanzierung der Alterssicherung muss so ausgestaltet werden, dass steigende Belastungen der Beitragszahler*innen durch den demographischen Wandel und längere Rentenbezugszeiten in der Rentenanpassung angemessen berücksichtigt und zusätzliche Lasten nicht einseitig auf jüngere Generationen verschoben werden. Auch der Nachhaltigkeitsfaktor muss unter dem Aspekt der Stabilisierung der Rentenfinanzen diskutiert werden.

3. Beiträge stabilisieren und die Basis verbreitern: Das Konzept soll Wege aufzeigen, wie die Beitragsbelastung für Beschäftigte und Unternehmen langfristig planbar und tragfähig bleibt. Dazu können unter anderem eine Stärkung der gesetzlichen Rente als tragende Säule, ergänzt durch eine verlässliche, für alle zugängliche und wirksame betriebliche und private Vorsorge, eine breitere Finanzierungsbasis, die Einbeziehung möglichst vieler Erwerbstätiger, sowie eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung, gehören.

4. Schutz vor Altersarmut stärken: Das künftige System der Alterssicherung soll wirksam vor Altersarmut schützen - insbesondere für Menschen mit niedrigen Löhnen und folglich geringen Renten.

5. Mehr Gerechtigkeit im System schaffen: Ungerechtfertigte Unterschiede und Privilegien zwischen verschiedenen Alterssicherungssystemen - im Speziellen zwischen den Leistungen der GRV im Vergleich zur Beamtenversorgung - sollen schrittweise abgebaut und das System insgesamt stärker zusammengeführt werden. Frühverrentungs- und abschlagsfreie Regelungen sollen so weiterentwickelt werden, dass sie vor allem Menschen mit langen Versicherungszeiten und körperlich oder psychisch besonders belastenden Tätigkeiten zugutekommen.

In herausfordernden Zeiten braucht es einen starken und verlässlichen Sozialstaat. Denn jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben. Die Debatte über angebliche Einsparungen beim Bürgergeld hat dieses Vertrauen in den Sozialstaat geschwächt, die Spaltung unserer Gesellschaft befeuert und obendrein nicht dazu geführt, dass auch nur ein Mensch mehr zurück in Arbeit findet.

Die geplante Neue Grundsicherung ist ein System, welches Menschen unter Druck setzt, statt ihnen zu helfen. Mit den geplanten Verschärfungen der Sanktionen und Leistungsbedingungen droht die Bundesregierung den grundgesetzlich garantierten Anspruch auf existenzsichernde Leistungen zu unterlaufen. Eine Grundsicherung bedeutet für uns, dass man sich auf den Sozialstaat verlassen kann und Kinder und Familien nicht in Obdachlosigkeit gedrängt werden. Die Milliarden Einsparungen, mit der die Union Wahlkampf gemacht und bis zuletzt in Aussicht gestellt hat, waren von Anfang an nichts anderes als ein leeres Versprechen und eine Stimmungsmache gegen Menschen, die Unterstützung benötigen. Wir fordern Einsparungen in der überbürokratisierten Verwaltung der verschiedenen Sozialleistungen zu finden, die sowohl Betroffene als auch Behörden oft überfordern. Zudem müssen Wohnkosten durch wirksame

319 Mietenregulierung gesenkt werden, auch um "Wohnen" wieder bezahlbarer für alle
320 Menschen zu gestalten.

321 Die Debatte über das Bürgergeld stigmatisiert die betroffenen Menschen, spaltet
322 die Gesellschaft und schwächt das Vertrauen in den Sozialstaat. Statt die
323 Menschen gegeneinander auszuspielen, müssen die Menschen unterstützt und
324 gesellschaftliche Teilhabe gefördert werden. Notwendig sind Solidarität und ein
325 Sozialstaat, auf den sich Menschen in Not verlassen können.

326 Wir fordern:

- 327 • Qualifizierungs- Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen müssen
328 ausreichend finanziert werden,
- 329 • eine deutliche Verbesserung der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern,
- 330 • einen Weiterbildungsbonus, der Qualifizierung attraktiver macht,
- 331 • eine effizientere digitale Verwaltung, um bürokratische Hürden abzubauen,
- 332 • eine Absenkung der Transferentzugsraten, sodass sich Mehrarbeit spürbar
333 lohnt,
- 334 • ergänzende Freibeträge für Kinder, Auszubildende und Pflegende sowie
335 Menschen mit Behinderung, um besondere Lebenslagen zu berücksichtigen,
- 336 • bessere, vorrangige Unterstützung von Eltern bei der Organisation einer
337 verlässlichen Kinderbetreuung durch die Jobcenter,
- 338 • angemessene Vermögensfreibeträge, ortsangemessene Mietübernahmen und den
339 Ausschluss von grundgesetzwidrigen 100%-Sanktionen, um Armut und
340 Wohnungslosigkeit zu verhindern,
- 341 • Regelsätze, Wohn- und Heizkosten fair und realitätsnah zu berechnen, auch
342 um mehrere, aufeinander folgende "Nullrunden" beim Bürgergeld zu
343 vermeiden.

344 Ein starker Sozialstaat traut den Menschen etwas zu, setzt auf Anreize und
345 Unterstützung und eröffnet so neue Chancen und Perspektiven und gibt ihnen damit
346 die Möglichkeit, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Davon profitieren
347 auch Wirtschaft und Gesellschaft.

348 Das beste Mittel gegen steigende Beiträge und für solide Versicherungssysteme
349 sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in die Systeme einzahlen. Dafür
350 ist ein armutsfester Mindestlohn notwendig. Hierfür verankern wir den
351 Referenzwert von 60 Prozent des Medianlohns aus der EU-Mindestlohnrichtlinie in
352 das deutsche Mindestlohngesetz. Zudem setzen wir uns für eine stärkere
353 Tarifbindung ein sowie mehr Mitbestimmung in Betrieben. Damit sorgen wir auch
354 für gute und auskömmliche Arbeit. Denn unser Ziel ist es, dass Menschen, die
355 arbeiten, immer mehr im Geldbeutel haben. Beschäftigte müssen in Zeiten von
356 Strukturwandel in Veränderungsprozesse einbezogen werden. Gleichzeitig braucht
357 es im Wandel auch Sicherheit. Entscheidend dafür ist eine
358 Qualifizierungsoffensive. Wer sich auf Veränderung einlässt, muss wissen:

359 Niemand wird im Stich gelassen. Der Sozialstaat muss Halt geben, wenn Biografien
360 brüchig werden, und Chancen eröffnen, damit Neues beginnt.

361 Viele Menschen können und wollen mehr arbeiten, ihnen werden aber immer noch zu
362 viele Steine in den Weg gelegt. Die Bundesregierung muss Maßnahmen ergreifen, um
363 insbesondere Frauen mehr Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Dazu gehört der Kita-
364 Ausbau aus dem Sondervermögen, verlässliche Betreuung, Anreize, um Mini-Jobs in
365 reguläre Beschäftigung zu wandeln oder flexibler zwischen Teilzeit und Vollzeit
366 zu wechseln. Die Arbeitszeiten müssen im Sinne der Beschäftigten flexibler
367 werden, damit sie mehr ins Familienleben passen.

368 Auch Menschen mit Behinderung geraten durch allgemeine Kostensteigerungen
369 zunehmend unter Druck, weshalb ihre Hilfen und Unterstützungsangebote verbessert
370 werden müssen. Dies gilt auch für die Eingliederungshilfe, die Menschen mit
371 Behinderung die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht.

372

373 Wir wollen EU-Mitbürger*innen in Deutschland vor Ausbeutung schützen, ohne die
374 durch die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit festgelegten, bestehenden Zugänge zu
375 Sozialleistungen in Frage zu stellen.

376 Wir wollen eine existenzsichernde Grundsicherung für jedes Kind, die
377 sicherstellt, dass Kinderarmut effektiv bekämpft wird. Finanzielle Hilfen müssen
378 gebündelt, die Inanspruchnahme von Leistungen durch einen digitalen
379 Kinderleistungsscheck vereinfacht und um einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag
380 ergänzt werden.

381

382 Die Schulabbrecherquote muss weiter sinken und mehr junge Menschen einen
383 berufsqualifizierenden Abschluss erreichen. Deutschland muss sich weiter für
384 Menschen öffnen, die hier arbeiten und Teil der Gesellschaft werden wollen.
385 Hürden beim Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete und Zugewanderte wie
386 Arbeitsverbote müssen endlich fallen und Mittel für Sprach- und
387 Integrationskurse massiv gestärkt anstatt gekürzt werden, denn unser Wohlstand
388 hängt auch davon ab, dass alle, die können und wollen, arbeiten dürfen.

389 Voraussetzung für stabile Sozialversicherungen ist auch ein gerechtes
390 Steuersystem. Denn die Steuern finanzieren die versicherungsfremden Leistungen,
391 die die Sozialversicherungen für das Gemeinwesen erbringen. Ein gerechtes
392 Steuersystem ist darüber hinaus die Grundlage für gesellschaftlichen
393 Zusammenhalt und solide Staatsfinanzen. Heute gilt jedoch: Arbeit wird stärker
394 besteuert als Kapital und Erbschaften. Das untergräbt das Leistungsprinzip,
395 verschärft Ungleichheit und mindert die Handlungsspielräume des Staates.
396 Besonders ungerecht ist die Besteuerung von Alleinerziehenden, die in
397 Deutschland steuerlich deutlich höher belastet werden als im OECD-Durchschnitt,
398 speziell ihre steuerliche Belastung im Vergleich zu Ehepartner*innen.

399 Die Erbschafts- und Schenkungsteuer weist erhebliche Schlupflöcher auf, ist
400 effektiv ungerecht und sehr kompliziert gestaltet. Große Betriebsvermögen können
401 weitgehend steuerfrei übertragen werden, während Erb*innen mittlerer Erbschaften
402 oberhalb der Freibeträge belastet werden. Das vertieft die soziale Ungleichheit
403 und schwächt die Finanzierung des Gemeinwesens.

404 Es ist an der Zeit, die Gerechtigkeitslücken zu schließen und sicherzustellen,
405 dass alle entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten einen fairen Beitrag

406 leisten. Hierzu legen wir mit dem Beschluss (VR01) ein kurzfristige
407 Handlungsperspektive vor.

408 3. Regionale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

409 Der ökologische und ökonomische Umbau gelingt nur, wenn er allen Regionen
410 zugutekommt. Gerade in strukturschwachen Gebieten, insbesondere in
411 Ostdeutschland, sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Arbeitsplätze
412 entscheidend für Zukunftsperspektiven. Darüber hinaus braucht es in allen
413 Regionen eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung der öffentlichen
414 Wirtschaftsförderung, die soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt und
415 Unternehmen belohnt, die Tarifbindung, Mitbestimmung, Klimaschutz und lokale
416 Wertschöpfung stärken.

417 Wir fordern:

- 418 • Ein gezieltes Transformationsprogramm für strukturschwache Regionen, das
419 Investitionen in erneuerbare Energien, moderne Industrie und Forschung
420 bündelt,
- 421 • Den Ausbau von Schienen, Breitband und Gesundheitsinfrastruktur, um
422 ländliche Räume attraktiv zu machen,
- 423 • Anreize für Unternehmen, sich in Regionen mit hoher Abwanderung oder
424 Arbeitslosigkeit anzusiedeln,
- 425 • Stärkere Förderung von Bildung und beruflicher Qualifizierung in
426 ostdeutschen Ländern, um die Abwanderung junger Menschen zu stoppen und
427 Fachkräfte vor Ort zu halten.

428 Damit der Transformationsprozess demokratisch getragen wird und
429 Zukunftsperspektiven vor Ort entstehen, stärken wir zugleich die Beteiligung
430 junger Menschen an zentralen Entscheidungen der regionalen Entwicklung. So wird
431 die Transformation zu einer Chance für den Osten und alle strukturschwachen
432 Räume – und nicht zu einer weiteren Quelle von Spaltung.

433 4. Moderner Staat und Digitalisierung

434 Eine moderne, handlungsfähige Demokratie braucht einen digitalen Staat. Doch
435 kleinteilige Zuständigkeiten, zersplitterte Verwaltungsstrukturen und föderaler
436 Flickenteppich blockieren heute die notwendige Transformation. Das macht unsere
437 Verwaltung zu kompliziert, viel zu bürokratisch, häufig teuer und ineffizient.
438 Wir brauchen grundsätzliche Reformen, eine echte Modernisierungs- und
439 Digitalisierungsagenda, damit Menschen in Deutschland mit dem Staat digital und
440 auf Augenhöhe kommunizieren können und dabei Verwaltungskosten gespart werden.

441 Die Menschen in Deutschland sollen mit dem Staat digital und auf Augenhöhe
442 kommunizieren können. Doch viele Prozesse werden lokal gedacht und organisiert,
443 obwohl sie bundesweit einheitlich gestaltet werden müssten – etwa die
444 Beantragung von Pass- und Ausweisdokumenten.

445 Beispielsweise ist es nicht zu erklären, dass bei unterschiedlichen
446 Behördengängen immer wieder aufs Neue Einkommens- und Vermögensprüfungen
447 erfolgen, teilweise sogar nach unterschiedlichen Kriterien, anstatt das so eine

448 Prüfung einmal erfolgt und alle, die müssen, darauf zugreifen können. Mit solch
449 grundsätzlichen Reformen lassen sich Verwaltungskosten drastisch senken.

450 Wir fordern:

- 451 • Grundlegende Strukturreformen, um Doppelstrukturen im Föderalismus zu
452 reduzieren und digitale Prozesse bundesweit zu harmonisieren,
- 453 • Eine Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und die
454 Budgetverantwortung im Digitalministerium,
- 455 • Eine “Once-Only”-Regelung, damit beispielsweise bei unterschiedlichen
456 Behördengängen nicht immer wieder aufs Neue Einkommens- und
457 Vermögensprüfungen erfolgen, teilweise sogar nach unterschiedlichen
458 Kriterien, anstatt das so eine Prüfung einmal erfolgt und alle, die
459 müssen, darauf zugreifen können. Dazu braucht es einheitliche
460 Rechtsbegriffe sowie Schnittstellen und Standards zwischen Verwaltung und
461 Softwaresystemen, die Melde- und Reportingpflichten minimieren und
462 Interoperabilität sicherstellen,
- 463 • Die Deutschland-App kann zum zentralen Zugangspunkt für Bürger*innen
464 werden – für Ausweis, Behördengänge und Nachweise. Doch sie darf nicht als
465 isoliertes Projekt verstanden werden, sondern muss in ein Ökosystem
466 eingebettet sein, das offene Schnittstellen nutzt und allen Regionen
467 zugutekommt. Auch Unternehmen profitieren: von standardisierten
468 Meldewegen, automatisierten Genehmigungsverfahren und reduzierter
469 Bürokratie. So entsteht ein digital souveräner Staat, der Innovation
470 ermöglicht, Verwaltung beschleunigt, Vertrauen stärkt und Wirtschaft wie
471 Gesellschaft gleichermaßen entlastet,
- 472 • Damit Daten nicht immer wieder neu erhoben werden müssen, treiben wir die
473 Registermodernisierung und -vernetzung voran. Die Behörden sollen auf
474 einer eigenen Cloud, die Sicherheit, Datenschutz, Quelloffenheit und
475 Anbieterunabhängigkeit gewährleistet, Datentools vorhalten, bei denen
476 Bürger*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal einpflegen müssen. Dann
477 müssen die verschiedenen Ebenen der Verwaltung darauf selbst
478 zurückgreifen.

Beschluss (vorläufig) Institutionellen Rassismus in Sicherheitsbehörden überwinden – Sicherheit für alle Menschen schaffen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 28.11.2025
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

- 1 Der 21-jährige Lorenz A. wurde am 20. April 2025 in Oldenburg von einem
2 Polizisten mit fünf Schüssen auf der Flucht vor der Polizei erschossen. Die
3 nicht aktivierten Bodycams beim Schusswaffeneinsatz und ein mutmaßlich
4 unverhältnismäßiger Gewalteininsatz gegenüber einem Schwarzen Menschen werfen
5 Fragen auf. Der Fall zeigt erneut, wie wichtig eine gründliche und transparente
6 Aufklärung ist. Gleichzeitig muss eine systematische Auseinandersetzung mit
7 Rassismus und Strukturen, die Diskriminierung fördern, in der Polizei und den
8 Sicherheitsbehörden stattfinden. Denn die tödlichen Schüsse auf Lorenz führen zu
9 Verunsicherung.
- 10 Die Aufdeckung rassistischer Chatgruppen von Polizist*innen in mehreren
11 Bundesländern oder die Erkenntnisse aus dem NSU-Untersuchungsausschuss haben zu
12 einem starken Vertrauensverlust in Teilen der Bevölkerung geführt. Auch der
13 Umgang mit Opfern und deren Angehörigen, wie z.B. beim rassistischen
14 Terroranschlag in Hanau, ist noch zu oft von mangelnder Sensibilität geprägt.
15 Wir müssen aus diesen Vorfällen grundsätzliche Lehren für die Verbesserung der
16 polizeilichen Arbeit ziehen, um das Vertrauen z.B. von Menschen mit
17 Migrationshintergrund in Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen. Alle
18 Polizist*innen müssen mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.
19 Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen und ist Voraussetzung dafür, dass die Polizei
20 ihren komplexen Aufgaben nachkommen kann. Dafür braucht es eine gute Ausbildung,
21 gute Ausstattung und gute Arbeitsbedingungen für Polizist*innen. Wir wollen,
22 dass alle Menschen in unserem Land sicher sind und sich sicher fühlen.
- 23
- 24 Um Rassismus wirksam begegnen zu können, müssen wir seine verschiedenen Formen
25 verstehen. Dazu gehören individuelles rassistisches Verhalten, strukturelle
26 Benachteiligungen und institutionelle Praktiken, die diskriminierende Wirkungen
27 erzeugen können. Bei dem institutionellen Rassismus handelt es sich also nicht
28 um ein individuelles Fehlverhalten von Beamt*innen, sondern um eine vorgegebene
29 Praxis oder eingeübte Entscheidungsmuster. Gesellschaft und staatliche
30 Institutionen tragen gemeinsam die Verantwortung, diesen Formen von Rassismus
31 konsequent entgegenzuwirken.
- 32 Die übergroße Mehrheit der Beschäftigten in Sicherheitsbehörden und der Polizei
33 in Deutschland kommen ihrer anspruchsvollen und oftmals gefährlichen Aufgabe
34 gewissenhaft nach und agieren auf dem Boden des Rechtsstaats. Hierfür gebührt
35 ihnen vollster Respekt und Wertschätzung.
- 36 Fehlritte von Polizist*innen wurden in der Vergangenheit häufig als Einzelfälle
37 betrachtet und institutionelle Probleme zu häufig nicht erkannt. Es ist
38 essenziell, zwischen Polizist*innen zu unterscheiden, die bewusst rassistisch
39 handeln, und solchen, deren diskriminierende Handlungen unbewusst aus Routinen
40 und festgefahrenen Strukturen resultieren. Institutionelle Abläufe wie etwa

Racial Profiling können im Polizeialltag vermeintliche Sicherheit vermitteln, führen jedoch zur Reproduktion von Diskriminierung. Nur mit einer differenzierten Herangehensweise können wir eine Veränderungsbereitschaft und Fehlerkultur innerhalb der Polizei fördern.

Denn institutioneller Rassismus ist kein Randthema – er ist tägliche schmerzhaftes Realität für viele Menschen. Um Sicherheit, Gleichberechtigung, Partizipation und Gerechtigkeit für alle zu verwirklichen, ist es notwendig, institutionellen Rassismus zu analysieren, zu benennen und zu bekämpfen. Das gilt auch und gerade für die Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols. Deutschland ist und wird immer mehr eine Migrationsgesellschaft. Der Vorstoß gegen rassistische Strukturen ist die Voraussetzung für unser Zusammenleben. Diese Bedingung muss sich gesetzlich niederschlagen, nicht nur bei der Sicherstellung von gleichen Rechten für alle, sondern auch darin, dass staatliche Sicherheitsbehörden rechtsstaatlich handeln. Eine offene und vielfältige Gesellschaft, die Rassismus klar entgegentritt, schafft Vertrauen, Teilhabe und Sicherheit für alle Menschen.

Unsere Forderungen

1. Rassismus in Institutionen aufdecken und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen

1. Dafür soll die Polizei für die Forschung geöffnet werden. Hierzu zählt die Durchführung einer unabhängigen, bundesweiten Studie zu Einstellungsmustern, polizeilichem Handeln sowie zu Rassismus und Rechtsextremismus in Polizei und Sicherheitsbehörden. Dabei müssen die Studien so gestaltet werden, dass die Anonymität für die Teilnehmenden gewährleistet ist und keine beruflichen Nachteile entstehen.

2. Verbindliche Datenerhebung des Polizeibeauftragten des Bundes und der Länder zu Racial Profiling, Fälle von unrechtmäßiger Polizeigewalt und Diskriminierungsvorfällen – öffentlich unabhängig, transparent und zugänglich.

3. Der Straftatbestand der Körperverletzung im Amt (§340 StGB) soll sichtbar in der Polizeilichen Kriminalstatistik abgebildet werden, um mehr Transparenz herzustellen.

4. Unabhängige, transparente und zentralisierte Ermittlungen bei tödlicher Polizeigewalt und Todesfällen in Polizeigewahrsam durch die Bundesanwaltschaft, um Selbstaufklärung durch die Polizei zu beenden.

2. Verfassungsfeinde aus den Sicherheitsbehörden entfernen

1. Einrichtung unabhängiger Polizeibeauftragten in allen Bundesländern, mit klaren Befugnissen und außerhalb polizeilicher Hierarchien.

2. Konsequente Umsetzung der Reform des Bundesdisziplinargesetzes von 2024, indem Verfassungsfeinde und beabsichtigte Diskriminierung stärker überprüft und konsequenter disziplinarisch geahndet werden.
3. Diskriminierende Praktiken beenden
 1. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss so reformiert und durch entsprechende Landesgesetze ergänzt werden, dass auch Diskriminierungen durch staatliche Stellen wirksam erfasst werden.
 2. Bei der anstehenden Novelle des Bundespolizeigesetzes müssen wirksame Änderungen vorgenommen werden, damit polizeiliche Maßnahmen nicht Racial Profiling fördern, sondern wirksam unterbinden.
 3. Verpflichtende und automatisierte Einschaltung von Bodycams bei der Anwendung von unmittelbarem Zwang, deren Hilfsmitteln und Dienstwaffen sowie auf Verlangen der betroffenen Bürger*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sicherheitsbehörden ausreichend finanziellen Mitteln erhalten, um die notwendige Ausrüstung für diese Maßnahmen beschaffen zu können.
 4. Wir fordern die Einführung einer flächendeckenden Kennzeichnungspflicht von Polizist*innen.
 5. Personen, die einer polizeilichen Personenkontrolle unterzogen wurden, sollen eine Kontrollquittung unter Nennung des Anlasses der Kontrolle einfordern können.
4. Polizei zukunftsfest ausbilden und Behörden modern aufstellen
 1. Bund und Länder müssen verbindliche Module zu Antirassismus, Antisemitismus, Diversität sowie interkulturelle Kompetenz in der Aus- und Fortbildung von Polizist*innen und Jurist*innen stärker einbinden.
 2. Mit einer besseren Personaldecke und guten Arbeitsbedingungen wollen wir Zeitdruck und Stress in den Sicherheitsbehörden verringern, damit es möglichst nicht zu Überlastungssituationen kommt.
 3. Die Vielfalt und Diversität in der Polizei, in den Sicherheitsbehörden und der Justiz muss gezielt gefördert werden, damit diese besser unsere Gesellschaft abbildet. Dafür muss ein entsprechender Schwerpunkt bei Rekrutierung und Auswahl gelegt und entsprechende Mentoringprogramme aufgelegt werden.
 4. Mit Partizipationsgesetzen in Bund und Ländern wollen wir die Förderung der Einstellung von Menschen mit Migrationsgeschichte vorantreiben.
 5. Um das gegenseitige Vertrauen und Verständnis zu stärken, sollen Begegnungen zwischen Sicherheitsbehörden und Religionsgemeinschaften, sozialen Trägern und Jugendeinrichtungen bereits in der Ausbildung eingeführt werden.

121 6. Bezirksdienstbeamt*innen, welche an Schulen und Jugendeinrichtungen
122 als Ansprechpartner*innen für die Jugendlichen dienen, leisten einen
123 unschätzbaren Wert und müssen erhalten, anstatt eingespart werden.

124 7. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Sicherheitsbehörden im
125 Nationalsozialismus, wie bereits in einigen Behörden Praxis, muss
126 fortgeführt werden. In der Aus- und Fortbildung von Polizist*innen
127 sollen der Nationalsozialismus und der Kolonialismus sowie die
128 historische Rolle der Sicherheitsbehörden in dieser Zeit intensiv
129 reflektiert werden.

130 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für einen Rechtsstaat ein, der das Vertrauen aller
131 Menschen verdient. Wir kämpfen für einen Rechtsstaat und Sicherheitsbehörden,
132 denen alle Menschen ihr Vertrauen schenken. Der Schutz von Menschenwürde, die
133 Wahrung von Bürger*innenrechten, die Anerkennung von Vielfalt und die
134 Verteidigung der Demokratie stehen dabei im Zentrum. Wir stehen für eine
135 vielfältige Gesellschaft, die alle Menschen willkommen heißt und Betroffene von
136 Rassismus nicht alleine lässt. Rassismus darf keinen Platz haben – weder in den
137 Sicherheitsbehörden noch in anderen Institutionen unserer Gesellschaft.